

Ortsvereins- arbeit.

Ein Praxishandbuch für die Arbeit vor Ort





Inhaltsverzeichnis

Vorwort: Auf den Ortsverein kommt es an	7
Die Bedeutung des Ortsvereins	8
Die Ziele des Ortsvereins	10
Unsere Mitglieder - Basis für den Erfolg	11
Bestandsaufnahme vor Ort	12
Checkliste: Bestandsaufnahme vor Ort	13
Auswertung: Bestandsaufnahme vor Ort	14
Das alles ist der Ortsverein	16
Ort der politischen Willensbildung	16
Ort der politischen Weiterbildung	16
Ort eines geselligen Vereinslebens	18
Ort der Bürgeransprache	18
Ort der Parteiorganisation	18
Tabelle: Aufgaben des Ortsvereins	19
Der Vorstand des Ortsvereins	20
Die Aufgaben des Vorstands	21
Die Aufgaben der einzelnen Vorstandsmitglieder	23
Neugründung von Ortsvereinen	26
Mitglieder in der SPD	27
Wer kann Mitglied der SPD werden?	27
Wie wird man Mitglied?	28
Was kann man als Mitglied tun?	28
Mitgliedsbeiträge	30
Austritte aus der SPD	31
Die Erwartungen der Mitglieder	32
Checkliste: Umgang mit neuen Mitgliedern	34
Die Information der Mitglieder	36
Attraktive Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen	38
Jahresplanung im Ortsverein	38

Vorbereitung der Mitgliederversammlungen	44
Form und Inhalt der Mitgliederversammlungen	45
Referat und Kleingruppenarbeit	45
Kleingruppenarbeit mit Teamleiterinnen und Teamleitern	46
Offene Kleingruppen	46
SPD vor Ort	46
Streitgespräche	47
Ideen für attraktive Ortsvereinsversammlungen	47
Der SPD-Stammtisch	48
Der solidarische und gleichberechtigte Umgang	49
Die Integration und Motivation von Mitgliedern	50
Die Einbeziehung älterer Mitglieder	50
Die Mitgliederehrungen	51
Gerüst der Veranstaltungen: Vorbereitungen und Checkliste	52
Das Thema	52
Die Veranstaltungsart	52
Der Termin	52
Die Referentinnen/Referenten	52
Die Einladungen	53
Wichtige Details	53
Die Aufgaben der Veranstalterin / des Veranstalters	54
Die Pressearbeit	55
Allgemeines	55
Die Auswertung für Ortsverein, Referentinnen und Referenten	57
Ein ständiges Muss: Die politische Bildung im Ortsverein	58
Die innerparteiliche Bildungsarbeit	58
Seminare innerhalb der Partei	60
Abendseminare und inhaltliche Veranstaltungen	60
Seminarangebote anderer Träger	60
Moderne Ortsvereinsarbeit	61
Aktivitäten mit anderen Ortsvereinen	61
Kreative Ausdrucksformen in der Ortsvereinsarbeit	61
Arbeit in Projekten	62



Die bürgernahe Partei	63
Die kommunalpolitischen Fragebogenaktionen	63
Die Bürger- und Nachbarschaftsgespräche	63
Die Bürgerforen	64
Die Bürgerbüros	64
Die Hausbesuche	64
Planung der Hausbesuche	65
Goldene Regeln für Auftritt und Gesprächsführung	65
Weitere Ideen für bürgernahe Politik	65
Tatkräftige Initiativen	66
Stadtteilarbeit	66
Umweltpolitik	66
Politik für Kinder und Jugendliche	67
Die Öffnung der Parteiarbeit	68
Projekt "Kleine Netze"	68
Offene Arbeitskreise	69
Aktive Zukunftsgestaltung: Die "Zukunftswerkstatt"	70
Aktive Öffentlichkeitsarbeit	72
Der Schaukasten	72
Die Bürgerzeitung	72
Der Infostand	72
Grundgedanken des Info-Stands	73
Ziele	73
Vorbereitung	73
Tipps und Hinweise	74
Die Bodenzeitung als Alternative zum Infostand	74
Straßentheater	75
Videoarbeit	75
SPD-Veranstaltungs-Monat/-woche	76
Kulturarbeit	76
Technik und neue Medien in der Parteiarbeit	77
Elektronische Adressverwaltung	77

E-Mail	78
Internet	78
Kontaktpflege- und Zielgruppenarbeit	80
Die politische Vorfeldarbeit	80
Die Zielgruppenarbeit	81
Aktionen für Familien	81
Wichtige Zielgruppen	82
- Frauen	82
- Junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	82
- Studierende	83
- Gesellschaftlich engagierte Menschen	83
Die Kampagnen des Ortsvereins	85
Der Arbeits- und Aktionsplan einer Kampagne	85
Checkliste des Machbaren	88
Die Finanzierung aktiver Ortsvereinsarbeit	90
Rechtliche Fragen in der Parteiarbeit	98
Versicherungen	98
Vertragsmanagement	101
GEMA-Gebühren	102
Künstler-Sozialabgabe	104
Satzungsrecht in der SPD	106
Aufbau der SPD	106
Das Wahlverfahren in der SPD	110
Das Parteiordnungsverfahren in der SPD	122



Auf den Ortsverein kommt es an

Die Mitgliederpartei SPD ist ohne die 12.000 Ortsvereine im Bundesgebiet nicht denkbar.

Hier wird mit viel ehrenamtlichem Engagement sozialdemokratische Vertrauensarbeit geleistet. Der Ortsverein ist die Verbindungsstelle zwischen sozialdemokratischer Politik und Bevölkerung. Durch den Ortsverein wird Politik zu den Menschen gebracht und mit Personen identifizierbar. Die Ortsvereine der SPD gehören zu den wenigen Orten in unserer Gesellschaft, an denen unterschiedliche Alters- und Sozialgruppen zusammenkommen, um etwas gemeinsam zu tun: Politik zu gestalten, Gemeinschaft zu erleben, Geselligkeit zu erfahren, aber auch Aktionen und Kampagnen zu gestalten. Dies ist eine große Chance, die wir offensiver und selbstbewusster nutzen sollten.

Der sozialdemokratische Ortsverein ist freiwillige Selbstorganisation und Interessenvertretung. Er ist Ort, an dem Gemeinschaft erlebt und unsere Grundwerte vermittelt und erfahrbar werden. In diesem Sinne ist der sozialdemokratische Ortsverein Herzkammer und Basis der Sozialdemokratie.

Das Handbuch soll Unterstützung und Hilfe für die umfassende Arbeit des Ortsvereins sein.



Kurt Beck
Parteivorsitzender



Hubertus Heil
Generalsekretär

Die Bedeutung des Ortsvereins

Obwohl die Mediengesellschaft sich immer weiter entwickelt hat, muss eines festgehalten werden: Ohne ihre Ortsvereine wäre die SPD nicht erfolgreich. SPD-Ortsvereine gibt es in den meisten Gemeinden, in größeren Orten gibt es oft mehrere Ortsvereine in den verschiedenen Stadtteilen.



Über die Ortsvereine hält die SPD den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern, organisiert politische Interessen, nimmt Stimmungen auf. Bei allem ist der Ortsverein ein sehr interessanter Ort. Kaum irgendwo in der Gesellschaft sonst kommen Frauen und Männer mit den unter-

schiedlichsten Berufen und Interessen und aus allen Altersgruppen zusammen. Darin liegt eine große Chance.

Mehr als alle anderen Parteien lebt die SPD vom Engagement ihrer Mitglieder. Nur ein sehr kleiner Anteil von Politikern verdient mit Politik Geld. Die überwältigende Mehrheit engagiert sich ehrenamtlich in ihrer Freizeit. Ohne ehrenamtliches Engagement gäbe es keine lebendige Demokratie.

Der Ortsverein

- informiert und diskutiert über Politik,
- gestaltet wesentlich die Kommunalpolitik mit,

- bietet ein geselliges Vereinsleben mit Spaß und Unterhaltung
- macht Politik vor Ort erst erfahrbar und
- hat Kontakt zu den Organisationen, Einrichtungen und Menschen im Ort.

Die Anforderungen an die Ortsvereine sind groß. Dieses Handbuch hält für viele Themen- und Aufgabenbereiche wertvolle Hinweise bereit.

Eine "ideale" Größe für den Ortsverein gibt es nicht. Wir wissen, dass es Ortsvereine gibt, die auch mit 10 oder 15 Mitgliedern erfolgreich arbeiten. Vielfältige Aufgaben erfordern aber viel Aktivität von den Mitgliedern und viele aktive Mitglieder können auch mehr bewirken. Umgekehrt: Größere Ortsvereine mit vielen Hundert Mitgliedern laufen Gefahr, in ihrer Arbeit anonym und bürgerfern zu werden.

Oft kann auch die Zusammenarbeit zwischen mehreren Ortsvereinen sinnvoll sein. Gemeinsam ist man stärker.



Die Ziele des Ortsvereins

Im idealen Ortsverein beteiligen sich möglichst viele Mitglieder, werden systematisch neue Mitglieder geworben und damit viele Menschen angesprochen. Der Ortsverein ist dabei auch in das örtliche Vereinsleben integriert und kennt den Ort oder Stadtteil, in dem er das politische Leben beeinflussen will.

Folgende Ziele sollte sich jeder Ortsverein setzen:

- Wir wollen unsere Mitglieder ansprechen und ihnen ein optimales Betätigungsfeld bieten. Viele aktive Mitglieder sind unser Aushängeschild.
- Wir wollen mehr Frauen und Männer für eine Mitarbeit bei uns gewinnen. Deshalb sprechen wir Menschen an und laden sie zum Mitmachen ein.
- Wir wollen unseren Stadtteil kennen und wissen, was gespielt wird. Deshalb sind wir in Kontakt zu anderen Menschen, die sich auch für unsere Gesellschaft engagieren und im Leben unseres Ortsvereinsgebiets fest verankert sind.
- Wir wollen Politik gestalten. Deshalb kämpfen wir um Mehrheiten und überzeugen die Menschen, dass wir die beste Politik anbieten.

Über diese Ziele sollte Konsens bestehen. Die Verwirklichung dieser Ziele ist die Grundlage für eine erfolgreiche Ortsvereinsarbeit.



Unsere Mitglieder - Basis für den Erfolg

Der Ortsverein besteht aus den SPD-Mitgliedern des jeweiligen Ortes oder Stadtteils. Ein Teil dieser Mitglieder davon ist aktiv, nimmt also regelmäßig an Sitzungen und Veranstaltungen teil oder arbeitet im Vorstand des Ortsvereins mit. Dieser Anteil ist regional und je nach Ortsvereinsgröße unterschiedlich und liegt meist zwischen 10 und 30 Prozent der Mitglieder.

Ziel des Ortsvereins muss es aber sein, deutlich mehr Mitglieder anzusprechen, als diejenigen, die im Ortsvereinsvorstand engagiert sind. Dazu ist es notwendig, die Mitglieder des Ortsvereins zu kennen.

Versucht z.B. mit einer telefonischen Mitgliederbefragung möglichst viel über eure Mitglieder herauszufinden. Wer viel über das berufliche und gesellschaftliche Engagement seiner Mitglieder weiß, dem fällt es auch leichter, sie gezielt für Aufgaben und Projekte im Ortsverein anzusprechen. Es hilft allen Mitgliedern, wenn die Arbeit, die im Ortsverein geleistet werden muss, auf möglichst viele Schultern verteilt ist.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Integration der neuen Mitglieder, ganz gleich, ob sie der SPD frisch beigetreten sind oder aus einem anderen Ortsverein zu euch kommen. Es entscheidet sich meist in den ersten Wochen, ob jemand in seinem neuen Ortsverein aktiv wird. Und es sind die Ortsvereine selbst, die dazu den Schlüssel in der Hand haben.



Bestandsaufnahme vor Ort

Durch Kontakte oder Mitgliederbefragungen, Angebote zum persönlichen Engagement kann sich das Profil und die Palette der Aktionen der SPD erweitern. In kleineren Ortsvereinen können die Mitglieder bei Hausbesuchen persönlich befragt werden. In größeren Ortsvereinen hat sich eine telefonische Mitgliederbefragung als sinnvoll erwiesen. Der Rücklauf bei brieflichen Befragungen bleibt meist zu gering. Wichtig ist aber eine Ankündigung der Aktion. Dabei solltet ihr auf die Bedeutung für die Parteiarbeit hinweisen.

Die Umfrage muss keinen wissenschaftlichen Anspruch haben. Wichtig ist, dass sie von einem Team realisiert wird, damit eine schnelle Durchführung und Auswertung gewährleistet ist. Natürlich dürfen die gewonnenen Erkenntnisse nicht im Verborgenen bleiben. Vielmehr müssen die Ergebnisse und Konsequenzen, die der Vorstand daraus zieht, den Mitgliedern per Rundschreiben und auf einer Mitgliederversammlung zur Diskussion gestellt werden. Umfragen, die in Aktenschränken verstauben und folgenlos bleiben, stören das Vertrauen der Mitglieder.

Die Befragungen dienen nicht nur dem Zweck, Kritiken und Verbesserungsvorschläge in den eigenen Reihen aufzuspüren. Darüber hinaus können sie das bisher ungenutzte Potenzial an Fähigkeiten und Fertigkeiten erkunden, das für ganz konkrete Aktionen genutzt werden kann. Da gibt es vielleicht eine Grafikerin oder einen Grafiker, die sich zwar nicht an der kontinuierlichen Arbeit beteiligen wollen, jedoch gern bereit sind, ein Flugblatt oder eine Einladung zu entwerfen. Eine Handwerkerin oder einen Handwerker

kann vielleicht einen dringend benötigten Infostand bauen, eine Informatikstudentin die Internetseite gestalten oder ein Hobby-Musiker beim Sommerfest aufspielen.

Erfahrungsgemäß sind viele Mitglieder der SPD auch in weiteren Organisationen aktiv. Durch eine Mitgliederbefragung könnt ihr darüber mehr erfahren und so den Kontakt zu anderen Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, herstellen und ausbauen. Viele Mitglieder engagieren sich in Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen, Sportverbänden oder als Elternvertreter. Umgekehrt sind viele, die sich dort engagieren, vielleicht auch als Mitglieder zu gewinnen.

Wenn sich die Partei vor Ort den Impulsen, Anregungen und der Kreativität der Mitglieder öffnet, wird ihre Arbeit phantasievoll und lebendig.

Checkliste: Bestandsaufnahme vor Ort

1. Der Ortsvereinsvorsitzende erstellt eine aktuelle Liste der Mitglieder mit allen Kontakt- und Berufsdaten.
2. Auf einer Sitzung des Ortsvereinsvorstands geht ihr Mitglied für Mitglied durch. Wer kennt welches Mitglied, kann vielleicht Telefonnummern oder E-Mail-Adressen ergänzen. Wer weiß, welches Mitglied an anderen Stellen (z.B. im Sportverein, in der Kirche, in der Gewerkschaft oder in Arbeitsgemeinschaften der SPD) engagiert ist.
3. Welche Themen interessieren die Vorstandsmitglieder, welche Themen könnten die Mitglieder interessieren, die bisher nicht im Ortsverein auftauchen.
4. Erstellt eine ungefähre Statistik: Von wie vielen Mitgliedern wisst ihr, dass sie zur Mitarbeit bereit wären? Von wie vielen wisst ihr, dass sie momentan nicht aktiv mitarbeiten wollen. Als Faustregel gilt: Rund ein Drittel der SPD-Mitglieder möchte nur seinen Beitrag bezahlen und die Partei ideell unterstützen. Alle anderen möchten aber in verschiedenen Formen am Parteileben teilnehmen.

- Erstellt eine Altersstatistik und vergleicht sie mit den Statistiken der Bundes-, Landes- und Unterbezirksebene. Wo liegen eure Stärken und Schwächen?

Anregungen:

- Ruft die Mitglieder, die ihr nicht kennt oder lange nicht mehr gesehen habt, an. Fragt nach der aktuellen Situation, welche Themen interessieren, welche anderen Angebote (Kegeln, Skat, Sommerfest) interessant wären.
- Fragt in den Telefongesprächen nach relevanten Daten: Beruf, E-Mail-Adresse, Faxnummer etc. Von einer gut gepflegten Mitgliederdatenbank profitiert der Ortsverein besonders.
- Denkt auch an die Mitglieder, die nicht mehr mitwirken können, obwohl sie gern würden, z.B. aus gesundheitlichen Gründen. Ein kurzer Gruß, ein Krankenbesuch oder ein Anruf machen vielen Genossinnen und Genossen Freude.

Auswertung: Bestandsaufnahme vor Ort

a) Wie viele Mitglieder hat der Ortsverein? _____

b) Altersstruktur des Ortsvereins:

Jusos				60plus			
14-25	26-35	36-45	46-59	60-69	70-79	>80	
							Weibliche Mitglieder
							Männliche Mitglieder
							Gesamt

c) Mitgliederbewegungen

	Eintritte	Zuzüge	Austritte	Tod / Wegzüge
Aktuelles Jahr				
Letztes Jahr				

d) Engagement

Wie viele der Neueintritte der letzten beiden Jahre sind aktiv geworden? _____

Und wie viele der zugezogenen Mitglieder der letzten beiden Jahre? _____

e) Veranstaltungen und Parteileben

Wie viele Vorstandssitzungen führt ihr im Jahr durch? _____

Wie viele Mitgliederversammlungen führt ihr im Jahr durch? _____

Wie viele öffentliche Veranstaltungen führt ihr im Jahr durch? _____





Das alles ist der Ortsverein

Ort der politischen Willensbildung

Im Ortsverein werden Sachdiskussionen zu politischen Themen aller Ebenen geführt. Dies dient sowohl der Information über aktuelle Politik, denn nur gut informierte Mitglieder können die Bürgerinnen und Bürger ansprechen, als auch der Meinungsbildung über künftige politische Prozesse.

Sehr unmittelbar können im Ortsverein, etwa mit Anträgen an die jeweiligen Fraktionen im Kommunalparlament oder an die Parteitage des Unterbezirks, kommunalpolitische Themen vorangebracht werden.

Darüber hinaus ist die Mitgliederversammlung des Ortsvereins auch berechtigt, Anträge an die Landes- und Bundesparteitage der SPD zu stellen, um die Meinung der Mitglieder deutlich zu machen und in Sachdebatten einen Beitrag zu leisten.

Auch in allen Personalfragen haben die Ortsvereine eine wichtige Bedeutung. Die Mitgliederversammlungen des Ortsvereins sind berechtigt, politisches Personal (z.B. für Parteivorstände) zu nominieren. Die Ortsvereine entsenden Delegierte zu den Unterbezirksparteitagen und können Delegierte für Landes- und Bundesparteitage nominieren.

Ort der politischen Weiterbildung

Mitglieder erwarten, dass sie durch ihre Mitgliedschaft besser über die Politik informiert sind als andere. Im Zeitalter der Massenmedien ist es für die Parteien schwieriger geworden, schneller über Politik zu informieren. Es kommt daher darauf an, dass die SPD in der Lage ist, in den Ortsvereinen



auch Diskussionsangebote zu machen, durch die Hintergrundwissen weitergegeben wird.

Führungsaufgaben in der SPD erfordern bestimmte Fähigkeiten, die innerhalb des Ortsvereins weitergegeben und vermittelt werden sollten. Seminarangebote, z.B. zur Rhetorik, Nutzung des Internets, effektiver Öffentlichkeitsarbeit, Zeitmanagement u.ä. sind für viele Mitglieder interessant, weil sie nicht nur in der Partei, sondern auch in anderen Bereichen einen Nutzen versprechen.

Ein interessantes Bildungsangebot zu gestalten, ist daher ein Schlüssel zum Erfolg für die SPD. Es führt zu interessierten und gut informierten Mitgliedern, durch die die SPD nach außen vertreten wird. Insbesondere im Bereich der Bildung und Weiterbildung gilt, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen Ortsvereinen Sinn macht.

Auch im sozialdemokratischen Umfeld (z.B. im Netzwerk politische Bildung) gibt es eine Vielzahl von Bildungseinrichtungen, die interessante Veranstaltungen und Seminare anbieten. Der gemeinsame Besuch solcher Seminare durch Ortsvereinsmitglieder ist ebenfalls ein effektiver Weg der Weiterbildung, ohne eigene Angebote organisieren zu müssen.

Ort eines geselligen Vereinslebens

Unsere Organisationsebene heißt nicht umsonst Ortsverein. Mit diesem Namen wollen wir deutlich machen, dass die SPD nicht nur ein hochpolitischer Ort ist. Unsere Mitglieder sollen sich wohl fühlen und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickeln. Das Angebot des Ortsvereins sollte also mehr als Politik umfassen, z.B. gemeinsame Feste, Besuche von Ausstellungen, Gedenkstätten und politischen Orten, Wanderungen und anderes mehr.

Ort der Bürgeransprache

Für die SPD ist der Ortsverein nach wie vor der zentrale Ort, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Zeitungen, Radio, Fernsehen und das Internet sind wichtig, doch insbesondere in Wahlkampfzeiten gilt oft genug: Mundfunk ist wichtiger als Rundfunk. Gut informierte Mitglieder wirken oft Wunder, denn mit Gesprächen am Arbeitsplatz, in der Familie, im Sportverein oder der Kneipe ist oft mehr zu erreichen als mit eingekaufter Werbung für die Partei.

Eine gut im Ort verankerte SPD macht die Partei auch unabhängiger von kurzfristigen politischen Stimmungen. Die Menschen im Ort sollen die Vertreterinnen und Vertreter der SPD kennen. Eine engagierte SPD, die z.B. mit Ortsvereinszeitungen und Infoständen, mit Nachbarschaftsgesprächen und Bürgersprechstunden, mit Sommerfesten und Ferienaktionen auf sich aufmerksam macht, kann die Belange der Bürgerinnen und Bürger optimal vertreten.

Ort der Parteiorganisation

Im Ortsverein werden die Mitgliederkontakte aufgebaut und gepflegt, die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Partei unterstützen dies mit der regelmäßigen Pflege der elektronischen Mitgliederverwaltung. Zu den wichtigsten Aufgaben zählen Angebote für neue Mitglieder, regelmäßige Information der Mitglieder per Rundschreiben, die Mobilisierung von Mitgliedern für die Parteiarbeit und die Vorbereitung der örtlichen Wahlkämpfe.

Jeder Ortsverein verwaltet darüber hinaus auch seine Finanzen und muss eine Finanzplanung erstellen.

Eine hohe Mitgliederzahl sorgt dafür, dass die anfallenden Arbeiten auf viele Schultern verteilt werden können und die Partei schlagkräftig ist. Mitgliederwerbung ist daher eine wichtige Daueraufgabe für die gesamte Partei.

Tabelle: Aufgaben des Ortsvereins

Aufgaben	Inhalt
1. Politische Willensbildung	Sachdiskussionen und Entscheidungen Personelle Entscheidungen Vermittlung zwischen Partei- und Parlamentsarbeit Kompetenzvermittlung Bürgergespräche
2. Bürgeransprache	Informationen und Dialogangebote Engagement vor Ort Wahlkämpfe
3. Gestaltung des Parteilebens	Wünsche und Bedürfnisse der Mitglieder aufgreifen Gemeinschaftsgefühl fördern Abwechslungsreiche Arbeitsformen
4. Parteiorganisation	Mitgliederkontakte aufbauen und pflegen Mitgliederwerbung Bearbeitung von Finanzfragen
5. Bestandsaufnahme vor Ort	Umfragen



Der Vorstand des Ortsvereins

Der Vorstand bildet das politische Führungsgremium des Ortsvereins. Er führt die Beschlüsse der Mitgliederversammlung aus. Unter seiner Regie werden die politischen und organisatorischen Aufgaben des Ortsvereins durchgeführt. Er sorgt für eine gute Zusammenarbeit mit den anderen Gliederungen und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in der SPD und hält den Kontakt zu anderen Organisationen und Einrichtungen.

In den Parteiämtern und Mandaten der SPD müssen Frauen und Männer zu mindestens jeweils 40 Prozent vertreten sein. Nach dem Parteiengesetz muss ein Vorstand aus mindestens drei Mitgliedern bestehen. Im Allgemeinen sollten dem Ortsverein jedoch wenigstens die oder der Vorsitzende, ein oder zwei stellvertretende Vorsitzende, eine Kassiererin oder ein Kassierer sowie eine Schriftführerin oder ein Schriftführer angehören.

Bewährt hat sich auch die Wahl von Verantwortlichen für die Bildungsarbeit, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie für die Senioren- und Jugendarbeit. Dem Vorstand können Abgeordnete und andere Parteimitglieder kraft Satzung angehören, wenn sie ihr Amt oder Mandat aus einer Wahl erhalten haben. Der Anteil dieser Satzungsmitglieder darf ein Fünftel der Gesamtzahl der Vorstandsmitglieder nicht überschreiten. Bei größeren Ortsvereinen besteht der Vorstand aus weiteren Mitgliedern, deren Anzahl von der Mitgliederversammlung vor der Wahl festgelegt werden muss. Wer in ein Amt gewählt wird und die Wahl annimmt, verpflichtet sich, die Aufgabe nach besten Kräften zu erfüllen. Sie oder er trägt die Verantwortung sowohl nach außen (gegenüber der Öffentlichkeit) als auch nach innen

(gegen über den Mitgliedern). Jedes gewählte Vorstandsmitglied schuldet den Mitgliedern Rechenschaft. Die Ausübung einer Funktion verlangt Einsatz und Zeit. Sie eröffnet aber auch einen Einblick in die Zusammenhänge unseres politischen und gesellschaftlichen Lebens. Daher sollten die Arbeit und die Funktionen auf möglichst viele Mitglieder übertragen werden.

Die Aufgaben des Vorstands

- Der Vorstand entscheidet formell über die Aufnahme neuer Mitglieder bzw. kann der Aufnahme von Mitgliedern widersprechen. Erfolgt keine formelle Aufnahme, gilt ein Mitglied nach vier Wochen automatisch als aufgenommen.
- Der Vorstand trifft sich zu regelmäßigen Vorstandssitzungen, führt die Geschäfte des Ortsvereins, bereitet Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen vor und plant Wahlkämpfe.
- Der Vorstand informiert die Mitglieder über aktuelle sozialdemokratische Aktivitäten in der Gemeinde und über die sozialdemokratische Politik auf Bundes- und Landesebene. Er macht die Informationen, die an ihn weitergeleitet werden, auf der Mitgliederversammlung verfügbar, z.B. durch Kopien oder Umlaufmappen.
- Der Vorstand fördert die politische Bildung der Mitglieder, etwa durch die Entwicklung eigener Angebote oder Information über die Angebote von Bildungsträgern.
- Der Vorstand hält den Kontakt zum Unterbezirk, zu anderen Ortsvereinen und unterstützt die Zielgruppenarbeit der Arbeitsgemeinschaften.

Der Vorstand ist für die Partei also eine Art "Motor". Er sollte:

- die Partei nach innen und außen öffnen,
- politische und organisatorische Antriebskraft des Ortsvereins sein,
- demokratische Führungsqualitäten besitzen,
- mit Toleranz und Integrationskraft die vielfältigen Meinungen und Interessen im Ortsverein moderieren und bündeln,



Der Vorstand des Ortsvereins

- die Aufgaben im Ortsverein delegieren und koordinieren,
- politischen Nachwuchs aufbauen helfen,
- die Kontakte zum gesellschaftlichen und sozialen Umfeld aufbauen und vertiefen.

Ein Ortsvereinsvorstand sollte sich für seine Arbeit realistische Ziele setzen und zu Jahresbeginn eine Planung für das gesamte Jahr erstellen. Darin sollten wichtige örtliche Ereignisse (Stadtfeiern, Kulturfestivals etc.) ebenso berücksichtigt werden wie wichtige Jahres- und Gedenktage für die Sozialdemokratie (z.B. 100. Geburtstag August Bebel u.ä.). Eine Übersicht über die Gedenktage gibt es beim SPD-Parteivorstand. Wir empfehlen, so viele öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen wie möglich durchzuführen und nie zu vergessen, dass der Ortsverein neben Politik auch Raum für Kultur und Spaß lassen sollte.

Zur Jahresplanung gehört auch, sich realistische Ziele für die Neugewinnung von Mitgliedern zu setzen und Ideen zur Werbung neuer Mitglieder zu entwickeln.

Der Ortsverein ist auf gute Vorstandsarbeit angewiesen. Nur sie ermöglicht eine lebendige Parteiarbeit, bringt Reden und Handeln in Einklang, nimmt die Fragen der Menschen auf, beschreitet mit Phantasie und Kreativität neue Wege, um Vertrauen zu gewinnen.

Erfolgreich ist ein Vorstandsteam, das seine Aufgaben teilt und für alle Mitglieder öffentlich tagt. Die Vorstandstreffen sollten regelmäßig und mindestens einmal monatlich stattfinden. Die Tagesordnung sollte immer folgende Themen behandeln:

- die Tätigkeiten des Ortsvereins nach innen und außen,
- die Tätigkeiten der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger,
- die Zusammenarbeit mit den Arbeitsgemeinschaften,
- Kontakte und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Verbänden.

Insbesondere in den kleineren Ortsvereinen hat es sich als zweckmäßig erwiesen, Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen nicht zu trennen. Denkbar ist z.B., dass an einem Abend ab 19 Uhr ein organisatorischer Teil der Versammlung durchgeführt wird, in deren Verlauf die Ortsvereinsarbeit geplant wird und zu dem nur Mitglieder eingeladen sind. Ab 20 Uhr können dann die inhaltlichen Themen behandelt werden. Hier empfiehlt es sich, öffentlich zu tagen und Bürgerinnen und Bürger herzlich zur Mitarbeit einzuladen.

Die Aufgaben der einzelnen Vorstandsmitglieder

Erfolgreiche Vorstandsteams teilen die Aufgaben. Zur Vorbereitung auf Funktionen und Aufgaben können neue Vorstandsmitglieder auch an Seminaren politischer Bildungsträger teilnehmen.

- Beteiligung des Ortsvereins an lokalen Feiern und Festen und anderen Veranstaltungen der örtlichen Vereine und Initiativen. Dabei sollten der gesamte Vorstand und die Ratsmitglieder gemeinsam die Partei repräsentieren.
- Beteiligung der Mitglieder, Interessentinnen und Interessenten an der Wahlkampfplanung und -organisation.
- Beteiligung an der Pressearbeit. Zu öffentlichen Versammlungen lädt die SPD grundsätzlich die Presse ein. Zu wichtigen aktuellen Ereignissen sollte der Ortsverein zusätzlich eine Presseerklärung veröffentlichen.

Auch für langjährige Vorstandsmitglieder sind Bildungsangebote meist interessant, sie geben neue Ideen oder Anregungen und stellen neue Arbeitsformen vor.

In einer Klausurtagung des Vorstands, die einmal jährlich stattfindet, sollte die Ortsvereinsarbeit kritisch analysiert werden. Konzepte für die künftige Arbeit können so erneuert bzw. besser entwickelt werden.

Die Aufgabenverteilung könnte z.B. so aussehen. Sie kann aber natürlich auch angepasst werden. Entscheidend ist, dass die Arbeit auf viele Schultern verteilt wird und jedes Vorstandsmitglied nach seinen Fähigkeiten und zeitlichen Möglichkeiten eingesetzt wird:

Die Vorsitzende/der Vorsitzende

1. koordiniert die Tätigkeit im Vorstand,
2. repräsentiert den Ortsverein nach innen und außen,
3. gibt den Jahresbericht vor der Mitgliederversammlung,
4. führt verantwortlich Beschlüsse aus,
5. unterrichtet den Vorstand über alle Vorgänge, die die gemeinsame politische Arbeit berühren,
6. leitet Versammlungen und Sitzungen (die Moderation kann unter allen Vorstandsmitgliedern rotieren),
7. macht Vorschläge für die politischen Aktivitäten,
8. unterzeichnet die Abrechnungen.

Die/der stellvertretende Vorsitzende

1. leitet in Vertretung der/des Vorsitzenden die Vorstandssitzungen und Versammlungen,
2. informiert sich über das gesellschaftliche und politische Leben in der Gemeinde und hilft mit, Kontakte herzustellen,
3. übernimmt bestimmte Aufgaben, z.B. die Wahlkampforganisation,
4. bereitet Versammlungen vor,
5. hält Kontakte zu Unterbezirk und Bezirk.

Die Kassiererin/der Kassierer

1. führt die Kasse und verwaltet die Finanzen,
2. prüft regelmäßig die Beitragshöhe der Mitglieder,
3. stellt den Haushalts- und Wirtschaftsplan auf,
4. gibt den Kassenbericht vor der Jahreshauptversammlung,
5. organisiert das "Fundraising" und die Finanzierung politischer Kampagnen,
6. führt die Mitgliederdatei,
7. erstellt den Rechenschaftsbericht (gemäß Parteiengesetz).

Die Schriftführerin/der Schriftführer

1. führt Protokoll über die Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen,

2. führt die Terminliste,
3. bearbeitet den allgemeinen Schriftverkehr,
4. betreut die Ortsvereinsinformationen für alle Mitglieder,
5. sammelt Dokumente für die Chronik des Ortsvereins,
6. arbeitet eng mit der/dem Pressereferenten/in des Vorstandes zusammen.

Die Beisitzerinnen/die Beisitzer

1. betreuen einzelne Themenfelder,
2. betreuen wichtige Zielgruppen (z.B. Jugend, Arbeitnehmer/innen, Frauen),
3. helfen bei der Mitgliederbetreuung.

Auf die Vorstandsmitglieder sollten auch weitere wichtige Aufgaben verteilt werden, z.B. die Ansprache von Neumitgliedern, die Betreuung der Internetseite, die Entwicklung von Angeboten für ältere Mitglieder und die Organisation von Bildungsangeboten. Und nicht vergessen: Schickt euren Mitgliedern zumindest zu runden Geburtstagen und wichtigen Anlässen auch Glückwünsche oder ein Dankeschön, wenn jemand besonders aktiv mitgeholfen hat. Ob diese Aufgaben durch Vorstandsmitglieder oder andere Beauftragte wahrgenommen werden, ist dem Ortsverein überlassen, Hauptsache, sie werden wahrgenommen.

Für Ortsvereinskassierer/innen gibt es das "Handbuch für Ortsvereinskassiererinnen und Ortsvereinskassierer" in gedruckter Form oder zum Download im SPD-Mitgliedernetz.

Bestelladresse:

SPD-Parteivorstand, Referat
Vertriebsservice,
Postanschrift: 10911 Berlin,
Tel.: 030 - 259 91 - 200



Neugründung von Ortsvereinen

Mancherorts ist die SPD bis heute nicht vertreten. Dies soll nicht so bleiben. Der SPD-Parteivorstand unterstützt die Neugründung von Ortsvereinen durch gezielte Hilfen.

Jeder neu gegründete Ortsverein erhält vom SPD-Parteivorstand, Referat Parteiorganisation:

- ein "Startkapital" von 100 €,
- ein Informationspaket mit aktuellem Material,
- ein Handbuch zur Ortsvereinsarbeit.



Die Anforderung der Starthilfe muss grundsätzlich über den Landesverband bzw. Bezirk erfolgen. Die Auszahlung des "Startkapitals" erfolgt dann direkt an den neu gegründeten Ortsverein. Um Verzögerungen zu vermeiden, sollte die Anforderung die Anschrift des Ortsvereinsvorsitzenden und die Kontonummer des neu gegründeten Ortsvereins enthalten. Der Parteivorstand hat eine Mustersatzung für Ortsvereine erstellt, die über SPD-Online abgerufen werden kann.

Mitglieder in der SPD

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist eine Partei, die durch das Engagement erfolgreich ist, das ihre Mitglieder in ihrer Freizeit erbringen. Menschen setzen sich für Menschen ein - ehrenamtlich und mit großem Einsatz. Darauf



sind wir stolz. Wer Mitglied der SPD wird, unterstützt die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das ist heute so wichtig wie vor mehr als 140 Jahren bei der Gründung der Partei.

Wer Mitglied wird, der kommt mit seinen Erwartungen. Mitglieder wollen in unserer Partei mitwirken, mitentscheiden und gemeinsam für die Ziele der SPD eintreten. Zu den wichtigsten Aufgaben der Ortsvereine gehört es daher, für die Mitglieder entsprechende Angebote zu machen und neue Mitglieder herzlich zur Mitarbeit einzuladen.

Wer kann Mitglied der SPD werden?

Alle, die sich zu den Grundsätzen der Partei bekennen und mindestens 14 Jahre alt sind, können Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden. Auch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger können selbstverständlich in der SPD mitarbeiten, wählen und gewählt werden. Der Wohnort spielt keine Rolle, d.h. auch Menschen, die im Ausland leben, können Mitglied werden.

Wie wird man Mitglied?

Beitrittsformulare gibt es in jeder SPD-Geschäftsstelle. Sie können darüber hinaus auf unzähligen Internetseiten von Parteigliederungen herunter geladen werden. Außerdem ist der Beitritt direkt online auf der Internetseite www.spd.de möglich.

Der Beitritt wird dann an den zuständigen SPD-Unterbezirk (bzw. Kreisverband) und an den zuständigen Ortsverein weitergeleitet. Der Ortsverein entscheidet formell über die Aufnahme, dabei gilt ein Mitglied auch dann als aufgenommen, wenn innerhalb von vier Wochen nach dem Beitritt kein Widerspruch gegen die Aufnahme erfolgt.

Neue Mitglieder sollten nach ihrer Aufnahme persönlich kontaktiert werden und das Parteibuch aus den Händen eines Vorstandsmitglieds oder im Rahmen einer Mitgliederversammlung erhalten. Darüber hinaus gibt es einen Neumitgliederordner, der neuen Mitgliedern gefüllt mit Informationsmaterial auch über den Ortsverein und die lokal tätigen Arbeitsgemeinschaften übergeben werden soll.

Vereinzelt gibt es in Ortsvereinen die Tradition, dass als Mitglied nur Frauen und Männer aufgenommen werden, die beim Ortsvereinsvorstand oder in der Mitgliederversammlung persönlich vorsprechen. Von solchen Aufnahme-prozeduren raten wir ab, weil es auch legitim und erwünscht ist, die Partei durch einen Beitritt ideell und finanziell zu unterstützen, ohne am Parteileben teilzunehmen.

Was kann man als Mitglied tun?

Jedes Mitglied hat das Recht und die Pflicht, sich im Rahmen der Statuten an der politischen Willensbildung, den Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen und die Ziele der SPD zu unterstützen (§ 5 Organisationsstatut).



Zum sozialdemokratischen Engagement gehört z.B.,

- in die Offensive gehen, d.h. nicht nur zu Wahlkampfzeiten, sondern im Gespräch am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft oder unter Freunden die Grundsätze der sozialdemokratischen Politik vertreten.
- Einfluss nehmen auf die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten zu den Kreis- und Landtagen sowie dem Bundestag.
- Mitwirken und Mitentscheiden in allen politischen Fragen, von kommunalen Problemen bis zur Außenpolitik; z.B. durch Anträge und Resolutionen an alle Parteitage der SPD bis hin zum Bundesparteitag.
- Wahl des Ortsvereinsvorstands und der Delegierten zum Unterbezirksparteitag sowie der Kandidatinnen und Kandidaten zu den Gemeinderäten und Stadtverordnetenversammlungen.
- Verantwortung tragen, indem man zum Unterbezirks-, Bezirks- oder Bundesparteitag delegiert wird bzw. eine Funktion oder ein Mandat übernimmt.
- neue Mitglieder werben, damit es immer mehr Bürgerinnen und Bürger gibt, die offen für die Sozialdemokratie eintreten.

Jedes Mitglied der Sozialdemokratie gehört einem Ortsverein an. Es ist damit berechtigt, an den Mitgliederversammlungen des Ortsvereins teilzunehmen und hat dabei:

- Rederecht,
- Antragsrecht,
- Stimmrecht,
- aktives und passives Wahlrecht.

Darüber hinaus sind SPD-Mitglieder grundsätzlich auch berechtigt, an den Sitzungen und Veranstaltungen anderer Ortsvereine und Gliederungen teilzunehmen, es sei denn, es wird dort entsprechend anders beschlossen. Dies bedeutet, dass jedes Mitglied etwa auch als Zuschauer zu Parteitagen kommen kann, im Unterschied zu Delegierten allerdings kein Rede- und Stimmrecht hat.

Der eigene Ortsverein bildet eine wichtige Entscheidungsebene. Jedes Mitglied kann auf der Mitgliederversammlung Anträge zur Abstimmung stellen. Die Mitgliederversammlung ist für alle höheren Gliederungsebenen (Unterbezirks- bzw. Kreisparteitag, Landes- bzw. Bezirksparteitag, Bundes-

parteitag) berechtigt, Anträge einzubringen.

Im Ortsverein werden auch die Delegierten zu den Unterbezirksparteitagen gewählt, Delegierte zu Parteitagen höherer Gliederungsebenen nominiert sowie Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter gewählt oder nominiert.

Grundsätzlich ist jedes Mitglied berechtigt, für Parteifunktionen zu kandidieren. Darüber hinaus kann jedes Mitglied auch für öffentliche Ämter (Kommunalparlament, Landtag, Bundestag) kandidieren, sofern es die Voraussetzungen des Wahlrechts erfüllt (so kann z.B. ein ausländischer Staatsbürger zwar SPD-Vorsitzender werden, nicht aber für den Deutschen Bundestag kandidieren). Jedes Mitglied ist auch berechtigt, Personalvorschläge einzubringen.

Mitgliedsbeiträge

Mitglieder müssen ihre Beitragspflicht erfüllen. Die Höhe des Beitrages ist unterschiedlich und richtet sich nach dem monatlichen Netto-Einkommen. Die erwarteten Beiträge sind so gestaffelt, dass Mitglieder mit kleineren Einkommen vergleichsweise weniger belastet werden, als Mitglieder mit einem größeren Einkommen.

Monatsnettoeinkommen					
bis 1000 €	1000 € bis 1500 €	1500 € bis 2000 €	2000 € bis 3000 €	3000 € bis 4100 €	über 4100 €
		Monatsbeiträge			
5 € bis 8 €	8 € bis 25 €	25 € bis 55 €	55 € bis 135 €	135 € bis 245 €	245 € und mehr

Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen der zutreffenden Gruppe selbst ein. Der jeweils erstgenannte Beitrag stellt dabei den erwarteten Mindestbeitrag dar. Für Mitglieder ohne Einnahmen oder mit geringfügigem Einkommen beträgt der monatliche Beitrag 2,50 €. Dieser Beitrag gilt auch für ausländische Mitglieder der SPD, die einer Partei angehören, die Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas ist, und dort ihren Beitragsverpflichtungen nachkommen.

Bis zu einer Gesamthöhe von 1650 € (3300 € bei gemeinsam veranlagten Ehegatten) werden Beiträge und Spenden zu 50 Prozent von der Einkommenssteuer abgezogen. Bis zu weiteren 1650 € bzw. 3300 € können vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden.

Anmerkungen zu den Mitgliedsbeiträgen in der SPD

Die Beitragstabelle enthält Richtwerte, jedes Mitglied muss aber selbst einschätzen, wie es sich einstufen kann und will. Finanzielle Belastungen, die z.B. bei der Pflege von Angehörigen, bei Unterhaltszahlungen oder etwa durch Arbeitslosigkeit, Babypause etc. entstehen, sollen nicht dazu führen, dass jemand nicht Mitglied wird bzw. über einen Parteiaustritt nachdenkt. Der Mitgliedsbeitrag kann deshalb jederzeit an neue Situationen angepasst und entsprechend abgesenkt bzw. auch erhöht werden.

Beitragsfreie Mitgliedschaften sind nach dem Parteiengesetz nicht erlaubt, wer also seine Beitragszahlungen einstellt, kann nicht Mitglied der SPD bleiben.

Die Mitgliedsbeiträge werden seit 2003 jährlich entsprechend der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens, ermittelt durch das Bundesamt für Statistik, erhöht. Dies bedarf jeweils der Festlegung durch den Parteivorstand. Beiträge von Mitgliedern ohne Einnahmen oder mit geringfügigem Einkommen sind von der jährlichen Beitragsanpassung ausgenommen. Darüber hinaus kann jedes Mitglied der Anpassung bei der zuständigen Geschäftsstelle widersprechen.

Austritte aus der SPD

Auch im attraktivsten Ortsverein wird es gelegentlich Mitglieder geben, die ihr Parteibuch abgeben und ihre Mitgliedschaft in der SPD beenden wollen. Ein Vorstandsmitglied sollte dann einmal nachfragen, wo die Gründe liegen. Manchmal treten Mitglieder aus, weil sie den Beitrag nicht mehr bezahlen können. Hier kann immer die Anpassung des Beitrags auf die neue finanzielle Situation angeboten werden. Die meisten Mitglieder, die unsere Partei verlassen, sind aber unzufrieden mit einem Thema in der Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik. Hier sollte ein Gespräch mit einem sachkundigen Mitglied vermittelt werden. Oft gelingt es so, die Mitgliedschaft zu erhalten.



Die Erwartungen der Mitglieder

Frauen und Männer treten in die SPD ein, weil sie Erwartungen an die Partei haben. Auffällig ist nach allen Erhebungen ein Unterschied zwischen Neumitgliedern und Mitgliedern, die schon längere Zeit in der Partei sind.

- Ein Teil unserer Mitglieder will nicht aktiv werden, sondern die Partei lediglich durch ihre Mitgliedschaft unterstützen. Auch das ist ein legitimes und ehrenwertes Motiv für eine Mitgliedschaft.
- Die Mehrheit der Mitglieder zeigt aber eine hohe Bereitschaft, auch aktiv in der Partei mitzuarbeiten.
- Sehr beachtenswert ist die Tatsache, dass sich die Mitglieder in großem Maße mit der Geschichte und den Grundwerten der Partei und deren Erhalt auseinandersetzen wollen.

Von besonderer Bedeutung für die Partei ist auch die nach wie vor vorhandene Erwartung neuer Mitglieder, durch ihren Beitritt zur SPD "politisch besser informiert" zu sein. Dies ist im Zeitalter der Massenmedien schwieriger geworden, weil ein Großteil der Sachinformationen schnell über die Medien verbreitet wird. Deshalb ist es wichtig, dass die Partei es schafft, exklusive Informations- und Diskussionsangebote anzubieten, bei denen die Mitglieder auch weitergehende Hintergrundinformationen erhalten. Auch die Erstellung und Verbreitung von Argumentationspapieren, die vor allem über das Internet publiziert werden können, ist hier ein sinnvolles Instrument. Gleiches gilt für das exklusive Internetangebot spd-online.de, das aufgrund der veränderten Informations- und Kommunikationsgewohnheiten von immer mehr Mitgliedern genutzt wird. Diese Angebote dürfen aber nicht nur in eine Richtung gehen. Da die Mit-

gliedern sich auch an den Diskussions- und Meinungsbildungsprozessen beteiligen wollen, müssen diese Angebote interaktiv sein. Es ist zu prüfen, wie wir unseren Mitgliedern die Zugänge zu modernen Kommunikationswegen eröffnen können, damit diese sich auf diesem Wege an Diskussionsprozessen und Entscheidungen beteiligen können. Denkbar sind hier z.B. PC-Kurse, bei denen Genossinnen und Genossen, die sich gut auskennen, anderen Mitgliedern beim Einstieg behilflich sind.



Die Fort- und Weiterbildung von Mitgliedern kann für die Zukunft ein entscheidendes Instrument sein, um Menschen an die Parteien zu binden. In einer Zeit, in der alle großen Organisationen Mitglieder verlieren, ist es bedeutsam, den Gebrauchswert einer Mitgliedschaft in der Partei zu erhöhen. Wenn eine Mitgliedschaft auch die Möglichkeit bietet, sich in politischen Fragen zu qualifizieren sowie Arbeitstechniken, Rhetorik u.ä. zu erlernen und zu verbessern, profitiert die Partei, weil sie erwarten kann, dass sie durch entsprechende Angebote kompetente Mitglieder ausbildet und entsprechend auch Parteiämter und Mandate mit gutem Personal besetzen kann. Profitieren können aber auch die Mitglieder, weil sie das Erlernte auch in Schule, Studium und Arbeitsleben anwenden können.

Die SPD unterbreitet gezielte Angebote; das gilt für alle Ebenen bis hin zu den Unterbezirken und Kreisverbänden. Politische Mentoring-Programme, Neumitglieder-Seminare und die Vermittlung von Grundlagen der Parteiarbeit haben sich in der Praxis bewährt. Hierbei müssen allerdings stärker

als bisher die unterschiedlichen Belastungen von Männern und Frauen durch Beruf und Familie und die damit verbundenen individuellen Zeitbudgets bei der Planung von Seminaren und anderen Terminen berücksichtigt werden.

Die örtliche Gliederungsebene der Partei heißt aus gutem Grund Ortsverein. Damit machen wir deutlich, dass wir auch ein Ort der sozialen Interaktion und des geselligen Zusammenseins sein wollen. Wir wollen eine Partei sein, die nicht immer nur "hochpolitisch" ist, sondern ein Ort ist, an dem man mit anderen Menschen etwas unternehmen und etwas erleben kann. Angebote wie Skat- oder Kegelabende, gemeinsames Wandern, Theater- oder Filmabende sind nicht etwa altbacken, sondern auch heute noch hochmodern, attraktiv und gefragt.

Unterschiedliche Lebens- und Berufsphasen bringen einen unterschiedlichen Aktivitätsgrad der Mitglieder mit sich. Darauf muss die Partei mit entsprechenden Angeboten reagieren. Der Ausbau von Projektarbeit in den vergangenen Jahren war sinnvoll. Von großer Bedeutung sind auch die Angebote der Arbeitsgemeinschaften, Mitglieder an Diskussionsprozessen zu beteiligen, die innerhalb einer gewissen Zeitspanne abgeschlossen werden können.

Bisher gehen der SPD zu viele Mitglieder durch Umzug verloren. Da die Gesellschaft von den Bürgerinnen und Bürgern viel Mobilität verlangt, muss auch die SPD Modelle entwickeln, wie sie qualifizierte und erfahrene Mitglieder binden kann, die ihren Wohnort wechseln. Die SPD tut sich vielerorts schwer, Mitglieder nach einem Umzug angemessen zu integrieren.

Checkliste: Umgang mit neuen Mitgliedern

1. Kontakt herstellen

Nachdem ihr die Meldung über einen Beitritt (neues Mitglied) oder einen Zuzug (Mitglied wechselt in euren Ortsverein) durch den zuständigen Unterbezirk erhalten habt, solltet ihr schnellstmöglich einen ersten Kontakt herstellen, z.B. per Brief, Telefon oder E-Mail.

Diese Aufgabe sollte ein Mitglied des Ortsvereinsvorstands übernehmen; dies muss nicht unbedingt die oder der Vorsitzende sein. So kann es durchaus sinnvoll sein, etwa junge neue Mitglieder auch durch junge Vorstandsmitglieder, Frauen durch Frauen oder etwa Kolleginnen und Kollegen aus

derselben Firma kontaktieren zu lassen.

In einem ersten Gespräch sollte ein persönlicher Kontakt verabredet werden, z.B. beim Mitglied zu Hause oder in einem Café.

2. Persönliches Gespräch führen

Jedes Mitglied kommt mit bestimmten Erwartungen in die SPD. Erklärt den Neulingen bei einem persönlichen Gespräch, wie die Partei funktioniert und an welchen Themen und Projekte euer Ortsverein arbeitet. Zeigt aber auch auf, welche sonstigen Möglichkeiten es gibt (Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen etc.). Lasst euch von den neuen Mitgliedern erklären, an welchen Themen sie besonders interessiert sind und wo sie sich eine Mitarbeit vorstellen können.

Das persönliche Gespräch ist auch bei zugezogenen Mitgliedern wichtig und notwendig. Auch wer schon jahrelang Mitglied der Partei ist, muss sich nach einem Wohnortwechsel - gerade wenn er nicht innerhalb einer Stadt erfolgt - neu orientieren. Viele aktive Mitglieder gehen der Partei verloren, weil sie nach einem Ortsvereinswechsel keine Lust haben "von vorn anzufangen." Nutzt das Potenzial und die Erfahrungen solcher Mitglieder für die eigene Arbeit.

Am Ende des persönlichen Gesprächs kann dem neuen Mitglied sein Parteibuch übergeben werden. Wenn das neue Mitglied aber Zeit und Lust hat, die nächste Mitgliederversammlung zu besuchen, sollte die Übergabe dort erfolgen.

3. Mitgliedsbuch übergeben

Wenn die Übergabe des Mitgliedsbuchs nicht schon im privaten Rahmen erfolgt ist, empfiehlt sich diese bei einer Mitgliederversammlung. Dabei begrüßt die/der Ortsvereinsvorsitzende das neue Mitglied. Anschließend sollten sich alle Mitglieder kurz vorstellen, damit man sich besser kennen lernt. Das neue Mitglied sollte sich ebenfalls kurz vorstellen.

Die SPD hat für ihre neuen Mitglieder einen Mitgliederordner entwickelt, der wichtige Informationen zur SPD und ihren Gliederungsebenen enthält. Diesen Ordner erhaltet ihr von euren Unterbezirken zur persönlichen Weitergabe an eure neuen Mitglieder.



Die Information der Mitglieder

Wenn man die Erwartungen von vielen Nachbarinnen und Nachbarn, Kolleginnen und Kollegen, Bekannten und Verwandten zu Grunde legt, dann müsste jedes SPD-Mitglied ein wandelndes Lexikon sein. Da fragt die Nachbarin oder der Nachbar nach Einzelheiten aus der Schulpolitik; die Kollegin oder der Kollege in der Werkskantine wünscht eine Stellungnahme zu Wirtschaftsproblemen. Und so weiter. Bürger glauben häufig, Mitglieder der SPD gewännen durch ihre Parteizugehörigkeit universelles Wissen über alle politischen Zusammenhänge. Dem ist nicht so. Aber: Mitglieder der SPD können sich umfassender und besser informieren als andere Bürgerinnen und Bürger. Sie verfügen über mehr Informationsquellen und spielen dadurch eine wichtige Rolle in der politischen Diskussion.

Mitglieder und Ortsvereine können sich über verschiedene Informationsquellen informieren:

- Monatlich erscheint die SPD-Mitgliederzeitschrift "Vorwärts", die alle Mitglieder kostenlos per Post erhalten.
- Funktionäre erhalten ebenfalls monatlich INTERN, den Informationsdienst der SPD. Diese Zeitschrift kann unter Telefon (030) 25991-270 von allen Mitgliedern auch abonniert werden.
- Auf die zahlreichen Internetangebote der Partei haben alle Bürgerinnen und Bürger Zugriff. Das Online-Portal www.spd.de bietet täglich aktuelle politische Informationen rund um die SPD, darunter alle Pressemitteilungen der Partei. Auch die Internetseite der Bundestagsfraktion unter www.spdfraktion.de wird täglich aktualisiert. Online sind auch alle Landes- und Bezirksverbände und nahezu alle Unterbezirke sowie Tausende von Ortsvereinen.

- Darüber hinaus gibt es mit www.spd-online.de ein Internetangebot, welches exklusiv nur von SPD-Mitgliedern genutzt werden kann. Hier finden sich interne Informationen, weitergehende Informations- und Argumentationspapiere



- sowie zahlreiche Hilfen für die Arbeit vor Ort (Textbausteine, Vorlagen für Satzungen, Checklisten für Veranstaltungen und vieles mehr). Jedes Mitglied kann sich bei spd-online auch eine eigene E-Mail-Adresse anlegen.
- Jedes Mitglied hat die Möglichkeit, Veranstaltungen der Partei zu besuchen, auch außerhalb des eigenen Ortsvereins. Außerdem kann jedes Mitglied an Bildungsangeboten auf allen Parteiebenen teilnehmen.
- Neben den zahlreichen elektronisch zur Verfügung stehenden Informationsmedien gibt es auch Broschüren und Flugblätter in den Unterbezirken und Landesverbänden. Über den Vertriebsservice des Parteivorstands können gedruckte Materialien für die Arbeit vor Ort bestellt werden. Mitglieder können aber auch einzelne Exemplare bestellen.
- Über die Internetseiten und die Referate für Öffentlichkeitsarbeit stellen alle Ministerien weitergehende politische Informationen zur Verfügung. Viele gedruckte Materialien können online oder telefonisch kostenlos bestellt werden. Es ist beispielsweise auch möglich, eine Bestellung für einen interessierten Bürger abzugeben, der beim Ortsverein angefragt hat.
- Die Friedrich-Ebert-Stiftung bietet wie auch andere politische Stiftungen interessante Seminarangebote und Veranstaltungen an. Eine Aufnahme in den Einladungsverteiler ist meist problemlos möglich und sollte von der Bildungsbeauftragten/dem Bildungsbeauftragten des Ortsvereins wahrgenommen werden.
- Über die Bundeszentrale für politische Bildung sowie in den meisten Bundesländern auch über Landeszentralen für politische Bildung sind - meist gegen kleine Gebühr - weitergehende Informationen zu fast allen politischen Themen erhältlich.



Attraktive Veranstaltungen und Mitglieder- versammlungen

Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Ortsvereins. Sie wählt den Ortsvereinsvorstand, die Revisorinnen und Revisoren sowie die Delegierten zum Unterbezirksparteitag. Sie kann Wahlvorschläge, Anträge, Entschließungen und die Satzung für den Ortsverein verabschieden. Jedes Mitglied kann durch Anträge oder Diskussionsbeiträge seine politischen Vorstellungen einbringen.

Anträge und Wahlen sind auf der Tagesordnung anzukündigen. Die Einladungsfristen sind dabei zu beachten. Jeder Ortsverein sollte seine Mitglieder über politische und organisatorische Vorgänge regelmäßig informieren. Die Mitgliederversammlungen bieten eine Möglichkeit der politischen Information. Sie sollten in der Regel monatlich, sie müssen jedoch mindestens einmal in jedem Quartal einberufen werden.

Um Bürgerinnen und Bürgern die Arbeit und die Kontakte zur SPD zu erleichtern, empfehlen wir in jedem Quartal mindestens eine öffentliche Ortsvereinsversammlung. Es hat sich aber auch als zweckmäßig erwiesen, fast alle thematischen Sitzungen eines Ortsvereins öffentlich zu veranstalten, d.h. den Termin über die Presse und Internet anzukündigen, zumindest aber interessierte Bürgerinnen und Bürger stets teilnehmen zu lassen.

Jahresplanung im Ortsverein

Eine vorausschauende und realistische Jahresplanung ist Grundlage für den Erfolg der Arbeit im sozialdemokratischen Ortsverein. Dazu gehört, sich Ziele zu setzen, die ehrgeizig sein können, aber realisierbar sein müssen. Der Ortsverein kann nur erfolgreich sein, wenn sein Wirken maßgeb-

lich für die Öffentlichkeit bestimmt ist, wenn er steter Ansprechpartner für die Menschen im Ort oder im Stadtteil ist.

Neben regelmäßigen Pressekontakten und dem Besuch von Veranstaltungen durch Mitglieder des Ortsvereins gehört die Organisation von eigenen interessanten Veranstaltungen zu den Aufgaben, mit denen man am meisten Wirkung erzielen kann.

Eine Grobplanung für den Ortsverein sollte deshalb für ein Jahr im Voraus gemacht werden und berücksichtigen, dass es

- regelmäßig wiederkehrende "Pflicht"-Termine gibt (z.B. Wahlversammlungen),
- regelmäßige "Kür"-Termine geben sollte (z.B. Sommerfeste) und
- herausragende einmalige Termine gibt, die man nutzen kann.

Historische Termine

Als älteste demokratische Partei Deutschlands kann die SPD heute in jedem Jahr eine Reihe von Gedenktagen feiern. Nur wer sich seiner Geschichte besinnt, kann auch in der Zukunft erfolgreich sein. Deshalb macht es Sinn, sich an überregionale und regionale Ereignisse von besonderer Bedeutung zu erinnern.

Im Mitgliedernetz www.spd-online.de findet ihr in jedem Jahr herausragende Gedenktage. Im Jahr 2006 jährt sich z.B. der Geburtstag von Herbert Wehner zum 100. Mal. 1906 wurde die Parteischule der SPD und vor 60 Jahren wurden die "Falken" gegründet. All dies können vor Ort Anlässe für interessante Veranstaltungen, z.B. mit Zeitzeugen, Ausstellungen, Filmen und vielem mehr sein. Natürlich kommen auch Veranstaltungen mit lokalem Bezug in Frage.

Vorschläge für regelmäßige Aktivitäten des Ortsvereins

Neben den jeweils einmaligen historischen Terminen gibt es in jedem Jahr zahlreiche Anlässe und Möglichkeiten, Veranstaltungen durchzuführen. Die folgende Liste ist dabei als kleine Anregung gedacht. Eurem Ideenreichtum sind dadurch aber keine Grenzen gesetzt.

Januar:

Neujahrsempfang des Ortsvereins

Zu einem Neujahrsempfang werden alle Mitglieder, Funktions- und Mandatsträger der Partei sowie die wichtigsten Multiplikatoren aus dem Ortsvereinsgebiet eingeladen. Dazu gehören z.B. die Vertreterinnen und Vertreter anderer Vereine, gesellschaftlicher Gruppen und Initiativen, von Kirchen, sozialen Einrichtungen, Schulleiter etc. Der Neujahrsempfang ist wichtig, damit man über die Entwicklung des Ortsteils auf dem Laufenden ist und in ständigem Gespräch mit den Menschen bleibt, die aufgrund ihrer Funktion auch anderen Leuten vom Engagement der SPD berichten können.

Holocaust-Gedenktag (27. Januar)

Der internationale Holocaust-Gedenktag findet in jedem Jahr am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee im Jahr 1945, statt. Dieser Tag bietet sich an, mit Lichterketten oder Mahnwachen an bedeutsamen Stellen im Ort oder Stadtteil den Opfern des Faschismus zu gedenken.

Februar:

Filmapend des Ortsvereins

In der kalten Jahreszeit macht ein Filmapend besonderen Spaß. Vielleicht gelingt es euch, in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Kino einen besonderen Film zu zeigen und hinterher ein interessantes Filmgespräch, z.B. mit der Regisseurin oder dem Regisseur zu führen oder euch mit Politikerinnen und Politikern über das Thema des Films zu unterhalten.

März:

Neumitglieder-Empfang

Neue Mitglieder treten der Partei mit bestimmten Erwartungen bei und brauchen in der Anfangsphase eine besondere Betreuung. Dazu gehört auch die Möglichkeit, sich mit anderen neuen Mitgliedern der Partei auszutauschen zu können. Wir empfehlen daher, gegebenenfalls auf der Ebene der Unterbezirke, regelmäßige Neumitglieder-Treffen durchzuführen. Auch zugezogene Mitglieder sollten dazu eingeladen werden, da gerade auch durch den Wegzug aktiver Mitglieder der Partei erhebliches Potenzial verloren geht.

Gespräch mit befreundeten Organisationen und anderen gesellschaftlichen Organisationen (wichtig: Kontinuität der Kontakte)

April:

Geselliger Abend des Ortsvereins

Mitgliederbefragungen haben eindeutig ergeben, dass Mitglieder erwarten, unabhängig von Alter und sozialer Herkunft, dass Partei auch Gesinnungsgemeinschaft und politische Heimat ist. Sie wollen Partei auch in geselliger Atmosphäre erleben. Dazu bieten sich ganz verschiedene Aktivitäten an, z.B. ein gemeinsamer Kegelabend, eine Wanderung, ein Konzert- oder Theaterbesuch. Gute Erfahrungen wurden auch mit gemeinsamen Filmabenden gemacht.

Mai:

Mai-Empfang

Mai-Empfang des Ortsvereins - entspricht dem Neujahrsempfang, kann aber auch im Mai begangen werden, weil dieser Monat mit dem "Tag der Arbeit" beginnt, der im Jahr 1890 zum ersten Mal als Internationaler Arbeiterkampftag begangen wurde.

8. Mai: 60 Jahre Befreiung vom Faschismus
Veranstaltung mit Zeitzeugen, Podiumsdiskussion und Gedenkstättenfahrt.

Der 8. Mai ist ein wichtiges Datum. Europa kann die Befreiung von Nazidiktatur und Faschismus feiern. Es bieten sich viele Möglichkeiten für Veranstaltungen an. Dies kann eine Veranstaltung mit Zeitzeugen sein oder eine Podiumsdiskussion zum Thema Rechtsradikalismus. Diese Aktivitäten können aber auch um Gedenkstättenfahrten (vielleicht auf UB-Ebene) ergänzt werden.



Juni:

Senioren-Café

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus der Seniorinnen und Senioren der SPD ist heute auf fast allen Ebenen der Partei aktiv. Sie bietet fast überall auch ge-

sellige Veranstaltungen für ihre Mitglieder an. Mindestens einmal im Jahr sollte aber auch der gesamte Ortsverein die Gelegenheit nutzen, einen gemeinsamen Kaffee mit seinen "Oldies" zu trinken. Eine interessante Idee ist es dabei auch, in einem "Erzähl-Café" junge und alte Parteimitglieder zusammen zu bringen und über politische Themen zu diskutieren.

Reinigungsaktion

Mit dem Mai beginnen in der Regel die sonnigen Tage eines Jahres. Eine gelungene - und auch von Mitbürgern und Lokalpresse positiv beachtete - Aktion ist zu dieser Jahreszeit die Reinigung eines Spielplatzes oder eines Erholungsgebietes von Müll durch die Mitglieder des Ortsvereins. Bei rechtzeitiger Bekanntgabe machen auch Bürgerinnen und Bürger mit, so dass sich viele Kontaktmöglichkeiten für den Ortsverein ergeben können.

Juli:

Mitglieder werben Mitglieder
Wir wollen mehr werden. Der Ortsverein wirbt neue Mitglieder. Info-Veranstaltung zur Mitgliederpartei. Aufruf, neue Mitglieder zu werben.



Sommerfest des Ortsvereins

Sommerfeste des Ortsvereins sind ein ideales Ferienprogramm, bieten die Möglichkeit, im Stadtteil für die Partei zu werben und machen natürlich mit Musik und Gegrilltem auch noch viel Spaß. Darüber hinaus entsteht durch den Verkauf von kleinen Speisen und Getränken auch die Möglichkeit, die Ortsvereinskasse ein wenig aufzubessern und so etwas Geld für die politische Arbeit einzunehmen.

Ideen und Planungshinweise zu Festen sind in der Broschüre "Feste feiern" des SPD-Parteivorstands zu finden.

August:

Politischer Ausflug des Ortsvereins

Auch gemeinsame Ausflüge stehen bei den meisten Mitgliedern der Partei hoch im Kurs. Ein Besuch des Landtags mit eurem Landtagsabgeordneten, selbst organisierte Reisen zu interessanten politischen Orten in der Nähe-

ren oder sogar weiteren Umgebung sind eine Möglichkeit, in geselliger Atmosphäre Politik zu erleben. Natürlich bieten sich auch Reisen in die Bundeshauptstadt Berlin an, die mit einem Besuch des Bundestags oder des Willy-Brandt-Hauses verknüpft werden können.

September:

Bildungsprogramm - an einem Samstag

Fast alle Ortsvereine treffen sich unter der Woche abends zu den Veranstaltungen. Das ist nicht für alle Mitglieder zu machen. Denkt doch darüber nach, gelegentlich auch eine Veranstaltung am Wochenende zu machen. Ideal verknüpfen lässt sich dieser Termin mit interessanten eintägigen Seminaren, z.B. zur Rhetorik, historischen Themen oder auch zur Ortsvereinsplanung für das kommende Jahr. Vielleicht lässt sich ja sogar eine kleine Reihe von Veranstaltungen planen, die über das Jahr verteilt werden und mit denen viele Mitglieder erreicht werden können.

Oktober:

Empfang für Erstsemester

In Universitätsstädten bietet sich im Oktober, zum Beginn des neuen Semesters, ein Empfang für Studierende im ersten Semester an. Viele sind zum Studieren in die neue Stadt gezogen und suchen nach Möglichkeiten, mehr über die Stadt zu erfahren oder nette Menschen kennen zu lernen. Und nette Menschen gibt es gerade in der SPD viele. Alle Erfahrungen und Umfragen zeigen zudem, dass viele Studentinnen und Studenten gerade am Anfang des Studiums auch bereit sind, in eine Partei hineinzuschnuppern und sich politisch zu engagieren.

November:

Ortstermin für den Ortsverein

Sicher gibt es auch bei euch interessante Orte, die in jüngerer Zeit neu entstanden sind oder renoviert wurden. Vielleicht auch eine Firma, die sich neu angesiedelt hat oder ein Museum, das neu eröffnet hat. Meldet euch doch mit dem Ortsverein zum Ortstermin an. Alle Erfahrungen zeigen, dass sich viele Firmen, Vereine und Institutionen freuen, ihre Projekte vor interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern vorzustellen.

Dezember:

Weihnachtsfeier des Ortsvereins

Geselligkeit wird bei der SPD groß geschrieben, deshalb darf auch eine Weihnachtsfeier in der Jahresplanung nicht fehlen. Eingeladen werden dazu alle Mitglieder mit ihren Partnern sowie Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen, Gruppen und Vereinen, mit denen der Ortsverein im Verlauf des Jahres zusammen gearbeitet hat. Vielleicht bietet es sich auch an, eine gemeinsame Weihnachtsfeier mit der Arbeiterwohlfahrt, einer Gewerkschaftsgruppe oder ähnlichen der SPD traditionell verbundenen Gruppen durchzuführen.

Wichtig: Die Jubilarehrung nicht vergessen!

Vorbereitung der Mitgliederversammlungen

Form und Inhalte der Versammlungen sollten abwechslungsreich und phantasievoll sein.

Bei der Planung sollte auf jeden Fall folgendes berücksichtigt werden:

1. Ein verlässlicher Rhythmus (z.B. jeder zweite Montag im Monat). Auch die Uhrzeiten für Beginn und Ende der Versammlungen sollten möglichst gleich bleiben (Beginn frühestens 19 Uhr, spätestens 20 Uhr, Ende möglichst nicht nach 22.30 Uhr).
2. Als Versammlungsort sollten bekannte und ansprechende Räumlichkeiten gewählt werden. Der Versammlungsort sollte für alle Mitglieder des Ortsvereins leicht zu erreichen sein. Wichtig ist die Herstellung einer kommunikativen Sitzordnung (z.B. Halbkreis, U-Form).
3. Bei der Planung ist auf eine abwechslungsreiche Themengestaltung zu achten, da der Ortsverein aus Menschen mit unterschiedlichen Interessen, Vorlieben und Kenntnissen besteht. Attraktive Themen kommen nicht nur aus der "großen" Politik oder aus der Kommunalpolitik.
4. Jede Ortsvereinsversammlung sollte auch Platz für spontane und aktuelle Diskussionen einräumen (z.B. regelmäßige "Aktuelle Stunde" oder "Meckerecke"). Sie beteiligen die Mitglieder an aktuellen Entscheidungen, machen unsere Arbeit transparent, verhindern Missverständnisse, machen alle Mitglieder zu informierten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Öffentlichkeit.

5. Die Diskussionen sollten handlungsorientiert verlaufen. Viele Versammlungen können in konkrete Projekte münden. Aus Analysen über die Struktur von Neubaugebieten kann die Idee zu Neubürger- oder Nachbarschaftsaktionen entstehen. Oder: Nach einer interessanten kinderpolitischen Debatte finden sich Aktive für Spielplatzaktionen und Kinderferienprogramme.
6. Bei der Versammlungsgestaltung sollte die SPD auch auf das Potenzial an "Expertinnen" und "Experten" sowie "Ideengebern" unter den Mitgliedern zurückgreifen (z.B. für Referate, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen, Kulturbeiträge). Wer die Kreativität in den eigenen Reihen fördert, wird bald neue Wege der Ortsvereinsarbeit finden.
7. In unregelmäßigen Abständen sollten Versammlungen gemeinsam mit befreundeten oder interessierten Verbänden und Vereinen vorbereitet werden (z.B. Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, örtliche Kirchen, amnesty international, Greenpeace).

Form und Inhalt der Mitgliederversammlungen

Mitgliederversammlungen sollten kreative Formen, aber konkrete Inhalte haben. Sie können zu den verschiedensten Themen stattfinden. Wir haben hier einige Modelle kurz beschrieben.

Referat und Kleingruppenarbeit

- Die Mitglieder diskutieren in kleinen Gruppen ihre Ansichten und Anfragen zum Referatsthema kurz an. Die Ergebnisse der Gruppengespräche werden anschließend vorgetragen und eventuell mit Hilfe einer Wandzeitung festgehalten.
- Die Referentin/der Referent geht gezielt auf die vorgetragenen Anliegen und Thesen der Mitglieder ein.
- Nach dem Referat tauschen die Gruppen erneut ihre Meinungen und neuen Erkenntnisse zum Thema aus.
- Anschließend: offene Versammlungsdiskussion.

Vorteile: Die Mitglieder werden durch die Gruppenarbeit über das übliche Maß hinaus für das Thema sensibilisiert und werden anderen Meinungen gegenüber aufgeschlossener. Der Versammlungsablauf fördert eine breite Diskussionsbeteiligung.

Alternative: Eine stärkere Einbeziehung der Mitglieder ermöglicht die spontane Abfrage: Jedes Mitglied schreibt spontan Fragen und Anregungen zum Thema auf eine Karteikarte. Diese wird anschließend auf eine Pinnwand für jeden sichtbar angebracht. Die Referentin/der Referent kann dann auf die Beiträge der Versammlungsteilnehmerinnen und Versammlungsteilnehmer eingehen.

Kleingruppenarbeit mit Teamleiterinnen und Teamleitern

- Zur Thematik werden mehrere Referentinnen oder Referenten, Teamleiterinnen oder Teamleiter eingeladen, die verschiedene Kleingruppen leiten. So können die Diskussionen parallel geführt werden.
- Anschließend berichten die Gruppen über ihre Arbeitsergebnisse und tauschen ihre Erkenntnisse aus. Die Referentinnen und Referenten stehen natürlich weiterhin für Nachfragen und Kurzvorträge zur Verfügung.
- " Abschließend: offene Versammlungsdiskussion.

Vorteile: Dieser Ablauf eignet sich für schwierige Themen. Er erleichtert das Verstehen des Inhalts. Komplexe Fragen können in Einzelpunkte gegliedert werden.

Offene Kleingruppen

- Die Mitglieder setzen sich in Gruppen zusammen und erörtern ihre Vorstellungen zum Thema der Versammlung.
- Anschließend werden die verschiedenen Ergebnisse und Stellungnahmen zusammengetragen und ausgewertet. Die Versammlungsleitung übernimmt die strukturierende Moderation.
- Abschließend: offene Versammlungsdiskussion.

Vorteile: Diese Methode eignet sich als Einstieg in eine Schwerpunktaktion oder als "Brainstorming" (Ideensammlung) für künftige Arbeitsvorhaben. Mit ihr kann man am besten die unterschiedlichen Meinungen und Vorstellungen der Mitglieder abrufen.

SPD vor Ort

- Das Thema wird zunächst mit Hilfe eines Sachkundigen vor Ort erschlossen (z.B. Begehung eines Sanierungsviertels, Exkursion zum Thema

Waldsterben, Besichtigung von neuen "Brennpunkten" oder den Ergebnissen früherer Arbeit).

- Beim anschließenden Treffen werden die Erfahrungen und Eindrücke ausgetauscht und können gemeinsam mit der anwesenden Referentin oder dem Referenten vertieft werden.

Vorteile: Die anschauliche und konkrete Zugangsweise macht das Thema erfahrbar und motiviert zur Mitarbeit. Nichtmitglieder können besonders gut eingebunden werden.

Streitgespräche

- Die Versammlung wird als Podium für ein Streitgespräch genutzt (z.B. Pro und Contra, Referat, Podiumsdiskussion). Eingeladen werden kompetente Gesprächspartnerinnen oder Gesprächspartner bzw. Teilnehmerinnen und Teilnehmer (z.B. aus anderen Organisationen oder Parteien), die die unterschiedlichen Facetten eines Themas aus ihrer Sicht erläutern.

Vorteile: Die polarisierte Darstellung verdeutlicht die Fragen und regt zum Mitdenken an. Darüber hinaus ist die Diskussion mit politisch Andersdenkenden eine Form offener Parteilarbeit.

Neben diesen Versammlungsformen gibt es natürlich noch eine breite Palette kreativ-kultureller Veranstaltungsmethoden, um Ortsvereinsversammlungen attraktiv und anregend zu gestalten. Gedichte oder Filmausschnitte können manchmal besser in eine politische Thematik einführen, weil sie eine sinnliche bzw. unmittelbare Erfahrung ermöglichen.

Ideen für attraktive Ortsvereinsversammlungen

- Wandzeitungen mit Tabellen, Schaubildern, Texten, Meinungen etc.
- Kleinere, selbst gestaltete Ausstellungen
- Thematische Liedervorträge, Lesungen, Sketche
- Videoaufzeichnungen oder Zeitungsartikel als Diskussionsgrundlage
- Film-, Video oder Diavorführungen zum jeweiligen Thema

Attraktive Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen

- Tonbandaufzeichnungen von Straßeninterviews zum Thema
- Mitglieder werden in die Vorbereitung einer Veranstaltung einbezogen

Um auch den Vereinscharakter zu betonen, gibt es eine Reihe von Möglichkeiten.

Denkbar sind zum Beispiel:

- Gemeinsame Theater- oder Kabarettbesuche mit anschließender Diskussion
- Der Besuch von Gedenkstätten und Gespräche mit Zeitzeugen
- Betriebsbesichtigungen
- Film- und Spieleabende
- Gemeinsames Kegeln
- Skatturniere
- Gemeinsame Reisen, z.B. in die Landeshauptstädte oder nach Berlin

Der SPD-Stammtisch

Informelle Treffpunkte - wie der SPD-Stammtisch - sichern, dass sich Mitglieder in entspannter und ungezwungener Situation besser kennenlernen und persönliche Distanzen abbauen. Ein politischer Stammtisch, der regelmäßig stattfindet, bietet eine Vielzahl positiver Möglichkeiten, tages- und kommunalpolitische Themen in lockerer Kneipenatmosphäre zu diskutieren.

Er kann:

- Das "Wir-Gefühl" der Sozialdemokrat/innen stärken,
- parteilich ungebundenen Bürgern die Kontaktaufnahme zur SPD erleichtern,
- durch wichtige Informationen über Probleme und Missstände aufklären.

Grundsätzlich sollten Stammtische zur regelmäßigen Einrichtung werden und an festen Terminen - zum Beispiel am ersten Dienstag im Monat - stattfinden. Entsprechende Ankündigungen in der Presse können helfen, den Stammtisch zur "festen Einrichtung" zu machen. Gelingt dies, so sind die Chancen groß, dass auch parteilich ungebundene Bürgerinnen und Bür-

ger den Stammtisch als Forum für ihre Meinungsäußerungen über wichtige anstehende Fragen der Politik vor Ort nutzen und ihre Anliegen vortragen. Auf die Einladung "großer Namen" kann beim Stammtisch verzichtet werden. Allerdings sollten immer sozialdemokratische Mandatsträger als Ansprechpartner teilnehmen.

Wichtig für die Glaubwürdigkeit:

- Alle Hinweise, Beschwerden und Anregungen sollten aufgelistet an die Mandatsträger weitergeleitet und bearbeitet werden.
- Stammtische können unter ein bestimmtes aktuelles Thema gestellt werden. Es sollte jedoch stets genügend Freiraum bleiben, andere wichtige Probleme anzusprechen. Dies ist umso wichtiger, je offener die Teilnehmerrunde gehalten wird.

Die Treffen nach der Veranstaltung...

So manches Mal wird behauptet, dass die wichtigen Entscheidungen in der Politik nicht in den formellen Sitzungen fallen, sondern hinterher beim Bier. Dies ist sicher übertrieben, aber es ist nicht von der Hand zu weisen, dass manche gute Idee erst nach der Sitzung entsteht oder weiterentwickelt wird.

Gerade wenn der Ortsverein konzentriert gearbeitet hat, wenn Veranstaltungen (z.B. Sommerfest) oder Verteilaktionen durchgeführt wurden, bietet es sich an, sich hinterher noch auf ein Getränk zusammenzusetzen und die Anekdoten und Erfahrungen des Tages auszutauschen. Dies stärkt auch den Zusammenhalt im Ortsverein.

Der solidarische und gleichberechtigte Umgang

Der Erfolg eines Ortsvereins ist davon abhängig, ob er sich als eine Gruppe gleichberechtigter und aufeinander angewiesener Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten versteht. Insbesondere der Ortsvereinsvorstand ist gefordert, ein tolerantes Klima zu fördern, indem er beispielsweise politische Aktionen so gestaltet, dass möglichst viele daran erkennbaren Anteil haben. Eine moderate Versammlungsleitung kann überhitzte Debatten und intolerantes Verhalten verhindern.

Die Integration und Motivation von Mitgliedern

Mitglieder dürfen nicht ausgegrenzt werden. Besondere Aufmerksamkeit gilt arbeitslosen Genossinnen und Genossen. Gerade Gruppen, die in der Gesellschaft leicht an den Rand gedrückt werden, müssen im Ortsverein integriert und zu gemeinschaftlichem Handeln motiviert werden. Eine besondere Hinwendung gilt auch den behinderten oder kranken Menschen.

Die Einbeziehung älterer Mitglieder

Für den Ortsverein ist es ungemein hilfreich, auf die Erfahrungen der älteren Genossinnen und Genossen zurückzugreifen. Viele haben schon in Vorständen mitgearbeitet und Mandate wahrgenommen. Viele Menschen sind auch in hohem Alter noch bereit, sich für eine Partei zu engagieren, deshalb sind natürlich auch Ältere potenzielle Neumitglieder.

Die Arbeitsgemeinschaft "60plus" der Seniorinnen und Senioren in der SPD ist sehr aktiv. In den meisten Unterbezirken trifft sich die AG "60plus" regelmäßig. Je nach Größe des Ortsvereins ist zu überlegen, ob nicht eigene Angebote für die älteren Menschen innerhalb und außerhalb der Partei zweckmäßig wären.

Interessant sind auch Veranstaltungen, bei denen die jüngeren und die



älteren Mitglieder in der Partei zusammenkommen und gemeinsam an politischen Themen arbeiten. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass in der Zusammenarbeit von Jusos und "60plus" interessante Projekte und Veranstaltungsformen zu gestalten sind.

Die Mitgliederehrungen

Die Ehrung langjähriger Mitglieder ist eine Ehrensache unserer Partei. Wichtig ist dabei die Schaffung eines besonderen Rahmens. So können die Jubilarinnen und Jubilare gemeinsam auf einem Jahresempfang gefeiert werden. Nicht stereotype Reden, sondern persönliche Worte sind angebracht. Wichtig ist, die Jubilarinnen und Jubilare frühzeitig über diesen Termin zu informieren und in angemessener Form einzuladen. Damit keine Ehrung vergessen wird, halten die Kassiererin/der Kassierer die Mitgliederlisten laufend auf dem aktuellen Stand.

Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften erfolgen nach 10, 25, 40, 50, 60, 65, 70, 75, 80 und mehr Jahren Mitgliedschaft. Diese Mitglieder erhalten Urkunden bzw. Ehrennadeln.

Darüber hinaus sind der Phantasie des Ortsvereins keine Grenzen gesetzt, ihre Mitglieder für besondere Leistungen auch zu anderen Zeitpunkten zu ehren. Der Parteivorstand hält dafür z.B. die Willy-Brandt-Medaille bereit. Der Parteivorstand hat für die Ehrungen Richtlinien erlassen. Urkunden und Ehrennadeln können über die Unterbezirke bestellt werden.

Nicht nur formell...

Aber nicht nur "formell" ist es wichtig, die Mitglieder in Ehren zu halten. Das einfache "Dankeschön" kommt im hektischen Parteileben manches Mal zu kurz. Ein Blumenstrauß für die erfolgreiche Organisation des Kinderfestes, ein paar lobende Worte für den gespendeten Kuchen, ein Buchgeschenk beim Ausscheiden nach langer Mitarbeit im Vorstand: All dies gehört auch dazu.

Auch die Glückwünsche zu den (zumindest "runden") Geburtstagen der Mitglieder im Ortsverein sollten nicht vergessen werden.

Gerüst der Veranstaltungen: Vorbereitungen und Checkliste

Das Thema

Je näher das Thema an den Fragen und Interessen der anzusprechenden Personenkreise liegt, desto mehr Resonanz ist zu erwarten.

Die Veranstaltungsart

Thema und Zielgruppe bestimmen im Wesentlichen die Veranstaltungsart:

- Öffentliche Versammlung
- Diskussionsabend
- Podiumsdiskussion
- Film- und Medienabend
- Streitgespräch
- Kundgebung
- politischer Frühschoppen
- Kulturveranstaltung



Der Termin

Der Termin der Veranstaltung sollte sich nicht mit dem anderer Veranstaltungen (z.B. Gemeinderatssitzungen, Volksfeste) oder Terminen von allgemeinem Interesse (z.B. Fußball-Länderspiele) überschneiden.

Die Referentinnen/Referenten

Ganz gleich, ob aus der Politik, aus Kunst, Kultur oder Verwaltung:

Referentinnen und Referenten brauchen für eine Veranstaltung Zeit zur Vorbereitung, deshalb müssen Termin und Thema rechtzeitig abgestimmt werden. Sie sollten darüber hinaus gezielt ausgewählt werden. Neben Politikern eignen sich vor allem auch die Fachleute aus der Verwaltung sowie Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und Verbänden und Hochschullehrerinnen und -lehrer. Bedenkt, dass sicher viele potenzielle Referentinnen und Referenten unter euren Mitgliedern sind! Diese gilt es zu kennen.

Die Einladungen

Rechtzeitig, d.h. spätestens zwei Wochen vor der Veranstaltung, sollte schriftlich eingeladen werden. Vor jeder Veranstaltung ist die Presse zu informieren. Drei bis vier Wochen vor dem Termin ein erster Hinweis, spätestens eine Woche vor der Veranstaltung eine Erinnerung, verbunden mit der Bitte, am Tage vor der Veranstaltung in dem jeweiligen Blatt eine Vorankündigung zu bringen. Gibt es keine Berichterstatte(r)in oder keinen Berichterstatte(r) am Ort, ist die Einladung mit einem kurzen Begleitschreiben an die zuständige Lokalredaktion zu schicken.

Wichtige Details

Die Organisatorin/der Organisator muss sich rechtzeitig davon überzeugen, ob der gewählte Raum in Ordnung ist und ob auch für alle Details gesorgt ist:

1. Ist die örtliche Presse informiert?
2. Ist für Dekoration für innen und außen gesorgt (Plakate, evtl. Fahnen oder Transparente)?
3. Ist der Platz für die Referentin/den Referenten günstig gewählt?
4. Wird ein Mikrofon benötigt?
5. Liegt Informationsmaterial auf Tischen bereit, das die Besucher mitnehmen können? Es muss rechtzeitig beim Parteivorstand in Berlin bestellt werden (siehe Ankündigungen in "INTERN" und "Vorwärts").
6. Falls möglich, sollte für eine Kinderbetreuung gesorgt werden, damit auch Frauen und Männern mit Kindern die Teilnahme an SPD-Veranstaltungen erleichtert wird. Ein solcher Betreuungsdienst sollte schon bei der Ankündigung und Einladung sowie auf den Plakaten erwähnt werden.

7. Sind Tischdecken da?
8. Sind genügend Stühle vorhanden?
9. Bei Großveranstaltungen:
Steht eine ausreichende Lautsprecheranlage zur Verfügung?
10. Bei Großveranstaltungen:
Wurden Ordnerinnen und Ordner (mit Armbinden) bestimmt?
11. Ist der Raum sauber?



Die Aufgaben der Veranstalterin/des Veranstalters

Die Veranstaltungsleiterin/der Veranstaltungsleiter

- eröffnet die Veranstaltung,
- erläutert kurz den Zweck und den zeitlichen Ablauf der Veranstaltung,
- stellt die Referentinnen und Referenten vor,
- erteilt das Wort,
- notiert sich Stichworte für die Diskussion,
- eröffnet die Diskussion,
- macht Vorschläge für den Ablauf der Diskussion,
- moderiert die Diskussion, d. h. sorgt für angemessene Form und Kürze der einzelnen Meinungsäußerungen (keine Zusatzreferate),
- achtet darauf, dass die Diskussion nicht einseitig wird und
- sorgt dafür, dass der Zeitrahmen eingehalten wird.

Die Pressearbeit

Allgemeines

Für jede Veranstaltung gilt: Über die Berichterstattung in den Medien lässt sich immer eine größere Zahl von Menschen erreichen, die eine Veranstaltung wahrnehmen, als bei dem Termin selbst.



Deshalb ist gute Pressearbeit von besonderer Bedeutung.

Gute Pressearbeit bedeutet vor allem, den Journalisten wenig Arbeit zu machen, d.h. schon selbst möglichst präzise zu formulieren und die Texte elektronisch zur Verfügung zu stellen. Besonders wichtig ist es auch, alle im Ort vertretenen Medien zu berücksichtigen. Neben den Redaktionen der Lokalzeitung(en) und Hörfunkstationen sind insbesondere auch Stadtteilzeitungen und Anzeigenblätter, Vereinszeitschriften und örtliche Internetangebote interessant. Im Zeitalter der elektronischen Kommunikation sind eigentlich alle Redaktionen kostengünstig und ohne Mehraufwand per E-Mail zu erreichen.

Für das Anlegen eines E-Mail-Verteilers sollten die entsprechenden E-Mail-Adressen über die im Impressum der Zeitungen und Zeitschriften angegebenen Telefonnummern abgefragt werden. Redaktionsadressen von Hör-

funksendern sind meist in den Internetangeboten der Sender abrufbar. Bereits in der E-Mail selbst sollte die Pressemitteilung lesbar sein, sie wird also unmittelbar in das Textfeld des E-Mail-Programms eingegeben. Es empfiehlt sich, ein gängiges Programm zu benutzen (z.B. Outlook), mit dem man die E-Mails vorbereiten kann, ohne in das Internet eingewählt zu sein. So genannte Freemail-Programme fügen häufig Werbebotschaften an und geben das gewählte Layout nicht wieder.

Zusätzlich sollte die Pressemitteilung in einer gestalteten Version als Word-Dokument oder PDF-Datei im Anhang verschickt werden.

Jede größere Veranstaltung sollte längerfristig angekündigt werden, eine Erinnerung folgt dann wenige Tage vor dem Termin. Nach der Durchführung erhalten die Redaktionen dann die Auswertung der Veranstaltung. Die Auswertung einer Veranstaltung ist dabei ebenso wichtig wie die Veranstaltung selber. An erster Stelle steht dabei die Berichterstattung in der Presse. Die Öffentlichkeit soll erfahren, dass die SPD politisch aktiv ist. Wer nicht in der Versammlung angesprochen werden konnte, wird über die Presse erreicht. Wer die örtliche Presse nicht vertreten, muss die Pressesprecherin/der Pressesprecher des Vorstands selbst einen Artikel schreiben und ihn schnell den Lokalzeitungen mit der Bitte um Abdruck übersenden.

Basis für die inhaltliche Gestaltung jeder Pressemitteilung sind die so genannten "Sieben journalistischen Ws":

1. Wer?
2. Was?
3. Wann?
4. Wo?
5. Wie?
6. Warum?
7. Woher?

Dabei gilt:

- Als erstes überlegen, was die Leserinnen und Leser interessiert.
- In der Regel nicht mehr als eine DIN-A4-Seite. Je kürzer der Beitrag, desto größer die Chance, dass er gedruckt wird.
- Als "Aufhänger" eine neue bzw. wichtige Aussage voranstellen, die sich als Überschrift verwenden lässt.
- Nur ein bis zwei verschiedene Sachfragen behandeln; also nur das Wichtigste erwähnen.
- Zitate lokaler SPD-Politiker (z.B. Ortsvereinsvorsitzende, Stadtverordnete) einbauen.
- Die Forderungen der SPD positiv formulieren.

Die Auswertung für Ortsverein, Referentinnen und Referenten

Alle Presseberichte, Veröffentlichungen und Rundschreiben sollten als Belegexemplare in einer Mappe gesammelt werden. Die Höflichkeit gebietet es, der Referentin oder dem Referenten den Bericht der Lokalpresse zuzusenden. Alle Anregungen aus dem Publikum sollten festgehalten und aufgegriffen werden. Oft ergeben sich gute Hinweise für weitere Veranstaltungen.



Ein ständiges Muss: Die politische Bildung im Ortsverein

Die innerparteiliche Bildungsarbeit

Parteien, die wie die SPD in einer komplexen Gesellschaft bestehen und kompetente Antworten geben wollen, müssen sich ständig weiterbilden. Nur wer gut informiert ist, kann auch andere gut informieren. Wir benötigen eine systematische Bildungsarbeit auf allen Ebenen. Dabei geht es neben der Vermittlung von fachlichem Wissen auch um das Erlernen neuer Kommunikationstechniken.

Wir wollen unsere Mitglieder befähigen, unsere Ziele zu vertreten und sich kompetent mit den politischen Gegnern auseinanderzusetzen. Die Bil-



bildungsarbeit umfasst auch die Neugestaltung von Veranstaltungen im Ortsverein, wie die Förderung alternativer Arbeitsformen oder die Entwicklung neuer Wege der Vertrauensarbeit. Die Bildungsarbeit der SPD ist umfassend und dient der Entwicklung der gesamten Parteiarbeit. Die Ortsvereine und Unterbezirke der Partei wählen Bildungsbeauftragte als Mitglieder der jeweiligen Vorstände.

Gute Bildungsarbeit ist ein Erfolgsfaktor für die SPD. Wer in der Gemeinschaft der Ortsvereine lernt und sich weiterbildet, kann dieses Wissen erfolgreich für die SPD anwenden - aber auch in Schule, Studium oder Beruf nutzen.

Das Angebot der innerparteilichen Bildung sollte wichtige Personengruppen erreichen, z.B.

- aktive Mitglieder, Vorstände, Bildungsbeauftragte, Internetbeauftragte sowie die Pressesprecherinnen und Pressesprecher,
- Mitglieder, die überwiegend außerhalb der SPD wirken, z.B. Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre,
- neue Mitglieder.

Unsere Bildungsarbeit umfasst Ziele, Inhalte und Methoden. Deswegen sollen die Methoden kreatives, eigenverantwortliches und soziales Handeln fördern. Gemeinsames Lernen verändert mehr als Pauken von Fakten.

Mögliche Inhalte für Bildungsangebote:

- Politisches Handeln und menschliche Beziehungen im politischen Alltag der SPD,
- Veranstaltungsplanung und Versammlungsleitung, Zeitmanagement,
- Inhalte, Methoden und Techniken der Organisationsentwicklung der SPD,
- freies Reden und Argumentieren,
- Gestaltung von Internetseiten oder Ortsvereinszeitschriften,
- Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung,
- politische Handlungsfelder (in diesen Bereich gehören alle Fragen, die sich mit der Umsetzung der Ziele des demokratischen Sozialismus befassen).

Seminare innerhalb der Partei

Die SPD bietet verschiedene Bildungsformen für ihre Mitglieder an, die regional unterschiedlich sind. Für Neumitglieder werden in vielen Landesverbänden und Bezirken Seminare durchgeführt, in denen grundlegendes Wissen über die Partei vermittelt wird.

In enger Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken werden darüber hinaus durch den Parteivorstand Seminare koordiniert, die sich an Mitglieder in Ortsvereinsvorständen wenden. Hier sollen grundlegende Arbeitstechniken für das Engagement in der ehrenamtlichen Parteiarbeit vermittelt werden.

Mit der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie, die der SPD-Parteivorstand und die Bundes-SGK gemeinsam veranstalten, gibt es darüber hinaus ein Seminarangebot, mit dem qualifizierte Frauen und Männer auf die Übernahme von kommunalen Mandaten vorbereitet werden.

Abendseminare und inhaltliche Veranstaltungen

Natürlich müssen Seminare nicht immer ein Wochenende oder sogar eine ganze Woche dauern. Für viele Mitglieder der SPD sind auch Veranstaltungen sehr attraktiv, bei denen man schon an einem Nachmittag oder Abend etwas lernt. Grundlagen der Rhetorik, der Zeitplanung, des Präsentierens oder Moderierens können oft schon in wenigen Stunden erlernt werden. Oft gibt es sogar im eigenen Ortsverein oder im eigenen Unterbezirk qualifizierte Genossinnen und Genossen, die gern bereit sind, bei solchen Veranstaltungen einen Überblick zu geben.

Seminarangebote anderer Träger

Eine ganze Reihe von Bildungseinrichtungen in ganz Deutschland fühlen sich den sozialdemokratischen Werten verpflichtet. Im Netzwerk Politische Bildung kommen Bildungsträger, Bildungsreferentinnen und -referenten zusammen, die ihre Arbeit an den Grundwerten und politischen Prinzipien der sozialen Demokratie orientieren. Diese Bildungsträger bieten - nahezu überall in Deutschland - ein breites Angebot an Seminaren an.

www.netzwerk-politische-bildung.de

Wir empfehlen jedem Ortsverein, eine Bildungsbeauftragte oder einen Bildungsbeauftragten zu ernennen, der Informationen über Seminarangebote anfordert und für den Ortsverein aufbereitet.

Moderne Ortsvereinsarbeit

Was tun, wenn einem die Ideen für die Ortsvereinsarbeit ausbleiben? Eine wichtige Anlaufadresse ist das Referat Parteiorganisation beim SPD-Partei-vorstand.

In die Aktionsbörse im Mitgliedernetz "spd-online" wurden zahlreiche erfolgreiche Aktivitäten von Parteigliederungen eingestellt. Diese "Ideenbörse" kann von jedem genutzt werden und enthält eine Fülle von Beispielen und Erfahrungsberichten aus der Parteiarbeit vor Ort. Hier ist zu fast jedem Thema etwas dabei.

Aktivitäten mit anderen Ortsvereinen

Gemeinsam ist man stärker. Das gilt in der SPD erst recht. Nicht jedes Rad muss man neu erfinden! Gerade in größeren Städten und Gemeinden macht es Sinn, wenn sich Ortsvereine zusammen tun und gemeinsam attraktive Angebote der Parteiarbeit entwickeln. Insbesondere hochkarätige Gäste kann man mit einer größeren Anzahl von Besucherinnen und Besuchern eher locken. Auch die Arbeit für Sommerfeste, Empfänge, bei Verteilungen usw. macht sich besser, wenn viele Mitglieder daran beteiligt sind. Deshalb gilt: Keine Scheu vor dem Nachbarortsverein!

Kreative Ausdrucksformen in der Ortsvereinsarbeit

Gerade in der SPD gilt: Nichts ist unmöglich! Neue Ideen für die Ortsvereinsarbeit erwachsen aus der zunehmenden Attraktivität kultureller Aktivitäten. Eine angemessene kulturelle Ausdrucksform zu finden heißt, politische Themen nicht allein mit Resolutionen oder Flugblättern zu erfassen, sondern z.B. mit einer Grafik, einem Foto, einem Videofilm oder einer Pantomime. Kleinere Befragungen, Videoarbeiten, vielleicht sogar "Theaterproduktionen" sind Medien, die überall erlernt und eingesetzt werden können.

Arbeit in Projekten

Für manche Mitglieder ist es nicht so attraktiv, sich jahrelang und sehr regelmäßig in die Parteiarbeit einzubringen, etwa aus beruflichen oder familiären Gründen. Trotzdem

sind sie vielleicht interessiert, in einem zeitlich überschaubaren Rahmen für die Partei tätig zu werden. Hier bietet sich die Projektarbeit besonders an.

Projekte

- werden innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens durchgeführt, der in der Regel ein Jahr nicht überschreiten sollte.
- haben ein konkretes Ziel, das machbar und nachprüfbar sein sollte.
- binden Mitglieder aber auch interessierte Nichtmitglieder ein.
- sollten eine neuartige Idee oder einen neuartigen Ansatz verfolgen.

Denkbare Projekte sind z.B. Kampagnen zur Mitgliederwerbung, die Planung und Durchführung einer bestimmten Veranstaltung, die Realisierung einer Broschüre über den Ortsverein und vieles mehr.



Die bürgernahe Partei

Jeder Ortsverein muss sich an der Frage messen lassen, ob seine Politik in der Lage ist, die Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung zu ermitteln und aufzunehmen. Wilhelm Dröschner, ehemaliger SPD-Schatzmeister, der wie kaum ein anderer in seiner politischen Arbeit die Einheit von Wort und Tat vorlebte, hat dies in seinen Thesen zur Vertrauensarbeit auf den Punkt gebracht: "Wer den Anspruch erhebt, mitreden zu wollen, muss zum Mitreden bereit sein."

Um diesen Anspruch zu erfüllen, haben Ortsvereine eine Vielzahl von Initiativen entwickelt. Hier einige Beispiele:

Die kommunalpolitischen Fragebogenaktionen

Unter dem Stichwort "Die Bürger sind gefragt" werden über Fragebögen geplante Kommunalprojekte getestet und Anregungen für die Kommunalpolitik erfragt. Diese Ergebnisse und Informationen sind Grundlage für die Fraktions- und Parteiarbeit. Manch eine Verkehrsberuhigung oder Stadtteilverschönerung wurde so Wirklichkeit. Viele Ortsvereine nutzen diese Umfragen auch für die Weiterentwicklung ihres kommunalpolitischen Programms.

Die Bürger- und Nachbarschaftsgespräche

Zur Vertiefung des Bürgerdialogs laden bekannte SPD-Vertreter interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger ein, um im kleinen und gemütlichen Kreis "große" und "kleine" Themen der Politik zu besprechen.

Hier erfahren sie mehr über die Vorstellungen und Wünsche in der Bevölkerung als bei Großveranstaltungen. Die Einladungen zu Nachbarschaftsgesprächen können auch zu einem bestimmten Thema erfolgen (z.B. "Kommunale Sportpolitik" mit Vorsitzenden der Sportvereine).

Die Bürgerforen

Bürgerforen zu bestimmten Themen sollten zur festen Einrichtung der Parteiarbeit gehören und regelmäßig durchgeführt werden. Hier stellt die SPD ihre Konzepte zur Diskussion oder organisiert Gespräche zu aktuellen Themen. Die Versammlungen orientieren sich am Prinzip des Streitgesprächs (z.B. Dispute, Pro- und Kontra- Diskussionen), damit Kontroversen oder unterschiedliche Meinungen offen besprochen werden können. Großer Wert wird auf den Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit mit den betroffenen Verbänden gelegt.

Die Bürgerbüros

Sehr bewährt haben sich Bürgerbüros der SPD, in denen sich jeder über die Partei informieren und mit Problemen an sie wenden kann. Wichtig ist, dass ein solches Büro zur angegebenen Zeit auch wirklich besetzt ist. Es lohnt sich, das Telefon mit einem automatischen Anrufbeantworter auszustatten. Die Genossinnen und Genossen, die im Bürgerbüro tätig sind, können kein wandelndes Lexikon sein: Niemand kann auf alle Fragen gleich eine Antwort haben, wie es vielleicht von den Besuchern gewünscht wird. Man muss aber wissen, wo was steht bzw. wen man in welcher Frage ansprechen kann. Die Bürgerbüros müssen bereit sein, den vielen Ratsuchenden ohne Ansehen der Parteizugehörigkeit praktisch zu helfen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass wirklich etwas geschieht, wenn ihnen eine Auskunft oder Hilfe zugesagt wird. So etwas spricht sich herum und schafft Vertrauen zur SPD.

Die Hausbesuche

Hausbesuche sind immer Teil der Vertrauensarbeit. Durch Hausbesuche können wir direkte Kontakte zu Bürgerinnen und Bürgern knüpfen. Sie geben uns Gelegenheit, die Präsenz der Partei zu demonstrieren und zu vermitteln, dass die SPD die Wünsche und Hoffnungen der Menschen ernst nimmt und in der Lage ist, die Belange der Bevölkerung zu erkennen, um Lösungen zu finden. Die Ansprachemöglichkeiten sind in Gebieten mit dichter Bebauung natürlich besser als zum Beispiel in ausgedehnten Villenvierteln oder ländlichen Gebieten - allein schon wegen der längeren Wege.

Die Erfahrung zeigt, dass sich in kleinen Orten die Beteiligung von Mandatsträgern an Hausbesuchen besonders auszahlt.

Planung der Hausbesuche

1. Listen der zu besuchenden Haushalte anlegen, Spalte für Notizen, Erledigungsvermerke etc. nicht vergessen.
2. Material für die Hausbesuche zusammenstellen.
3. Besuchszeiten festlegen. Besonders geeignet sind die Zeiten zwischen 17 und 20 Uhr und die Samstagvormittage.
4. Zeit und Einsatzplan aufstellen (niemals Mitglieder allein losschicken, die noch nie Hausbesuche gemacht haben; rechtzeitig Schulungen für Hausbesucher anbieten, in der Regel gemischte Teams).
5. Die Besuche ankündigen (durch einen Brief, durch die örtliche Presse). Gerade bei Hausbesuchen sind die eingesetzten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten prägend für das Bild der Partei in der Öffentlichkeit. Ihr Auftreten ist mitentscheidend für den Erfolg der Aktion. Das beginnt bei der Kleidung (leger ja - provokant niemals) und endet bei der Gesprächsführung (geheucheltes Interesse wird schnell durchschaut).

Goldene Regel für Auftritt und Gesprächsführung

Niemals mit leeren Händen kommen (eine Rose oder Nelke ist sympathischer als ein Flugblatt).

Weitere Ideen für bürgernahe Politik:

- Bürgersprechstunden
- Vereins- und Verbandsgespräche
- Bürgerstammtische
- thematische Ortsbesichtigungen und Exkursionen
- Fotoaktionen zur Aufdeckung und Beseitigung kommunaler Missstände
- Bürgerinformationen mit wichtigen kommunalen Kontaktadressen
- Aktion "Tempo 30 in Wohngebieten"
- gemeinsame Veranstaltungen von Ortsverein und Fraktion
- Videofilm als Bestandsaufnahme des kommunalen Lebens



Tatkräftige Initiativen

Unsere Zielvorstellungen müssen sich in unserer konkreten Arbeit widerspiegeln. Nur wo wir mit Taten überzeugen, wo Reden und Handeln übereinstimmen, gewinnt die SPD vor Ort an Stärke und Glaubwürdigkeit. Dies soll beispielhaft an drei Feldern sozialdemokratischer Vertrauensarbeit verdeutlicht werden.

Stadtteilarbeit

Viele Ortsvereine legen selber Hand an, um ihr Dorf, ihr Viertel zu verschönern. In Eigeninitiative wird eine kleinere Parkanlage für die Bevölkerung hergerichtet. Begrünungsaktionen leisten einen sichtbaren Beitrag, die Wohn- und Lebensqualität der Kommunen zu verbessern.

Sozialdemokratische Treffs oder Bürgerbüros werden zu Cafes oder kleinen Kulturtreffs ausgebaut, die angesichts fehlender Freizeitangebote des Viertels Begegnungsmöglichkeiten schaffen.

Umweltpolitik

Mehr Umweltschutz ist nicht nur eine politische Forderung. Durch Patenschaften oder ökologische Verbraucherinformationen leisten Ortsvereine einen konkreten Beitrag, Natur und Umwelt zu schonen und der weiteren Zerstörung entgegenzuwirken. Sie halten ihre Heimat sauber, indem sie wilde Müllkippen beseitigen oder verdreckte Gewässer vom Unrat befreien. Verbunden mit politischen Aufklärungskampagnen sind diese Aktivitäten ein glaubwürdiges Zeichen, wie ernst wir Umweltschutz nehmen.

Politik für Kinder und Jugendliche

Neben der Umsetzung kinderfreundlicher Konzepte in der Rats- und Fraktionsarbeit gibt es eine Reihe weiterer Möglichkeiten, sich der Lebenssituation von Kindern konkret anzunehmen. Die Palette reicht von Jugendteestuben und Spielgruppen über den Bau von Spielplätzen bis hin zu Kinderferienprogrammen und Jugendcamps. Die große Resonanz und breite Unterstützung, mit denen diese Aktionen bedacht werden, beweisen ihre Notwendigkeit und Beliebtheit.



Für das Prinzip "Nicht nur reden, sondern gemeinsam handeln" lassen sich natürlich noch viele Beispiele aufzählen, um einige zu nennen:

- Gründung deutsch-ausländischer Freundschaftsgruppen, die Kontakte zu Ausländerinnen und Ausländern und Flüchtlingen suchen,
- Gründung von Seniorengruppen zur Betreuung alter und kranker Menschen,
- Unterstützung von Arbeitsloseninitiativen oder den Tafel-Einrichtungen in vielen Städten, die Lebensmittelspenden für Bedürftige sammeln,
- Kontakte zu Behinderteninitiativen, Unterstützung von Behindertenzentren (Wohltätigkeitsseminare).



Die Öffnung der Parteiarbeit

Sozialdemokratische Vertrauensarbeit will die Zusammenarbeit der SPD mit anderen gesellschaftlichen Kräften ausbauen und die Kontakte zum sozialen Umfeld verbessern. Traditionelle Ansprechpartner der SPD sind die Gewerkschaften und die "klassischen" befreundeten Organisationen wie Falken, Arbeiterwohlfahrt oder Naturfreunde. Diese historisch gewachsenen Verbindungen gehören zum Lebensnerv der Sozialdemokratie. Ebenso ist die SPD Ansprechpartner aller Bürgerinnen und Bürger, ihrer Vereine, Verbände und Initiativen. Mit diesen parteiunabhängigen Gruppen können und sollen bei inhaltlichen Bezugspunkten gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt werden (z.B. Bürgervereine, Mieterinitiativen, Ausländergruppen, Geschichts- und Kulturwerkstätten, Jugendgruppen und Kirchengemeinden).

Moderne Parteiarbeit muss berücksichtigen, dass die Gesellschaft sich in ihrer politischen Verhaltensform ändert. Großorganisationen, auch Parteien, haben es mit einer neuen Klientel zu tun.

Die SPD muss sich öffnen, damit parteilosen Interessenten in zeitlich begrenzten Projekten die Möglichkeit der Mitarbeit geboten wird. So können wir eine neue Verankerung in der Bevölkerung erreichen und praktisch zeigen, dass sich Engagement mit und in der SPD lohnt. Dies soll an zwei Beispielen aus der Jugendarbeit verdeutlicht werden. Die Grundprinzipien sind auf andere Politikbereiche übertragbar:

Projekt "Kleine Netze"

Mit Unterstützung von Lehrern, Sozialarbeitern und Jugendpolitikern sammeln Ortsvereine und Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Adressen parteiunabhängiger Jugendlicher, die politisch interessiert sind. Sie werden

persönlich zu einer Gesprächsreihe (ca. drei bis sechs Monate) eingeladen. Gemeinsam reden wir mit ihnen über ihre Kritik an der Politik, aber auch über ihre politischen und persönlichen Zukunftsperspektiven. Die Diskussionsthemen werden nach den Wünschen der Jugendlichen festgelegt und dazu Referenten eingeladen (z.B. zu den Themen Bildung, Arbeitsmarkt, Freizeit, Medien, Umwelt, Deutschlandpolitik). Die Erfahrungen zeigen, dass Jugendliche in diesen offenen Gesprächskreisen einen ersten Zugang zur SPD finden.

Offene Arbeitskreise

Jugendliche nicht allein zu Gesprächskreisen einzuladen, sondern sie zu ermutigen, in offenen - aber von der SPD unterstützten - Jugendgruppen mit-



zuarbeiten, wurde bis jetzt erfolgreich praktiziert. Hier können sie sich für konkrete Projekte engagieren (z.B. Schaffung eines Jugendraums, Jugendkulturwoche, Ferienprogramme). Die Mitarbeit ist an keine Mitgliedschaft gebunden. Die Aktionen sind nicht in die reguläre Parteiarbeit eingebunden, werden aber vom Ortsverein personell und finanziell unterstützt.

Solche Arbeitsformen können Konflikte bergen:

Wenn beispielsweise zwischen den parteilosen Mitgliedern der Jugend-

gruppe und dem Ortsverein Meinungsverschiedenheiten auftreten. Dennoch ist es ein Weg, auf dem neue Juso-Arbeitsgemeinschaften oder örtliche Gruppen der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken - entstehen können.

Aktive Zukunftsgestaltung: Die "Zukunftswerkstatt"

Erfinder der "Zukunftswerkstätten" ist Robert Junk, der bereits Ende der 60er Jahre mit ihnen experimentiert hat. Heute werden "Zukunftswerkstätten" an vielen Stellen in Europa innerhalb und außerhalb von Organisationen mit lokaler oder globaler Zielsetzung praktiziert. Sie dienen als Instrument der innovativen und demokratischen Gestaltung von Zukunft. In ihnen kommen die von der Entwicklung Betroffenen selber zu Wort. "Zukunftswerkstätten" bieten den nie oder nur selten gefragten Bürgerinnen und Bürgern, Mitgliedern von Organisationen usw. die Möglichkeit, sie betreffende Probleme und Entwicklungen zu erkennen, aufzuzeigen und vor allem auch eigene Lösungsvorschläge, kreative Vorstellungen und Alternativen für ihr Leben, ihre Gemeinde zu erarbeiten. "Zukunftswerkstätten" wollen die Planung und Gestaltung der Zukunft nicht alleine den Spitzenpolitikern, Managern und Experten überlassen. Sie gehen davon aus, dass alle Menschen das Recht und die Fähigkeit besitzen, die Zukunft nach ihren sozialen und politischen Wünschen, Zielen und Bedürfnissen mitzugestalten. "Zukunftswerkstätten" setzen soziale und politische Phantasie frei und wollen Mut zu einer aktiven Zukunftsgestaltung und -planung machen. "Zukunftswerkstätten" sind ein Modell der Problemlösung, Ideenfindung, Planung, Beteiligung sowie der Selbsthilfe von Betroffenen. Ihnen kommt gerade dann große Bedeutung zu, wenn soziale Systeme in einer Krise stecken und völlig neue Lösungen, Alternativen sowie gänzlich andersartige Konzepte als bisher erforderlich werden.

In der "Zukunftswerkstatt" erhalten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit,

- angstfrei und ohne Einschränkung ihrer Phantasie über ihre Probleme, Potenziale, Grenzen und Möglichkeiten nachzudenken,
- neue oder bewährte Ideen für Veränderungen (Alternativkonzepte zum Bestehenden, "Soziale Erfindungen" usw.) zu entwickeln,

- die in jedem Menschen schlummernden kreativen Potentiale freizusetzen und sie für neue Ideen, Vorschläge und Forderungen zu nutzen,
- ihre Ohnmachtsgefühle ("Wir können ja doch nichts machen") gegenüber angeblichen Sachzwängen zu überwinden. "Die Zukunft in die eigene Hand nehmen" ist hier das Stichwort.

Durch die Beteiligung der Betroffenen sind "Zukunftswerkstätten" auch ein Beitrag dazu, Problemlösung und Planung effektiver zu gestalten. Sie sind ein besonders methodisches Instrument durch die Anwendung von:

1. Kreativmethoden und Visualisierungsverfahren (alle Ergebnisse sind sichtbar und dokumentiert),
2. Methoden und Medien, die Spaß machen ("Wenn das Verändern zur Lust wird"),
3. teilnehmerorientierten Moderationsmethoden (aktivierende Gruppenverfahren: Beteiligung aller; Moderator als "Geburtshelfer" für Ideen der Betroffenen statt als Leiter),
4. Strategien zur Herstellung einer lockeren, sinnlichen und phantasievollen Atmosphäre ("Zusammenarbeit, die Spaß macht!").

Die "Zukunftswerkstätten" arbeiten mit einem bestimmten Phasenschema:

1. Die Problematisierungs- und Kritikphase, um die Spannweite des Unbehagens, der Kritik, der Defizite zu ergründen.
Was passt mir nicht?
Was gefällt mir nicht?
Wo drückt der Schuh?
Was sollte unbedingt geändert werden?
2. Die Phantasie- und Utopiephase, um positive, wünschbare, kreative Auswege zu erfinden und neue Möglichkeiten, Alternativen und Lösungen sichtbar zu machen.
3. Die Verwirklichungs- und Praxisphase, um nach Durchsetzungsmöglichkeiten des Gewünschten und Erfundenen zu fragen und Forderungen aufzustellen.
Was ist vom Wünschbaren auch realisierbar?
Wie können wir unsere Vorschläge und Ideen umsetzen und in die weitere Gestaltung unserer Arbeit einbringen?
Wie und wo fangen wir an?



Aktive Öffentlichkeitsarbeit

Aktive Öffentlichkeitsarbeit gehört zu den Grundvoraussetzungen eines erfolgreichen Ortsvereins. Zur örtlichen Presse muss ständiger Kontakt gehalten werden. Neben regelmäßigen Informationsgesprächen wird sie zu allen Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen. Mittel, die jeder Ortsverein einsetzen sollte:

Der Schaukasten

Jeder Ortsverein sollte ihn haben. Mit aktuellen Werbematerialien versehen, informiert er über die kommunal-, landes- und bundespolitische Arbeit. Ausgehängt werden Kontaktanschriften und Anlaufadressen der örtlichen SPD, Einladungen zu Veranstaltungen, Pressemitteilungen usw. Als Standorte bieten sich belebte Orte im Ortsvereinsgebiet an (z.B. in der Nähe der Post, von Supermärkten, Gaststätten).

Die Bürgerzeitung

Gerade in ländlichen Unterbezirken mit kleinen Ortsvereinen treffen Zeitungsprojekte oftmals auf finanzielle und organisatorische Probleme. Abhilfe kann hier geschaffen werden, wenn der Unterbezirk die Aufgabe "Zeitung machen" übernimmt und koordiniert.

Der Info-Stand

Die Info-Stände der politischen Parteien gehören meist nur in Wahlkampfzeiten zum Bild der Straßen und Plätze. Diese Form, die Bürger anzusprechen, ist ein klassisches Wahlkampfinstrument, das sich aber auch zwischen den Wahlen anbietet.

Die Grundgedanken des Info-Stands sind:

- Dort Präsenz zu zeigen, wo viele Bürger vorbeigehen,
- das direkte Gespräch zu suchen,
- Materialien zu verteilen (von Broschüren bis hin zu Luftballons).



Die folgenden Ziele werden verfolgt:

- Die SPD beweist schon durch ihre Anwesenheit, dass sie aktiv ist.
- Sie will die Bürger über ihre politischen Ziele informieren und/oder ihre Kandidaten und Mandatsträger vorstellen.
- Sie will die Meinung des Bürgers hören.

Die Vorbereitung:

Damit möglichst viele dieser Ziele erreicht werden, ist eine gründliche Vorbereitung der Aktion notwendig.

- Es muss ein geeigneter Platz ausgewählt werden. Grundsätzlich gilt: je mehr Passanten, desto besser. Wenn es aber darum geht, über ein bestimmtes Thema zu informieren und zu diskutieren, sollte sich der Standort nach diesem Thema richten. Über die drohende Schließung des Freibads spricht man am besten mit Besuchern vorm Freibad, über Arbeitszeitverkürzung könnte man sich vor Werkstoren unterhalten.
- Die Zeit muss stimmen. In der Vorweihnachtszeit kurz vor Geschäftsschluss steht der Stand den eiligen Passanten nur im Wege. Am Sonntagnachmittag, wenn die Geschäfte zu sind, ist in der Stadt nichts los.
- Die notwendigen Genehmigungen müssen bei der Stadtverwaltung besorgt werden.
- Ein Einsatzplan muss aufgestellt werden:
 - Wer bereitet was vor?
 - Wer besorgt das Material, die notwendige Technik?
 - Wer lädt die Presse ein?
 - Wer baut den Stand auf und sorgt für ein attraktives, unverwech-

selbares Erscheinungsbild mit Schirm, Plakaten etc.?

- Wer ist vor Ort mit dabei, schenkt eventuell Getränke aus, gibt kompetente Auskunft, kann auf Bürger eingehen?

Tipps und Hinweise:

- Kinder beleben den Stand. Man sollte sie einbinden, zum Beispiel mit einem Luftballonwettbewerb, der zugleich einen optischen Reiz schafft. Auch ein Malwettbewerb („Kinder sehen die Stadt“, „Welche Politik Kinder sich wünschen“) kann helfen, Kinder und Erwachsene anzusprechen.
- Auch das Gespräch mit den bereits Überzeugten lohnt sich. Man sollte sie um Mithilfe bitten.
- Am Info-Stand mit dem politischen Gegner zu diskutieren, ist keine verlorene Zeit. Ein kontroverses Gespräch, von unserer Seite einfühlsam und sachkundig geführt, kann andere Passanten als Zuhörer anlocken, vielleicht sogar einbeziehen.

Ohne Zweifel, die Debatte auf der Straße ist nicht jedermanns Sache. Man muss sich auskennen mit den Fakten und über ein wenig rhetorisches Geschick verfügen. Man muss aber auch nicht alles wissen. Wer das Gespräch auf die Frage zu lenken weiß "Warum ich mich für diese Partei engagiere?", ist immer bei einem Thema, das er bestens beherrscht.

Die Bodenzeitung als Alternative zum Info-Stand

Info-Stände stoßen auf Interesse, wenn sie ein Ereignis darstellen. Beispiel: Die Bodenzeitung. Auf



dem Boden wird eine große weiße Pappe ausgelegt. Darauf beispielsweise die Frage: Was würden Sie gegen Arbeitslosigkeit tun? Mehrere Antworten sind vorgegeben:

1. Überstunden kürzen.
2. Arbeitszeit verlängern.
3. Mehr Umschulungen veranlassen.

Die Passanten können ankreuzen, wo sie zustimmen. Die Vorteile einer Bodenzeitung liegen auf der Hand. Die Passanten werden neugierig, kommen näher heran, machen vielleicht sogar mit. Und fast immer kommt es sehr schnell zu einem Gespräch. Solch eine Aktion wird oft Medienereignis, sei es dadurch, dass ein Journalist vor Ort dabei ist, sei es dadurch, dass die Partei über die Ereignisse der kleinen Umfrage in einer Pressemitteilung informiert. Auf besonderes Interesse wird die Bodenzeitung dann stoßen, wenn es um kommunale Fragen geht:

- Mehr Parkplätze?
- Mehr oder weniger Verkehr in der Stadt?
- Genug Kindergärten bei uns?

Attraktiver wird ein Info-Stand auch dann, wenn er mit anderen Aktionen gekoppelt wird: Pantomime, Straßentheater, Live-Musik etc.

Auch Parteiprominenz wird, wenn sie breitenwirksam angekündigt ist, Publikum anziehen.

Straßentheater

Je nach Neigungen und Fähigkeiten der Mitglieder können Informationsstände auch mit Straßentheateraktionen verbunden werden. Das nötige Grundlagenwissen für Amateurschauspieler kann man sich bei Kursen regionaler Bildungsstätten oder der VHS aneignen. Nach einigen Anfangsschwierigkeiten wird man schnell merken, dass das Schreiben eigener Texte und Sketche zu politischen Themen gar nicht so schwer ist. Spaß macht es natürlich auch.

Videoarbeit

Das Medium Video entspricht unserer Fernsehgesellschaft. Ortsvereine haben bereits "Telezeitungen" produziert, die die wichtigsten kommunalen

Ereignisse und die sozialdemokratischen Stellungnahmen filmisch festhalten. Gemeinsam mit Heimatvereinen und örtlichen Initiativen kann auch ein längerer Videofilm aufgezeichnet werden, der aus der Sicht der Einwohnerinnen und Einwohner das politische, gesellschaftliche, kulturelle und sportliche Leben der Kommune erörtert. Diese Filme wurden bisher immer mit großem Erfolg an Info-Ständen und auf Veranstaltungen gezeigt.

SPD-Veranstaltungs-Monat/-Woche

Viel öffentliche Aufmerksamkeit erzielt die SPD, wenn sie einmal im Jahr Aktionen und Projekte zu einer Veranstaltungswoche oder zu einem Veranstaltungsmonat verdichtet. Wichtig ist ein abwechslungsreiches Programm, das die Palette sozialdemokratischer Vertrauensarbeit widerspiegelt (z.B. Info-Stände, Podiumsdiskussionen, Seniorennachmittage, Exkursionen und Ortsbesichtigungen, Fußballturniere, Feste, Kulturabend).

Die Kulturarbeit

Kulturelle Elemente bieten für die Parteiarbeit ungeahnte Möglichkeiten. Kultur- und Kleinkunstveranstaltungen der SPD fanden stets Beifall. Auf lebhaftes Interesse stoßen Ausstellungen, mit denen politische Themen bildnerisch umgesetzt werden (z.B. Ausstellung über die kommunale Geschichte, Plakate von Klaus Staack). Ebenfalls großen Anklang finden politisch-kulturelle Mischformen. Zu den gängigsten Veranstaltungsmodellen dieses Typus gehören die Talk-Shows. Sie orientieren sich - anknüpfend an den Seh- und Hörgewohnheiten von Fernsehzuschauern - an einem Konzept, das unterhaltende Teile (z.B. örtliche Tanzgruppe, Schülertheater, Jugendband) mit politischen Gesprächen (z.B. SPD-Politikerinnen und -Politiker) verknüpft.



Technik und neue Medien in der Parteiarbeit

Kaum etwas hat sich in den letzten Jahren so stark verändert wie die Informations- und Kommunikationsformen der Menschen in Deutschland. Der Einsatz von PC-Technik, verbunden mit den Möglichkeiten von E-Mail und Internet hat auch die Parteiarbeit revolutioniert. Schneller und kostengünstiger konnten unsere Mitglieder noch nie erreicht werden. Aber natürlich birgt der Einsatz neuer Techniken auch das Risiko, diejenigen abzuhängen, die mit dem Tempo nicht Schritt halten konnten oder wollten. Hier gilt es, einen sinnvollen Ausgleich zu finden.

Schon heute nutzen mehr als zwei Drittel der Menschen in Deutschland das Internet und die E-Mail-Technik. Auch viele ältere Menschen entdecken die neuen Kommunikationsmöglichkeiten.

Ein internetfähiger PC bietet drei wichtige Möglichkeiten für die Parteiarbeit: Mit ihm können Adressen und Kontaktinformationen des Ortsvereins verwaltet werden, das Internet genutzt sowie E-Mails geschrieben und empfangen werden. Klar ist auch: Dafür ist nie das neueste Modell notwendig. Schon für kleines Geld kann eine ausreichende Ausrüstung, gegebenenfalls auch gebraucht, angeschafft werden.

Elektronische Adressverwaltung

In der Regel sind bei Computern bereits beim Kauf verschiedene Programme enthalten, z.B. für die Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, die Nutzung des Internets (Browser) oder von E-Mails. Diese Programme ermöglichen bereits, Adressen und Ansprechpartner, etwa der eigenen Mitglieder, von Vereinen, Verbänden und Initiativen im Ortsverein elektronisch zu verwalten.

Mit den Möglichkeiten der elektronischen Adressverwaltung können z.B.

- E-Mails und Briefe als Serienbriefe verschickt werden,
- Adresslisten ausgedruckt werden,
- Geburtstagslisten geführt werden,
- Geburtstage unmittelbar im Kalender angezeigt werden.

E-Mail

E-Mail bedeutet nichts anderes als elektronische Post. Ein Brief, den ihr am PC schreibt, wird dann an eine E-Mail-Adresse verschickt und kann vom Adressaten bereits nach wenigen Sekunden am eigenen PC empfangen werden. E-Mails bieten zudem die Möglichkeit, auch digitale Fotos, Musik- oder Textdateien zu verschicken. Die Technik bietet zwei große Vorteile. Sie ist erstens schnell und zweitens unglaublich günstig. Im Gegensatz zur normalen Post ist es bei E-Mails nämlich völlig egal, ob ihr eure Nachricht einem Empfänger oder vielen Tausend Empfängern zuschicken möchtet. Ein immer größerer Teil der Menschen in Deutschland kann heute bereits E-Mails empfangen, viele rufen ihre elektronische Post mehrmals täglich ab. Bei ihnen könnt ihr schon heute oft darauf verzichten, Briefe mit der Post zu versenden und dieses Geld für andere politische Arbeit einsetzen. Die Anbindung eures Computers an das Internet erfolgt übrigens entweder über die Telefon- oder die ISDN-Leitung oder über schnelle Breitbandleitungen wie DSL. In jedem Ortsverein wird es Mitglieder mit entsprechenden Kenntnissen geben, die sicher gern bereit sind, auch den Mitgliedern zu helfen, die mit der neuen Technik noch nicht so vertraut sind.

Internet

Im Internet haben Firmen, Vereine und Einzelpersonen die Möglichkeit, auf eigenen Internetseiten Informationen abzulegen, die dann von allen Nutzern des Internets angewählt werden können. Diese Internetseiten haben eigene Adressen, so ist die SPD unter der Adresse www.spd.de zu erreichen. Nicht nur die Parteien, auch einzelne Ministerien, die Regierungen fast aller Länder, die politischen Stiftungen, die meisten Sportvereine und viele mehr unterhalten heute eigene Internetseiten, gleiches gilt für fast alle Tageszeitungen. Entsprechend sind im Internet heute nahezu alle gewün-

schten Informationen zu finden. Dabei können so genannte Suchmaschinen helfen, Internetseiten also, bei denen ihr nur einen Suchbegriff eingibt und die euch dann auf andere Seiten verweisen.

Die SPD bietet viele verschiedene Internetangebote an, denn nicht nur die Bundespartei unterhält mit www.spd-online.de sogar noch ein exklusives Angebot, das nur von den Mitgliedern genutzt werden kann. Auch alle Landesverbände, die meisten der rund 350 Unterbezirke und viele Tausend Ortsvereine stellen sich selbst im Internet vor.

Das Internet ist damit heute für die Partei ein wichtiges Instrument der Öffentlichkeitsarbeit. Es ermöglicht heute jedem, an Informationen zu kommen, die früher nicht so einfach zu erhalten waren. So hat zum Beispiel jeder Interessierte die Möglichkeit, sich alle Pressemitteilungen der SPD anzusehen. Ein Privileg, das noch vor einigen Jahren den Agenturen und Redaktionen vorbehalten war.

Die neue Informationsvielfalt ist aber auch mit Risiken verbunden, weil jede Nutzerin und jeder Nutzer des Internets selbst filtern muss, was ihn interessiert. Werden also zu viele auch teils unwichtige Informationen über E-Mail und Internet verbreitet, wird auf der anderen Seite wirklich Wichtiges vielleicht nicht mehr wahrgenommen. Hier muss jeder Ortsverein seinen eigenen Stil entwickeln.

Klar ist auch: Elektronische Kommunikation kann andere Kommunikationsformen nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Die SPD wird immer auch darauf angewiesen sein, mit den Menschen im persönlichen Gespräch oder am Telefon zu kommunizieren. Mit der Post versandte Informationen oder Glückwünsche werden zudem oft auch als wichtiger wahrgenommen.

Aber: Die neuen Möglichkeiten machen es für viele Menschen auch einfacher, benötigte Informationen zu erhalten und für sich zu nutzen.

Empfehlung: Alle Erfahrungen zeigen, dass E-Mail und Internet auch für Genossinnen und Genossen interessant sind, die beruflich nicht damit in Berührung kommen oder als Rentnerinnen und Rentner nicht mehr im Berufsleben stehen. Gerade viele Ältere lassen sich begeistern. Macht doch als Ortsverein ruhig mal einen Ausflug in ein Internet-Café und lasst ein erfahrenes Mitglied die Möglichkeiten darstellen. Oder nutzt die Schulungsangebote von Volkshochschulen, Bibliotheken oder der Friedrich-Ebert-Stiftung.



Kontaktpflege und Zielgruppenarbeit

Die politische Vorfeldarbeit

Sozialdemokratische Vorfeldarbeit kann in zwei verschiedenen Bereichen erfolgen:

Erstens mit den "klassischen" befreundeten Organisationen wie Falken, Arbeiterwohlfahrt oder Naturfreunden. Eine Aktivierung dieser Beziehungen entspricht den historisch-traditionellen Gepflogenheiten der Partei. Außerdem sind hier spezifische Erfahrungen und organisatorische Möglichkeiten vorhanden, die man nutzen sollte.

Sie zielt auf die etwas vernachlässigten Problemfelder, Personengruppen und Bedürfnisse. Diese Aktivierung der Beziehungen kann sich nicht nur in der Doppelmitgliedschaft der einzelnen Genossin oder des Genossen ausdrücken. Es sollte nicht vergessen werden, Themen und Fragen dieser Organisationen in die Parteiarbeit mit einzubeziehen.

Hier einige Beispiele:

- Öffentliche Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen gemeinsam mit den Naturfreunden zu Fragen des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes.
- Öffentliche Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt zu Fragen der Altenarbeit, der Ausländerbetreuung, der Sozialarbeit etc.
- Jugendpolitik, Arbeit der Jugendverbände, Jugendarbeitslosigkeit, Probleme der Berufsausbildung etc. mit den Falken und dem Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt.

Der zweite Bereich ist die Verstärkung der Beziehungen zu vorhandenen Gruppen und Vereinen wie Nachbarschaftsgruppen, Sportvereinen, Bürgervereinen, Kunstvereinen, Jugendhäusern, Altenclubs, Umweltgruppen etc. Die Beziehungen zu Vereinen und Verbänden sollten darin bestehen, dass SPD-Mitglieder dort aktiv mitarbeiten. Außerdem sollte die SPD gesellschaftlichen Kontakt zu Organisationen pflegen, indem sie beispielsweise bei größeren Veranstaltungen präsent ist, sei es durch ein Grußwort, eine Spende zur Tombola oder ähnlichem.

Die Zielgruppenarbeit

Zielgruppen der politischen Arbeit werden durch ihre soziodemographischen Merkmale und/oder über Einstellungen, Interessen, gesellschaftliche Zielvorstellungen, Freizeitaktivitäten bestimmt. Eine direkte Zielgruppenansprache ist wirkungsvoller als eine allgemeine Ansprache der Bürgerinnen und Bürger. Zielgruppen der Aktivitäten des Ortsvereins können sein:

- Familien,
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
- Frauen,
- alte Menschen,
- gesellschaftliche Gruppen, die sich mit speziellen Themen beschäftigen (z.B. sozial karitative Organisationen, Umweltgruppen, Elterngruppen, Geschichtsvereine, Bürgerinitiativen).



Aktionen für Familien

Natürlich sind die hier aufgeführten Aktivitäten immer abhängig von den personellen und organisatorischen Möglichkeiten des Ortsvereins. Manchmal lässt sich eine Aktion aber auch mit anderen Ortsvereinen und Organisationen gemeinsam planen und durchführen. Und: Lieber eine erste kleine und wirkungsvolle Aktion als eine Überforderung aller Beteiligten.

Beispiele:

- Ferienprogramme für zu Hause gebliebene Kinder,
- Bau oder Einrichtung von Kinderspielflächen, Bauspielplätzen, Bolzplätzen,
- Veranstaltung von Kinderfesten und Spielnachmittagen,
- Kinderbetreuung bei Hausaufgaben und beim Spielen,
- Ferienfahrten,
- Patenschaften für Heimkinder,
- Aufsatz- und Malwettbewerbe,
- Trödelmarkt,
- Filmnachmittag für Kinder und Eltern,
- Spielzeug-Tauschbörse.

Wichtige Zielgruppen

Natürlich ist der SPD jedes Mitglied herzlich willkommen, das sich mit unseren Zielen und Idealen identifiziert und bei uns mitwirken möchte. Dennoch gibt es Zielgruppen, die für unsere Arbeit besonders wichtig sind.

Frauen

Mit einem Anteil von rund 30 Prozent der Mitgliedschaft sind die Frauen bei uns in der SPD zwar im Vergleich zu anderen Parteien gut repräsentiert, im Vergleich zur Gesellschaft natürlich nicht. Es entspricht daher dem sozialdemokratischen Selbstverständnis, den Frauenanteil in der Partei weiter zu steigern. Alle Untersuchungen belegen, dass Frauen nicht weniger interessiert daran sind, Politik mitzugestalten als Männer. Es ist daher Sache der Parteiarbeit vor Ort, Frauen gezielt für eine Mitarbeit in der SPD zu gewinnen, gegebenenfalls auch mit Angeboten zu bestimmten Themen.

Junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Als Partei, die aus der Arbeiterbewegung entstanden ist und sich bis heute besonders für Arbeiterinnen und Arbeiter, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzt, sind wir auf die Beteiligung, die Ideen und den Einfluss gerade auch junger Menschen angewiesen, die im Arbeitsleben stehen, die mit der Lebenswirklichkeit in den Betrieben vertraut sind. Deshalb sind junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für uns eine wichtige Zielgruppe, die es gezielt anzusprechen gilt. Sucht z.B. den Kontakt mit den

Jugendausbildungsververtretungen in den Betrieben und spricht junge Gewerkschaftsmitglieder besonders an!

Studierende

Insbesondere in den letzten Jahren ist die SPD für Studentinnen und Studenten besonders interessant geworden, weil diese oft die Partei kennen lernen und sich auch gesellschaftlich engagieren möchten. Auch wenn Studierende öfter als andere Gruppen selbst den Weg zu uns finden, etwa über das Internet, lohnt es sich, diese Zielgruppe mit gezielten Veranstaltungen, z.B. in enger Zusammenarbeit mit den Jusos oder den Juso-Hochschulgruppen, anzusprechen.

Gesellschaftlich engagierte Menschen

Ein besonderes Interesse, sich in Parteien zu engagieren, zeigen Menschen, die sich auch bereits in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen für Andere einsetzen, etwa in Sportvereinen, Gemeinden, Gewerkschaften oder Bürgerinitiativen. Durch ihre Kontakte und Erfahrungen aus anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen sind diese Frauen und Männer für die SPD wichtige Impulsgeber, die unbedingt regelmäßig angesprochen werden sollten und die - das zeigen alle Befragungen - dann auch oft bereit sind, die SPD auch als Mitglieder zu verstärken.





Die Kampagnen des Ortsvereins

Der Arbeits- und Aktionsplan einer Kampagne

Politische Kampagnen wollen Zustände und Einstellungen verändern. Daher benötigen sie - unabhängig vom jeweiligen Thema - eine gründliche Vorbereitung. Im folgenden haben wir die einzelnen Schritte der Vorbereitung einer Kampagne in einer Tabelle aufgelistet.

Was?	Warum?	Wie?
Analyse des "Ist-Zustandes"	Politische Rahmendaten der Kampagne festlegen	Daten sammeln (Stadt, Gemeinde, Größe der Zielgruppen) z.B. bei statistischen Ämtern der Verwaltungen etc.
Projektteam durch die Mitgliederversammlung aufstellen	Mitglieder, Betroffene und Interessierte beteiligen	Mitglieder-Rundschreiben, Interessenten ansprechen, Kontaktadresse bieten
Eigene Positionen überprüfen und fortschreiben	Glaubwürdige Argumentation und Berücksichtigung aktueller Entwicklungen	Anträge, Beschlüsse, Resolutionen, Texte und Materialien nachlesen
Eigene Ziele und Forderungen erarbeiten	Grobplanung der Kampagne mit dem Ziel, den "Ist-Zustand" zu verändern	Forderungen zusammenstellen und Ziele der Kampagne auflisten

Was?	Warum?	Wie?
Zielgruppe unserer Kampagne definieren	Wer soll angesprochen werden? Wie können diese Gruppen erreicht werden? Welche Öffentlichkeit wollen wir erreichen? Wer soll mitwirken?	In der Gemeinde, Stadt, Region die möglichen Gruppen, Verbände usw. auflisten und evtl. zur Mitarbeit auffordern
Materialien erarbeiten	Informationen schriftlich festhalten	Liste der zu erstellenden Publikationen erarbeiten (Broschüren, Plakate, Anzeigen, Reader, Faltblätter usw.)
Finanzplan aufstellen	Kosten und Nutzen in vertretbaren Verhältnissen halten	Eigene Mittel kritisch betrachten, Sponsoren ansprechen, Ausgaben und mögliche Einnahmen gegenüberstellen, Kostenvoranschläge einholen
Motto bzw. Slogan festlegen	Die Botschaften der Kampagne griffig zusammenfassen	Sammlung und Beratung der Vorschläge des Projektteams
Technische Umsetzung der zu gestaltenden Broschüren, Flugblätter, Plakate organisieren	Wer schreibt, zeichnet, druckt was und bis wann?	In kleinen Gruppen Texte, Grafiken mit Fachleuten beraten und entwerfen
Erneute Kontrolle der Arbeitsmaterialien unter Berücksichtigung der Ziele, Finanzen und Effizienz im Projektteam	Stehen Ziele und Materialien im Einklang? Sind alle Botschaften klar erkennbar?	Zuspitzen der Aussagen, ergänzen, umschreiben, Finanzetat umschichten

Was?	Warum?	Wie?
Überprüfen der bisherigen Planungen durch den Vorstand, evtl. Veränderung bzw. Anpassung an neue Gegebenheiten	Kontrolle der bisherigen Arbeiten	Noch einmal ergänzen, zuspitzen, kürzen, umformulieren
Zeitplan der Kampagne aufstellen	Wann wird wer wo aktiv?	Terminpläne von Ortsverein, Fraktion abfragen; Multiplikatoren und Referenten, Räumlichkeiten und Termine für Einzelveranstaltungen zusammentragen
Dokumentation planen	Verbreitung der Erfahrungen innerhalb der SPD	Alle Arbeitspapiere sammeln, Aktionen auf Fotos oder Video festhalten; evtl. auf eigener Homepage veröffentlichen
Medienkonzept erarbeiten	Wie kann die Kampagne in den lokalen und regionalen Medien angeboten werden?	Liste der örtlichen Tages- und Wochenzeitungen, Radiostationen usw. zusammenstellen
Treffen des Vorbereitungsteams mit dem Vorstand des Ortsvereins	Beteiligung aller Aktiven an den Ergebnissen der Vorbereitung und den Beschlüssen der Kampagnenelemente	Finanzen, Ziele und Medien klarstellen und Aufgaben verteilen, Arbeitsplan aufstellen
Angebote für Mitglieder und Interessenten zur Information und Mitarbeit	Der Kreis der Mitwirkenden wird vergrößert	Mitgliederrundbrief oder Mitgliederversammlung; Fachleute ansprechen

Was?	Warum?	Wie?
Pressekonferenz, Pressemitteilungen etc.	Vorstellung der Kampagne in der Öffentlichkeit	Vorstände und Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter laden ein
Durchführung der Kampagne mit der Kontrolle durch das Projektteam	Optimierung und Korrektur des Verlaufs	Nachbereitung einzelner Schritte; Presseauswertung
Abschluss und Endauswertung der Kampagne in Projektteam, Vorstand und Mitgliederversammlung	Inhaltliche und organisatorische Stärken und Schwächen der Kampagne erkennen und für die Arbeit dokumentieren	Bericht des Projektteams, Dokumentation
Veröffentlichung der Ergebnisse	Information der Öffentlichkeit, Betroffenen und Mitwirkenden; innerparteiliche Weitergabe von Erfahrungen	Pressekonferenz, Pressemitteilungen, Dankschreiben, Vorstellen der Kampagne bei Veranstaltungen anderer Parteigliederungen
Zusammenfassung der Aktionsschritte	Information für andere Aktive in der SPD	Materialien für die Aktionsbörse senden an: Marianne Klotz SPD-Parteivorstand 10911 Berlin
Anmeldung zum nächsten "Wilhelm-Dröscher-Preis"	Kontakte zu anderen Aktiven in der SPD, Verbreitung gelungener Kampagnen	Bewerben beim SPD-Parteivorstand: Marianne Klotz "Wilhelm-Dröscher-Preis", 10911 Berlin

Checkliste des Machbaren

Pläne kann man viele machen, nur, man muss die Kraft haben, sie zu verwirklichen. Lieber wenige gute Aktionen und Kampagnen als blinder Aktivismus. Bei Kampagnen kann die Partei oft nur mit Pfunden wuchern, die sie hat: mit dem Einsatz der aktiven Mitglieder und mit der Unterstützung der ansonsten eher passiven Genossinnen und Genossen und Sympathisanten.

Was kann die Partei vor Ort wirklich leisten? Die Checkliste hilft, Fragen realistisch zu beantworten. Das daraus gewonnene Material ist eine der Grundlagen für die Aktionen und Kampagnen.

Fragen zum Einsatz der Mitglieder:

- Wie hoch ist die Mitgliederzahl?
- Wie viele davon sind Aktive?
- Wie viele können für die Kampagne aktiviert werden?
- Wie viele Ortsvereine gibt es in der eigenen Stadt/Region?
- Wer sind die Funktionäre?
- Wer kann in das Projektteam aufgenommen werden?
- Wie werden die Mandatsträger in die Kampagne einbezogen?
- Was können die Arbeitsgemeinschaften für bestimmte Zielgruppen tun?
- Welche Berufsgruppen sind vertreten?
- Wo gibt es Spezialwissen für die Kampagne?
- Gibt es Experten für bestimmte Zielgruppen?





Die Finanzierung aktiver Ortsvereinsarbeit

Ihr habt gute Ideen für den Wahlkampf, für Projekte oder für ein Sommerfest, aber das Geld in der Ortsvereinskasse ist knapp?

Klar ist: Was wir ausgeben wollen, müssen wir vorher einnehmen.

Woher kommt das Geld?

Die SPD vor Ort finanziert ihre Arbeit vor allem aus den Beiträgen ihrer Mitglieder und ihrer Mandatsträger/innen.

Spenden sind weitere Einnahmequellen. Sponsoringeinnahmen erzielt die SPD vor allem auf Bundesebene - gelegentlich in den Landesverbänden - über Großveranstaltungen.

In eure Ortsvereinskasse fließt ein Anteil an den Mitgliedsbeiträgen nach einem bestimmten Schlüssel, der regional unterschiedlich ist. Auch deshalb ist es wichtig, dass ihr vor Ort eure Mitglieder haltet und neue dazu gewinnt. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge wirkt sich auf eure Kasse aus. Es kann deshalb nicht schaden, wenn ihr eure Mitglieder bittet, ihre Beiträge zu erhöhen. Eure Kassiererin/euer Kassierer wird es euch auch danken, wenn ihr eure Mitglieder für die Teilnahme am zentralen Einzugsverfahren gewinnen könnt - das spart vor Ort nämlich viel Arbeit.

Im Jahr 2004 hat die SPD insgesamt 13,14 Mio. € an Spenden eingenommen. Der Löwenanteil der Spenden wurde von den Ortsvereinen gesammelt und dort auch ausgegeben. Dabei sind es - im Gegensatz zu anderen

Parteien - bei uns vor allem die kleinen Beträge, die sich zu dieser Summe addieren. Zwischen 10 € und 50 € liegen die meisten Einzelspenden - und sie stammen vor allem von unseren Mitgliedern!

Als Partei unterliegen wir strengen Regeln!

Der Umgang mit Spenden und Sponsoringleistungen ist durch die Bestimmungen des Parteiengesetzes (§ 25 PartG) und die Finanzordnung der SPD (§§ 3 und 4 FO) geregelt.

Setzt euch mit eurer/eurem Kassierer/in zusammen, um korrekt damit umzugehen. Ausführlich könnt ihr dazu im "Handbuch der Finanzen der SPD" nachlesen. Unter "www.spd-online.de" - Partei/ Finanzen - ist das "Handbuch Finanzen" abrufbar.

Falls ihr keinen Internetanschluss habt, wendet euch an die für die Finanzen verantwortliche Person in der nächsten Geschäftsstelle der SPD.

Die wichtigsten Regelungen findet ihr hier jeweils am Ende des Kapitels zu Spenden und Sponsoring

Einnahmen steigern über Spendenwerbung und Sponsoring

Um einen größeren finanziellen Spielraum zu gewinnen, sind das Einwerben von Spenden und die Zusammenarbeit mit Sponsoren möglich.

Achtung: Spende ist nicht gleich Sponsoring - Sponsoring ist nicht gleich Spende!

Die SPD ist als Partei berechtigt, Spenden anzunehmen und mit Sponsoren zusammenzuarbeiten. Es geschieht nicht selten, dass die Begriffe Sponsoring und Spenden fälschlicherweise gleichgesetzt werden. Doch es gibt zentrale Unterschiede:

Spenden sind freiwillige und unentgeltliche Geld-, Sachzuwendungen oder Dienstleistungen. Aufgrund des Prinzips der Freiwilligkeit darf es bei Spenden - im Gegensatz zum Sponsoring - keine Gegenleistung des Spendempängers geben. Eine öffentliche Danksagung hingegen ist erlaubt.

Sponsoring beruht auf dem Prinzip: Leistung und Gegenleistung. Beim Sponsoring gehen beide Seiten ein Geschäft ein, von dem das Unternehmen z.B. in Form eines Image- oder Kundengewinns profitieren will. Dafür bieten wir dem Sponsor eine werbewirksame Präsentationsmöglichkeit an, also z.B. die Platzierung des Firmenlogos/Emblems auf Eintritts- und Einladungskarten, Plakaten, Werbebanner, Verteilung von Werbegeschenken auf der Veranstaltung etc. Aber: Leistung und Gegenleistung müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen!

Der steuerliche Unterschied und seine Folgen

"Natürliche Personen" - also Privatpersonen - können ihre Spenden an politische Parteien steuerlich geltend machen. Dabei wird in der Regel die Hälfte der Spenden - wie übrigens auch der Mitgliedsbeiträge - von der Steuer-schuld direkt abgezogen. Das heißt: Von einer Spende über 100 Euro erhält der Spender 50 Euro nach seiner Steuererklärung zurück. Es gibt für diese steuerliche Behandlung aber Höchstbeträge, die du im Handbuch Finanzen nachlesen kannst.

Eine "Juristische Person", also ein Unternehmen in der Rechtsform einer GmbH, einer AG usw. kann die Spenden an politische Parteien steuerlich nicht geltend machen.

Hingegen ist es einem Unternehmen bei einem Sponsoring möglich, die Werbemaßnahme bei einer Parteiveranstaltung, für die die Partei einen Betrag erhalten hat, als Betriebsausgabe steuerlich abzusetzen.

Spenden einwerben oder Sponsoren gewinnen?

Die Zielgruppe für Spendenwerbung sind vor allem Mitglieder und Sympathisanten - dazu können auch Unternehmen gehören. Für das Sponsoring bieten sich Veranstaltungen und Projekte an, die attraktiv sein können für ein Unternehmen, um es als Werbepattform zu nutzen, weil sie damit eine für sie wichtige Zielgruppe erreichen.

Spendenwerbung

Vor Ort ist es häufig die direkte Ansprache, die die Mitglieder, aber auch

sympathisierende Bürgerinnen und Bürger bewegt, eine Spende als Beitrag zur Arbeit der Partei zu zahlen. Der persönliche Kontakt ist dabei die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Spendenwerbung! Wie aber lässt sich in größerem Umfang um Spenden werben? Wie spreche ich einen größeren Kreis von Menschen mit der Bitte um Unterstützung an?

Trotz Internet und Online-Fundraising: ein unverzichtbares Instrument in der Spendenwerbung ist nach wie vor das sogenannte Mailing, ein in der Regel persönlich adressierter Brief an Personen, bei denen eine Spendenbereitschaft vermutet werden kann. Aber das Mailing muss gut gemacht werden. Und gut gemacht ist ein Brief dann, wenn er den Adressaten sehr persönlich anspricht und Sinn und Zweck der Spendenbitte erläutert. Neben den Inhalten sollten deshalb auch einige formale Punkte beachtet werden:

Die Adressauswahl. Stimmt meine "Zielgruppe"? Der Aufbau einer funktionierenden Datenbank kann langwierig und teuer sein. Daher kann eine gut durchdachte und in unter Umständen kleineren Aktionen getestete Zielgruppenauswahl Zeit und Geld sparen. Für Aktionen in der Mitgliedschaft bieten sich dabei natürlich die Möglichkeiten der MAVIS (Mitgliederadressverwaltung in den Geschäftsstellen), unserer Mitgliederdatenbank, an. Hier können - unter Beachtung des Datenschutzes - alle Mitglieder von Gliederungen der Partei, aber auch kleinere Gruppen nach verschiedenen Kriterien (Alter, Beitragshöhe, Geschlecht, Beruf etc.) ausgewählt werden.

Die einzelne Adresse. Stimmen Anrede, Titel usw.? Frau Hans Müller und Herr Maria Muster fühlen sich nicht wirklich gut angesprochen, und "Sehr geehrter Herr Dipl.-Ing. Dr. Professor Meier" ist der direkte Weg ins Altpapier.

Der Text. Unabhängig vom Inhalt - ein Brief sollte auch formal ansprechen: aufgelockertes Textbild, gut gegliederte Absätze. Gelegentlich werden Fetturen und Unterstreichungen markanter Textstellen empfohlen, dies sollte aber sparsam genutzt werden. Positive Formulierungen sollten im Text

überwiegen, Schönfärberei durchschauen die Leserinnen und Leser sofort. Die Bitte um eine Spende sollte deutlich und gegen Ende des Textes ausgesprochen werden. Die Vorgabe bzw. Nennung bestimmter Beträge ist nützlich ("Ob du 10, 20 oder 50 € oder sogar mehr geben kannst - jeder Beitrag hilft uns bei unserer gemeinsamen Arbeit!")

Die Absenderin/der Absender. Von wem bekomme ich die Post, kenne ich die Absenderin/den Absender, wer hat den Brief unterschrieben? Erfahrungsgemäß wird Post intensiver wahrgenommen, wenn ich den Absender kenne, wenn ich also weiß, wer mir da schreibt.

Überweisungsträger. Macht das Spenden so leicht wie möglich! Ein vorbereitetes Überweisungsformular, das vielleicht sogar schon personalisiert ist, erhöht nachweislich den Erfolg einer Aktion. Fragt eure Hausbank nach vorgedruckten Überweisungsträgern mit eurer Bankverbindung. Viele Banken und Sparkassen zeigen sich kundenfreundlich.

Was müsst ihr wissen?

- Über die Annahme von Spenden entscheidet grundsätzlich die/der Kassierer/in. Nur bei Spenden, die im Einzelfall 2.000 € übersteigen, muss der jeweilige Vorstand einen ordentlich zu protokollierenden Beschluss fassen, der gemeinsam mit dem Spendenbeleg aufzubewahren ist.
- Spenden an die Partei gehören immer auf ein Konto der Partei.
- Spenden an die Partei dürfen nicht auf privat eingerichtete Konten eingezahlt werden, auch nicht auf persönliche Wahlkampfkonten.
- Spenden dürfen nur bis zu einem Betrag von 1.000 € in bar angenommen werden. Beträge, die darüber hinausgehen, müssen bargeldlos zugewendet werden, z.B. als Überweisung.
- Anonyme Spenden dürfen nicht vereinnahmt werden, es sei denn, ihr Betrag liegt unter 500 € (in der Regel bei Tellersammlungen bei einer Veranstaltung).

Wann und von wem dürfen keine Spenden angenommen werden?

Nicht angenommen werden dürfen Spenden, die in Erwartung oder als

Gegenleistung für einen bestimmten politischen oder wirtschaftlichen Vorteil geleistet werden, also sog. "Einflusssspenden" oder "Dankeschön-spenden".

Nach dem Parteiengesetz darf die Partei von folgenden Personen/Institutionen keine Spende annehmen:

- Von öffentlich-rechtlichen Körperschaften (z.B. Städte, Gemeinden, die meisten Sparkassen, Kirchen, bestimmte Glaubensgemeinschaften),
- von Organisationen, die nach ihrer Satzung gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen (AWO, Vereine, Stiftungen etc.),
- von Personen und Institutionen, die ihren Wohn- oder Firmensitz außerhalb der Bundesrepublik oder der EU haben,
- von Berufsverbänden, die diese für Dritte an die Partei weiterleiten (z.B. Arbeitgeberverbände, die Spenden für ein Mitgliedsunternehmen weiterleiten),
- wenn als Entgelt für die Einwerbung der Spende mehr als 25 % der Spende als Entgelt an einen Dritten zu zahlen wäre (Provision),
- von Unternehmen, die sich zu mehr als 25 % im direkten Eigentum der öffentlichen Hand befinden (Vorsicht bei Versorgungs- oder Versorgungsunternehmen, Sparkassen).

"Mit freundlicher Unterstützung" durch Sponsoren

Keine Bundesliga, kein Filmfestival, keine Formel-Eins ohne Sponsoren.

Nicht immer muss es um Millionen gehen.

Der lokale Fußballverein wirbt auf seinen Trikots für das Sportfachgeschäft, das die Trikots unentgeltlich geliefert hat. Die Computerräume des Schulzentrums wurden vom Großbetrieb eurer Region ausgestattet, der damit wirbt. Auf dem Programmheft des Stadttheaters steht das Logo des ansässigen Weinhändlers. Das sind alltägliche Beispiele für Sponsoring.

Der Sponsor hat entweder Geld oder Sachleistungen zur Verfügung gestellt und stellt dies auch werbewirksam heraus. Wie kann eine "freundliche Unterstützung" eures Ortsvereins aussehen?

Dafür drei Beispiele:

- Der Getränkegroßhandel unterstützt das SPD-Sommerfest mit Soft-drinks. Einem Angestellten des Getränkehandels wird erlaubt, auf dem Fest Coupons zu verteilen, mit denen die Gäste später einen Rabatt im Geschäft bekommen.
- Im Rahmen des Landtagswahlkampfes veranstaltet ihr eine Radtour durch den Wahlkreis mit dem Landtagskandidaten. Dazu soll breit eingeladen werden. Der örtliche Radladen unterstützt finanziell eine Anzeige in der Lokalzeitung, in der die Radtour angekündigt wird. Als Gegenleistung wird am Start- und Endpunkt der Tour ein Werbebanner des Ladens aufgehängt.
- Für einen Jugendwettbewerb, den ihr ausgelobt habt, gibt das örtliche Reisebüro den Hauptpreis. Die Chefin des Reisebüros überreicht gemeinsam mit dem Ortsvereinsvorsitzenden öffentlich den Preis.

Würden die Unternehmen keine werbewirksame Gegenleistung verlangen oder die Partei keine Werbung zulassen, hätten wir es in der Regel mit einer (Sach-)Spende zu tun!

Wer passt als Sponsor?

Nicht jede Veranstaltung/nicht jedes Projekt ist sponsoringtauglich.

- Was macht unser Projekt/unsere Veranstaltung attraktiv für Sponsoren?
- Wie viele Personen erwarten wir? Sind potenzielle Kunden darunter?
- Bieten wir einen passenden Rahmen, um das Produkt zu bewerben?
- Welchen (Werbe-) Platz wollen wir einem Sponsor zubilligen?
- Passt eine Beteiligung zu unserem Image und zum Image des Unternehmens?
- Machen wir genug Öffentlichkeitsarbeit? Wird die Lokalzeitung berichten?

Wie finde ich Sponsoren?

Am Anfang jeden Sponsorings steht die Suche nach dem passenden Sponsor. In Betracht kommen für euch eher kleine und mittelständische Unternehmen, Einzelhändler, die in der Region verhaftet sind. Ihr kennt sie in der Regel. Auskunft hierüber gibt auch das Branchenbuch.

Die persönliche Ansprache

Erkundigt euch vor der ersten Kontaktaufnahme nach einem direkten Ansprechpartner, der für das Anliegen zuständig ist. Ob per Brief oder per Telefon - die persönliche Ansprache ist wichtig. Vielleicht hat ein Mitglied aus dem Ortsvereine Kontakte, die es nutzen kann.

Wie formuliere ich ein Sponsoringangebot?

Die Anfrage muss als attraktives Angebot formuliert werden, schließlich habt ihr etwas anzubieten. Niemals als Bittsteller auftreten oder auf Mitleid setzen: "Wir brauchen dringend Geld. Unterstützen Sie uns. Sie sind unsere letzte Hoffnung!"

Hilfreich ist, wenn ihr einen Bezug herstellen könnt zwischen der Veranstaltung und dem Unternehmen - sei es inhaltlich oder mit dem Produkt.

Benennt, was ihr konkret als Gegenleistungen dem Sponsor anbieten könnt, z. B. die Platzierung des Logos auf der Einladung oder dem Plakat, eine Anzeige in der Ortsvereinszeitung. Es muss nachvollziehbar sein, mit welcher Resonanz zu rechnen ist: Besucherzahlen, Öffentlichkeits- und Pressearbeit. Wenn vorhanden, fügt die Kopie eines Zeitungsartikels bei über eine eurer vergangenen Aktionen.

Was nicht nur der Kassierer wissen muss...

Wenn es geklappt hat, müsst ihr beachten:

- Schriftliche Vereinbarung über Leistung und Gegenleistung mit dem Sponsor treffen. Achtung: Leistung und Gegenleistung müssen im Verhältnis stehen.
- Der Vertrag muss den finanziellen Wert des Sponsorings ausweisen, da der Betrag als Einnahme verbucht werden muss, in der Regel "Einnahme aus Veranstaltung".
- Sponsoring ist umsatzsteuer- und ertragssteuerpflichtig. Wegen der steuerlichen Behandlung wendet euch an die SPD-Geschäftsstelle, um zu klären, ob ihr davon befreit seid.



Rechtliche Fragen in der Parteiarbeit

In der Parteiarbeit gibt es auch einige rechtliche Fragen z.B. in Bezug auf Genehmigungen, Versicherungen und Vertragsgestaltungen zu beachten. Die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geschäftsstellen sowie die zuständigen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus sind euch gern behilflich.

Darüber hinaus findet ihr im Mitgliedernetz spd-online auch umfassendere Informationen sowie Formulare, etwa zum Abschluss von Versicherungen.

Versicherungen

Der Parteivorstand hat, um einige der im Zusammenhang mit der Parteiarbeit auftretenden Risiken für die Parteimitglieder abzudecken, Pauschalversicherungsverträge bzw. Rahmenverträge abgeschlossen.

Es besteht etwa eine Haftpflichtversicherung. Kommt ein Dritter bei einer SPD-Veranstaltung durch einen unserer ehrenamtlichen Helfer (das kann auch ein Nichtmitglied sein, das im Auftrag des Ortsvereins handelt) zu einem Schaden (Personen- oder Sachschäden), so wird dieser durch die Versicherung bis zu bestimmten Höchstgrenzen ersetzt. Werden gemietete Dinge beschädigt, so wird der Schaden unter Abzug eines Selbstbehalts ersetzt.

Zu beachten ist: Für abhanden gekommene Dinge, bei vorsätzlich herbeigeführten Schäden, bei Schäden in Zusammenhang mit Kraftfahrzeugen sowie in Fällen von Vandalismus (also bei Schäden, für die jemand anderes haften müsste), haftet die Versicherung nicht.

Bei Veranstaltungen, die von der SPD mit anderen Organisationen durchge-

führt oder bei denen die Zahl von 20.000 Besucherinnen und Besuchern überschritten wird, gilt der Versicherungsvertrag nicht, der Ortsverein kann und sollte aber auf ein kostengünstiges Rahmenangebot zurückgreifen.

Bitte erkundigt euch insbesondere bei größeren Veranstaltungen bei eurer Geschäftsstelle oder im Willy-Brandt-Haus nach den Modalitäten und lasst euch beraten!

Darüber hinaus ist eine Unfallversicherung abgeschlossen, die für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer (auch hier muss keine Parteimitgliedschaft vorliegen), Funktionäre sowie auch hauptamtliche Mitarbeiter der SPD gilt. Diese Unfallversicherung gilt nicht für Besucherinnen und Besucher von Festen, Parteiveranstaltungen u.ä. Hier kann und sollte eine Gruppenunfallversicherung sehr günstig abgeschlossen werden.

Kfz-Haftpflicht

Es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, dass Schäden, die in Zusammenhang mit einem Kraftfahrzeug entstehen, durch die oben genannte Haftpflichtversicherung abgedeckt sind. Dies ist nicht der Fall.

Da das private Kraftfahrzeug aber in vielen Zusammenhängen (Wahlkämpfe, Fahrten von Funktionären zu Veranstaltungen etc.) genutzt wird, empfehlen wir, den sehr günstigen Rahmenvertrag der Volksfürsorge in Anspruch zu nehmen, der durch den Parteivorstand ausgehandelt wurde. Für einen geringen Betrag (z.B. 55 Euro für drei Monate) kann so eine Vollkasko-Versicherung (Selbstbeteiligung von 150 Euro) mit Insassenunfallschutz und Verkehrsrechtsschutz abgeschlossen werden. Es sind auch alle drei Komponenten einzeln abschließbar, es kann auch nur ein einzelner Tag versichert werden (10 Euro für alle Komponenten), z.B. wenn ihr an Wahltagen einen Fahrservice anbietet.



Im Mitgliedernetz spd-online kann das Formular zum Abschluss dieser und anderer Versicherungen ausgedruckt werden.

Veranstaltungs- und Ausstellungsversicherung

Der Abschluss einer Ausstellungs- und Veranstaltungsversicherung empfiehlt sich, für Parteitage, Kongresse, Tagungen und sonstige Veranstaltungen sowie Ausstellungen (auch Kunstaussstellungen), bei denen die oben genannte Haftpflichtversicherung nicht greift.

Der Umfang der Versicherung ist im Einzelfall (z.B. mit der Volksfürsorge) abzustimmen; üblicherweise wird versichert: der Ersatz für Verlust oder Beschädigung des Ausstellungsguts als Folge einer versicherten Gefahr (inkl. An- und Abtransport).

Der Parteivorstand hat in der Vergangenheit mit der Volksfürsorge zahlreiche Ausstellungs- und Veranstaltungsversicherungen abgeschlossen. Daher hat die Volksfürsorge in diesem Bereich auch entsprechende Erfahrungen mit der SPD. Dein Ansprechpartner bei der Volksfürsorge Versicherungen AG für vorgenannte Versicherung ist Christian Faak (Tel.: 040/2865-2029). Hier erhältst Du auch weitergehende Auskünfte zu dieser Versicherung.

Die durch den Parteivorstand empfohlenen Versicherungen beziehen sich nur auf den Versicherungsumfang oder -gegenstand, nicht auf das Versicherungsunternehmen. Der Hinweis auf die Volksfürsorge Versicherungen AG als Versicherungsunternehmen ist nur dahin zu verstehen, dass hier entsprechende Konditionen ausgehandelt wurden, die u.E. sehr günstig sind bzw. bestimmte Erfahrungen seitens der Volksfürsorge vorhanden sind. Entsprechende Versicherungen können bei anderen Versicherungsunternehmen u.U. auch günstiger sein; daher ist ein Vergleich mit anderen Versicherungen im Einzelfall immer ratsam. Jedenfalls ist der Hinweis auf die Volksfürsorge Versicherungen AG nicht als Empfehlung des Unternehmens schlechthin zu verstehen.

Verhalten bei Eintritt eines Versicherungsfalls/Schadensfall

Jeder Schadensfall ist unabhängig von der Schuldfrage sofort dem Parteivorstand, Referat Vertragsmanagement/Versicherungen, Willy-Brandt-

Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin, zu melden (Telefon: 030/25 991 - 201; Fax: 030/25 991 - 400)

Beschädigte Teile/Gegenstände solltet ihr unbedingt bis zur Regulierung aufbewahren.

Falls gegen euch bzw. euren Ortsverein oder Unterbezirk Schadenersatzansprüche gerichtlich geltend gemacht werden, gib dem Parteivorstand bitte ebenfalls schnell Bescheid. Bei einem Mahnbescheid solltest du unverzüglich den Parteivorstand informieren, damit gegebenenfalls sofort Widerspruch erhoben werden kann. Wenn nicht rechtzeitig Widerspruch gegen einen Mahnbescheid eingereicht wird, kann aus diesem sog. "Titel" vollstreckt werden.

Kein Schuldanerkenntnis abgeben.

Für Rückfragen kannst du dich an folgende Stelle im Parteivorstand wenden:

SPD-Parteivorstand

Referat VI/7 Vertragsmanagement/Versicherungen

Alexander Grapentin (Ansprechpartner)

Wilhelmstrasse 141, 10963 Berlin

(Tel.: 030/25 991 - 201; Fax: 030/25 991 - 400)

alexander.grapentin@spd.de

Vertragsmanagement

In der Parteiarbeit kommt es immer wieder vor, dass Verträge mit Dritten abgeschlossen werden. Dies gilt vor allem bei der Buchung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen, bei der Beauftragung von Catering-Diensten sowie beim Engagieren von Künstlerinnen und Künstlern.

Grundsätzlich musst du darauf achten, dass bei allen Verträgen die Art der Leistung und die Höhe der Zahlung so präzise wie möglich geregelt wird. Insbesondere sollte das zu zahlende Entgelt den Zusatz "inklusive der jeweils geltenden Mehrwertsteuer" enthalten. Auch sofern der Vertragspartner nicht umsatzsteuerpflichtig ist, muss im Vertrag geregelt sein, dass er verpflichtet ist, etwaige steuerpflichtige Beträge selbst abzuführen. Der Vertrag wird grundsätzlich zwischen deiner Gliederung (SPD-Ortsverein X-

Stadt) und der/dem Dienstleister/in geschlossen.

Wichtig ist, dass auch euer Vertragspartner genau bezeichnet wird. Es kann entscheidend sein, ob auf dem Vertrag steht Peter Müller oder "Peter Müller GmbH"! Achte also darauf, wer genau euch die Dienstleistung erbringen soll. Insbesondere muss geklärt sein, ob die/der Unterzeichner/in mit Vollmacht handelt.

Das Vertragsmanagement im Willy-Brandt-Haus hält Musterformulierungen für Verträge bereit, die auch im Mitgliedernetz spd-online.de bereit gestellt sind.

GEMA-Gebühren

Die Gesellschaft für Musik- und Aufführungsrechte (GEMA) sorgt dafür, dass Künstler, insbesondere die Interpreten, Texter und Komponisten von Musiktiteln, mit ihrer



Arbeit auch Geld verdienen, in dem etwa Beiträge für das Abspielen der Musik im Radio, den Verkauf von Tonträgern oder die Vorführung oder das Abspielen bei öffentlichen Veranstaltung erhoben werden.

Der SPD-Ortsverein muss der GEMA eine Mitteilung machen, wenn ihr z.B. eine Musikgruppe, einen Kleinkünstler o.ä. engagiert habt. Es genügt aber, wenn ihr dies nach der Veranstaltung macht.

Der Parteivorstand hat mit der GEMA einen Globalvertrag für die Gesamtpartei mit allen Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften, Betriebsgruppen etc. abgeschlossen.

Die GEMA gestattet der SPD die Wiedergabe von Werken des GEMA-Repertoires:

- in Veranstaltungen mit Musikern (Musikaufführungen z.B. von Bands)
- bei Tonträgerdarbietungen (Tanzveranstaltungen z.B. mit DJ)
- bei Hintergrundmusik auf einer SPD- Internetseite
- bei Tonfilmvorführungen (Kino- und Großleinwandvorführungen etc.)

Achtung: Der GEMA-Rahmenvertrag betrifft nur die Musik bei Tonfilmvorführungen! Denkt deswegen bitte unbedingt auch an die Genehmigung des Inhabers der Verwertungsrechte - des so genannten "Filmverleihers" (insbesondere benötigt du die Verbreitungs- und Aufführungsrechte nach den §§ 17, 19 Urhebergesetz) -, sofern der Film zum Repertoire der VIDEMA GmbH gehört, könnt ihr auch dort (entweder unter www.videma.de oder telefonisch unter: 069/9714 3615) die entsprechenden Rechte erwerben.

Die Genehmigung der GEMA gilt nicht bei:

- Klassischen Konzerten (sog. Werke der Ernsten Musik) , wenn diese vor Stuhlreihen stattfinden.
- Bühnenmäßigen Aufführungen mit einem Eintrittsgeld oder vergleichbaren Entgelten von mehr als 12,50 Euro. Als bühnenmäßige Aufführungen gelten insbesondere gewerbsmäßige Tourneeveranstaltungen, aber auch Vorführungen von Kleinkunstabühnen wie Kabarett, Show u.ä. (Tonfilmvorführungen fallen nicht hierunter, d.h. dass hier das Eintrittsgeld auch höher sein kann).
- Musik aus dem GEMA-Repertoire für Warteschleifen bei Telefonanrufen;
- Vordergrundmusik (z.B. Videoclips) auf Internet-Seiten der SPD; Vordergrundmusik bedeutet, dass die Musik mit den bewegten Bildern im funktionellen Zusammenhang steht bzw. die Musik deutlich im Mittelpunkt der Web-Page steht.

Im Zweifelsfall bitte beim Parteivorstand rückfragen.

Bei Veranstaltungen Dritter (Organisationen etc.), an denen sich die Partei organisatorisch oder auf irgendeine andere Weise (z.B. durch Mitwirkung) beteiligt, sind die Dritten, nicht aber die SPD vergütungspflichtig.

Die SPD und ihre Gliederungen sind nicht berechtigt, die von der GEMA erteilte Genehmigung an Dritte zu übertragen. Dritte in diesem Sinn sind

auch z.B. die Stadtratsfraktion oder die örtliche SGK (die Bundes-SGK ist im Vertrag mit berücksichtigt/einbezogen und daher nicht "Dritte" in diesem Sinne!).

Die Anmeldung z.B. eines örtlichen Straßenfestes unter Missbrauch des Globalvertrags wäre ein klarer Vertragsverstoß, der unbedingt zu unterlassen ist!

Dies gilt auch für Veranstaltungen, bei denen die SPD als Veranstalter und/oder die parteipolitische Intention klar in den Hintergrund tritt, also z.B. bei einer Kirmes des SPD-Ortsvereins Dämel. Denn hier wird der Rahmenvertrag klar für allgemeine gesellschaftliche (nicht-politische) Zwecke missbraucht. Ein solcher schwerwiegender Verstoß gegen den GEMA-Rahmenvertrag kann erhebliche Rückwirkungen auf den Gesamtvertrag haben und zu erheblichen Strafzahlungen gegen den Ortsverein führen.

Der zuständigen GEMA-Bezirksdirektion (sind über die Internetseite www.gema.de zu ermitteln) sind die vollständigen Programme von allen Veranstaltungen mit Musikern unmittelbar nach deren Durchführung über den Landesverband/Bezirk zu übersenden (Vordrucke hierfür gibt es nicht; es genügt eine formlose Mitteilung bei der GEMA).

Dabei ist auf den Vertrag

PV 27 Nr. 1 (15) vom 12. Mai 2003 zu verweisen.

Für die durch den Vertrag abgedeckten Veranstaltungen brauchen die Gliederungen keine Gebühren an die GEMA zu zahlen.

Künstler-Sozialabgabe

Die Künstlersozialabgabe ist so etwas ähnliches wie der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung für freischaffende Künstler. Zusammen mit einem Bundeszuschuss bildet sie die Hälfte der Beiträge zur Künstlersozialversicherung.

Der Parteivorstand hat mit der Künstlersozialkasse (KSK) eine vertragliche Vereinbarung getroffen, nach der die von jeder einzelnen Gliederung eigentlich zu zahlende Abgabe pauschal für die Gesamtpartei ermittelt und entrichtet wird.

Diese Vereinbarung betrifft künstlerische und publizistische Leistungen, wie z.B.:

Texte, Grafiken, Fotos, Layout etc., Leistungen von Schriftstellern, Journalisten, Moderatoren, Referenten, Malern, Bildhauern, Musikern, Schauspielern, Aktionskünstlern, Artisten und vielen anderen mehr.

Der auf die Landesverbände/Bezirke und ihre nachgeordneten Gebietsverbände entfallende Anteil an der pauschalierten Künstlersozialabgabe für die Gesamtpartei wird - wie die GEMA-Gebühren und die Prämien für die Unfall- und Haftpflichtversicherung auch - nach Mitgliederzahl auf die Gliederungen umgelegt.

Durch die Globalvereinbarung sind Sozialabgaben für künstlerische und publizistische Leistungen, die Werbeagenturen o.ä. der Partei direkt berechnen, nicht abgedeckt. Stellt eine (Werbe-)Agentur also selbst Rechnungen für Künstler an die Partei, so kann sie darauf Künstlersozialabgabe erheben, ebenso wie auf die von ihr selbst erbrachten künstlerischen und publizistischen Leistungen.

Wenn aber die von einer Agentur vermittelten Künstler ihre Leistungen der Partei unmittelbar in Rechnung stellen und die Partei an die Künstler (und nicht an die Agentur) zahlt, dann ist darauf nicht gesondert Künstlersozialabgabe zu erheben, weil diese durch die Globalvereinbarung mit der KSK bereits abgegolten ist.





Satzungsrecht in der SPD

Gelegentlich stellen sich in der Parteiarbeit auch Fragen, die mit der Auslegung der Satzung zu tun haben. Um die Wichtigsten beantworten zu können, haben wir den Text "Wissenswertes zum Satzungsrecht in der SPD" hier mit aufgenommen.

Aufbau der SPD

Reguläre Parteigliederungen

Die SPD gliedert sich gemäß § 8 Absatz 1 in Ortsvereine, Unterbezirke, Bezirke und die Bundespartei. Diese vier Gliederungsebenen bilden die reguläre Parteigliederung nach dem Organisationsstatut. Das Organisationsstatut eröffnet in § 8 Absätze 5 und 6 die Möglichkeit, weitere regionale Zusammenschlüsse zu bilden, denen organisatorische und kommunalpolitische Aufgaben übertragen werden können. Von dieser Möglichkeit wird in unterschiedlichsten Formen Gebrauch gemacht.

Zusammenschlüsse mehrerer Ortsvereine

Mehrere Ortsvereine können sich zu Stadtverbänden, Samtgemeindeverbänden etc. zusammenschließen. Gerade in größeren Städten oder in den Regionen, in denen nach den Gebietsreformen in den 60er und 70er Jahren neue Gebietskörperschaften (Samtgemeindeverbände, Großgemeinden etc.) entstanden, wird oft von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, um auch auf den neu entstandenen politischen Ebenen politisch schlagkräftig und geschlossen auftreten zu können. Gemäß § 8 Absatz 6 haben diese Verbände Antragsrecht auf allen Gliederungsebenen der Partei. Zu beachten ist hier, dass die Ortsvereine grundsätzlich in ihrer Entscheidung, ob sie

mit anderen Ortsvereinen zusammen einen Verband bilden wollen, frei sind, es sei denn, laut Bezirkssatzung ist der Zusammenschluss verpflichtend.

Wie können solche Verbände (Stadtverbände) gegründet und aufgelöst werden?

Das OrgaSt enthält hierüber keine Regelungen. Daher wird allgemeines bürgerliches Gesellschaftsrecht (§§ 705 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches) angewendet.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Abschluss eines Gesellschaftsvertrags zwischen den sich zusammenschließenden regulären Parteigliederungen (Ortsvereine, Bezirke). In der Verabschiedung der Satzung liegt zugleich der Gesellschaftsvertrag. Darin können auch Regelungen für den Fall des Austritts eines Ortsvereins aus dem Verband getroffen werden. Es ist aber nicht möglich, den Austritt zu verbieten.

Falls für den Austritt einer regulären Parteigliederung aus einem solchen Verband keine Regelung in der Verbandssatzung existiert, dann wird durch den Austritt eines Teils der gesamte Verband aufgelöst.

Rein rechtlich handelt es sich bei dem Austritt einer Gliederung um die Kündigung des Gesellschaftsvertrags, was die Auflösung der gesamten Gesellschaft zur Folge hat (§ 723 des Bürgerlichen Gesetzbuches).

Landesverbände

Bei Landesverbänden unterscheidet man zwischen echten und unechten Landesverbänden. Echte Landesverbände (auch: Landesbezirke) sind parteiorganisatorisch Bezirke im Sinne des Organisationsstatuts. Unterhalb von ihnen gibt es in der Regel nur Unterbezirke, oberhalb nur die Bundespartei. Solche Landesverbände existieren zurzeit in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, im Saarland und in den ostdeutschen Bundesländern.

In Bayern existieren unterhalb des Landesverbands noch Bezirke, dies sind jedoch keine Bezirke im Sinne des Organisationsstatutes, sondern lediglich organisatorische Einheiten nach der Satzung des Landesverbands.

Unechte Landesverbände sind Zusammenschlüsse mehrerer Bezirke auf

dem Gebiet eines Landes. Ähnlich den Zusammenschlüssen mehrerer Ortsvereine auf dem Gebiet einer Stadt oder Gemeinde haben sie die Aufgabe, die Partei auf Landesebene handlungsfähig zu machen. Solche Landesverbände bestehen zurzeit in Hessen und Niedersachsen.

Parteiorganisation unterhalb des Ortsvereines

Im Organisationsstatut der Bundespartei sind weitere Untergliederungen nicht vorgesehen. Die Ortsvereine haben jedoch nach § 8 Absatz 7 die Möglichkeit, weitere Untergliederungen (Distrikte etc.) in ihren Satzungen vorzusehen. In einigen Bezirken ist dies sogar in der Bezirkssatzung ausdrücklich der Fall (z. B. im Bezirk Hessen-Süd betreffend Ortsbezirke). Solche Untergliederungen müssen zweckmäßig sein.

Auch wenn weitere Untergliederungen existieren, muss das Mitwirkungsrecht jedes Mitglieds im Ortsverein weiterhin gewährleistet sein. So darf auf Ortsvereinsebene die Mitgliederversammlung nicht durch eine Delegiertenversammlung ersetzt werden. Aus den §§ 5 und 8 des OrgaSt ergibt sich vielmehr, dass jedes Mitglied auf Ortsvereinsebene das Recht auf unmittelbare Teilhabe an Entscheidungen hat. Deshalb darf auch die Wahl der Delegierten für die Unterbezirks- und weitere Parteitage nicht auf der Ebene unterhalb der Ortsvereine erfolgen.

Das Recht der Untergliederungen, im Rahmen ihrer Satzungsautonomie nach § 8 Absatz 7 OrgaSt weitere unselbständige Untergliederungen nach Zweckmäßigkeit im Einzelfall zu bilden, wird durch die Unzulässigkeit der Delegation in die Ortsvereinsversammlung nicht beschnitten.

Nur darf und kann die Bildung nicht zu Lasten der Rechte des einzelnen Mitglieds und der organisatorischen Struktur der politischen Willensbildung in der Partei geschehen.

Neuabgrenzung von Gliederungen

Die Gliederung der Partei obliegt gemäß § 8 Abs. 2 OrgSt den jeweils übergeordneten Vorständen. Untergeordnete Gliederungen können auch auf freiwilliger Basis nicht den von den zuständigen Gremien festgelegten Zchnitt verändern.

Einzige Änderungsmöglichkeit ist ein Beschluss des jeweils zuständigen Vorstands.

Eine "Selbst-" oder Neugründung nachgeordneter Parteigliederungen aufgrund eigener Initiative ist daher nach dem Statutenrecht der Partei ebenso wenig zulässig, wie eine Aus- oder Umgliederung aus eigenem Recht. Diese Maßnahmen bleiben auf allen Ebenen der Partei dem jeweils übergeordneten Vorstand vorbehalten.

Dabei grenzt der Parteivorstand die Bezirke, der Bezirksvorstand die Unterbezirke und der Unterbezirksvorstand die Ortsvereine ab.

Die Entscheidung wird mit einfacher Mehrheit getroffen.

Die Kompetenz liegt ausschließlich beim Vorstand, nicht etwa bei Mitgliederversammlungen, Delegiertenversammlungen oder Parteitag.

Gemäß § 8 Abs. 2 OrgSt grenzt der Vorstand des zuständigen Unterbezirks die Ortsvereine ab. Hiermit ist nicht nur gemeint, dass die Umrisse neu gegründeter Ortsvereine festgelegt werden, sondern auch, dass im Falle der Notwendigkeit bestehende Untergliederungen zusammengelegt, geteilt oder ganz neu geordnet werden. In diesem Zusammenhang gibt es keine Bestandsgarantie für eine einmal gegründete Untergliederung, und ebenso wenig haben Mitglieder ein Recht auf einen bestimmten flächenmäßig zugeschnittenen Ortsverein.

Die Abgrenzung der Ortsvereine hat nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit zu erfolgen. Die Zustimmung der betroffenen Ortsvereine ist nicht erforderlich, sie sind jedoch anzuhören. Der jeweilige Unterbezirksvorstand darf seine Befugnisse nämlich nicht willkürlich ausüben, sondern muss die Interessen der betroffenen Mitglieder und Organisationsgliederungen bei der Erwägung der politischen und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit berücksichtigen. Der UB-Vorstand muss die ansonsten bestehenden satzungsrechtlichen Vorgaben (insbesondere das Wohnortprinzip) beachten. Für die politische Zweckmäßigkeit einer Abgrenzung spricht es, wenn die Gliederungsgrenzen mit der politischen Geografie (Gemeindegrenzen) korrespondieren.

Neuabgrenzungen dürfen keinen Sanktionscharakter haben.

Von einer Neuabgrenzung betroffene Gliederungen hören mit Wirksamwerden

des Neugliederungsbeschlusses auf zu existieren. Die Organwalter neugegliederter Ortsvereine verlieren in diesem Augenblick ihre Funktion. Für die Delegierten des Ortsvereins gilt nichts anderes. Da die Mitglieder eines neugegliederten Ortsvereins in der Übergangsphase de facto keine effektive Möglichkeit haben, an der Willensbildung teilzunehmen, ist es von großer Bedeutung, dass die Neukonstituierung des neuen Ortsvereins zeitnah erfolgt und unverzüglich betrieben wird.

Regelungen in Bezirkssatzungen, die eine Beteiligung des Bezirksvorstands an Neugliederungen der Ortsvereine regeln, sind gültig.

Im Rahmen des durch § 9 OrgaSt garantierten Homogenitätsprinzips können Satzungen vorsehen, dass Vorstände zu Neugliederungsbeschlüssen nach § 8 Abs. 2 OrgaSt nur im "Benehmen" mit einem anderen satzungsmäßigen Organ berechtigt sind. Dies steht regelmäßig nicht im Widerspruch zu höherrangigem Satzungsrecht, denn dort ist in der Regel nicht festgehalten, dass es dem zur Neugliederung berufenen Vorstand verwehrt sein soll, ein anderes, repräsentativeres Gremium in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Ein Widerspruch zu höherrangigem Satzungsrecht wird erst dann anzunehmen sein, wenn dem nach § 8 Abs. 2 OrgaSt zuständigen Vorstand die Entscheidungsgewalt entzogen wird.

Eine "Benehmens"-Vorschrift ist unschädlich. Benehmen meint nämlich ein Anhörungs- und Beratungsrecht, keineswegs aber eine Zustimmungserfordernis.

Die Entscheidungen der Vorstände sind von den Schiedskommissionen lediglich daraufhin überprüfbar, ob ein Ermessensmissbrauch stattgefunden hat, ob man sich also bei der Neugliederung von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen. Die Beurteilungskompetenz für die politische und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit liegt einzig bei den entscheidenden Vorständen und ist schiedsgerichtlich nicht überprüfbar.

Bei Verfahren vor Schiedskommissionen sind die Ortsvereine in ihrer alten Form noch prozessfähig.

Das Wahlverfahren in der SPD

Bedeutung der Wahlordnung

In der Wahlordnung der Bundespartei sind alle relevanten Fragen des

Wahlverfahrens mit vielen Einzelheiten geregelt. Da die Satzungen der Gliederungen nicht im Widerspruch zu höherrangigem Satzungsrecht stehen dürfen, kann das Wahlverfahrensrecht von SPD-Gliederungen kaum frei gestaltet werden. Lediglich an einigen wenigen Stellen sind den Gliederungen in Form von Öffnungsklauseln Wahlmöglichkeiten eröffnet.

Wichtige Wahlmöglichkeiten beziehen sich auf die Fragen:

Welches effektive satzungsmäßig geregelte Verfahren soll für die Quotierung von Kommunalwahllisten gelten (§ 4 WO)?

Müssen stellvertretende Vorsitzende in einer Listenwahl oder in getrennten Wahlgängen gewählt werden (§ 6 WO)?

Ist auch bei Listenwahlen (§ 8 WO) im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erforderlich?

Die Wahlordnung gilt für alle Versammlungen (Parteitage und sonstige Versammlungen) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ihrer Gliederungen und regionalen Zusammenschlüsse sowie ihrer Arbeitsgemeinschaften. Sie gilt, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen der Wahlgesetze, auch für Versammlungen zur Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten nach staatlichem Wahlrecht.

Die Wahlordnung gilt für Wahlen in Fraktionen der Partei nur, wenn diese ihre Anwendbarkeit beschlossen haben.

Satzungen von Gliederungen können vorsehen, dass die Wahlordnung auch auf Nominierungen Anwendung findet, durch die bloße Personalvorschläge zur Besetzung von Parteiämtern und zur Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter und Mandate gemacht werden.

Wahlankündigungsfristen

Innerparteiliche Nominierungsverfahren von Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zu kommunalen Vertretungskörperschaften und Parlamenten sollen drei Monate vorher parteiöffentlich bekannt gegeben werden.

Wahlen können nur stattfinden, wenn sie in der vorläufigen Tagesordnung angekündigt worden sind. Diese Tagesordnung muss den Mitgliedern bzw. Delegierten mindestens eine Woche vorher zugehen. Die Absendung gilt als rechtzeitig, wenn die Aufgabe zur Post so frühzeitig erfolgte, dass bei gewöhnlichen Postlaufzeiten mit dem rechtzeitigen Zugang gerechnet werden konnte. Eine elektronische Zusendung ist möglich. Wird von der elektronischen Zusendung Gebrauch gemacht, ist darauf zu achten, dass auch alle Mitglieder die tatsächliche Möglichkeit haben, von der Zusendung Kenntnis zu bekommen.

Geheimheit der Wahl

Wahlen sind geheim, soweit satzungsmäßig nicht offen gewählt werden kann. Geheim sind insbesondere die Wahl von

- a) Vorständen,
- b) Parteiräten und Parteiausschüssen,
- c) Parteitagsdelegationen und Delegationen zum SPE-Kongress,
- d) von Schiedskommissionen,
- g) von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Wahlämter,
- h) von Vertreterinnen und Vertretern zur Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Wahlämter.

Offen gewählt werden können

- a) Versammlungsleitungen,
- b) Mandatsprüfungskommissionen,
- c) Zählkommissionen,
- d) Antragskommissionen
- e) Kontrollkommissionen und
- f) Revisorinnen und Revisoren.

Die für einen Wahlgang verwendeten Stimmzettel müssen einheitlich sein, soweit die vorhandenen technischen Möglichkeiten dies zulassen. Die Parteigerichte konkurrierender Parteien stellen zum Teil die überspannte Anforderung, dass die Namen der Kandidierenden nicht handschriftlich auf die Stimmzettel geschrieben werden dürfen. Solche Anforderungen lassen

sich aber insbesondere bei Wahlen in unteren Gliederungen nicht erfüllen. Um auch bei handschriftlich ausgefüllten Stimmzetteln eine erhöhte Sicherheit der Geheimhaltung zu erzielen, empfiehlt es sich, zunächst von allen Mitgliedern die Namen handschriftlich eintragen zu lassen, die Stimmzettel dann einzusammeln, zu mischen und wieder auszugeben, bevor in den Wahlgang eingetreten wird. So kann die Handschrift dem Wahlakt nicht zugeordnet werden.

Elektronische Stimmzählgeräte sind nur für innerparteiliche Wahlen zulässig.

Die Aufstellung von Wahlkabinen ist gestattet, aber nach einem Rechtsgutachten von Prof. Dr. Landau nicht erforderlich.

Finden Kontrollmarken Verwendung, so ist eine Stimme nur gültig, wenn der Stimmzettel die zutreffende Kontrollmarke trägt.

Ungültigkeit und Enthaltung

Stimmzettel, die den Willen des Wählenden nicht zweifelsfrei erkennen lassen, sind gemäß § 3 Abs. 4 WO ungültig. Im Umkehrschluss dazu sind Stimmen, die den Willen des Wählers zweifelsfrei erkennen lassen, gültige Stimmen. Stimmenthaltungen sind gültige Stimmen. Bei Listenwahlen sind keine Enthaltungen vorzusehen, weil hier der Zwang, mindestens die Hälfte der insgesamt zu Wählenden zu wählen, systematisch vorgeht.

Zu den gültigen Stimmen gehören auch diejenigen, die den Stimmzettel in der Rubrik "Enthaltung" nicht angekreuzt haben. § 3 Abs. 4 WO erklärt nur diejenigen Stimmen für ungültig, die den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen. Der Wille sich zu enthalten, kommt auch durch den leeren Stimmzettel hinreichend deutlich zum Ausdruck.

Ausübung des Personalvorschlagsrechts

Wahlvorschläge müssen die satzungsmäßigen Voraussetzungen erfüllen. Die jeweils zuständigen Vorstände haben Vorschlagsrecht. Soweit die Wahlgesetze nichts anderes regeln, folgt das Personalvorschlagsrecht dem

Antragsrecht. Da auch Arbeitsgemeinschaften der jeweiligen Gliederungsebene Antragsrecht besitzen (§ 10 OrgaStatut), können auch sie Personalvorschläge unterbreiten. Die Personalvorschläge der Vorstände müssen Frauen und Männer mindestens zu je 40 % berücksichtigen.

Bei Vertreterversammlungen zur Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten zu staatlichen Wahlen ist jedes stimmberechtigte Mitglied der Versammlung auch personalvorschlagsberechtigt. Eine Beschränkung des Personalvorschlagsrechts auf Gliederungen ist hier unzulässig.

Grundlagen der Quotenregelung

Bei Wahlen zu Ämtern innerhalb der SPD, wie auch bei der Aufstellung von Wahlvorschlägen für öffentliche Ämter und Mandate, ist die Geschlechterquote in Höhe von 40 % zu beachten. Das heißt, dass - immer vorausgesetzt, eine ausreichende Anzahl von Kandidatinnen und Kandidaten steht zur Verfügung - sämtliche Funktionen zu mindestens 40 % vom jeweils anderen Geschlecht besetzt sein müssen.

§ 11 Abs. 2 OrgaSt bestimmt, dass nicht nur auf den KandidatInnenlisten, sondern in allen Mehrpersonengremien die Mindestquote für beiderlei Geschlecht einzuhalten ist. Auch geschäftsführende Vorstände, Präsidien usw. können offizielle Mehrpersonengremien im Sinne dieser Vorschrift sein, auf die die Quotierungsvorschrift dann konsequenterweise Anwendung findet. Gemäß § 38 Abs. 3 OrgSt kann im Rahmen eines Modellprojekts in der Arbeitsgemeinschaft der Jusos eine weitere Regelung erprobt werden. Danach werden Delegationen zum Bundeskongress beziehungsweise im Bundesvorstand unbesetzt gelassen, bis die Quote von mindestens 40 % Frauen erfüllt ist. Technisch gewählte Männer fallen dann nach Maßgabe ihrer Stimmergebnisse aus den jeweiligen Gremien heraus, bis zumindest eine 40 %ige Frauenrepräsentation gewährleistet ist.

Grundsätze der Einzelwahl

Ist eine Kandidatin oder ein Kandidat oder sind mehrere Kandidatinnen und Kandidaten für ein Parteiamt (eine Funktion) aufgestellt, so liegt eine

Einzelwahl vor (§ 7 WO). Typische Einzelwahlen betreffen die Funktionen der oder des Vorsitzenden, der oder des Finanzverantwortlichen oder der Schriftführerin bzw. des Schriftführers, die Nominierung eines Bürgermeister- oder Kanzlerkandidaten oder eines Wahlkreisbewerbers. Auch die Aufstellung einer Kandidatenliste für staatliche Wahlen erfolgt in Form von zusammengesetzten Einzelwahlen für jeden einzelnen Listenplatz. Jedem dieser Listenplätze kommt nämlich eine spezifische wahlrechtliche Bedeutung zu.

Gewählt ist bei einer Einzelwahl, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Stimmenthaltungen sind gültige Stimmen. Das Organisationsstatut der SPD sieht allerdings für die Wahl des Parteivorstands der Bundespartei und der Bundesschiedskommission ein strengeres Quorum vor. Dort kommt es auf die absolute Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Delegierten des Bundesparteitags an (vgl. §§ 23 Abs. 4 OrgSt und 2 SchiedO.).

Erhält keine Kandidatin oder kein Kandidat die Mehrheit der gültigen Stimmen, so findet ein weiterer Wahlgang statt, in dem die einfache Mehrheit entscheidet. Bei Einzelwahlen mit nur einer Bewerberin oder einem Bewerber sind Nein-Stimmen statthaft. Endgültig nicht gewählt ist, wer mehr Nein- als Ja-Stimmen auf sich vereinigt, dann findet auch bereits kein zweiter Wahlgang mehr statt.

Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Grundsätze der Listenwahl

Typische Wahlgänge, in denen gleichzeitig mehr als eine Person zu wählen ist (Listenwahl), sind Wahlen von Delegierten, Beisitzerinnen und Beisitzern sowie stellvertretenden Vorsitzenden, soweit hier getrennte Wahlgänge nicht angeordnet sind.

Bei Listenwahlen dürfen auf einem Stimmzettel höchstens so viele Kandidatinnen und Kandidaten gewählt werden, wie insgesamt zu wählen sind.

Ein Stimmzettel ist gültig, wenn mindestens die Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste gewählt ist.

Bei Listenwahlen entscheidet, wenn nichts Abweichendes geregelt ist, grundsätzlich die einfache Mehrheit. Dies gilt auch dann, wenn in weiteren Wahlgängen nur noch eine Vertreterin oder ein Vertreter des unterrepräsentierten Geschlechts zur Wahl steht. Die Satzungen der Gliederungen können jedoch für den ersten Wahlgang die absolute Mehrheit vorschreiben, wie dies im Organisationsstatut für die weiteren Mitglieder des Parteivorstands gefordert ist.

Bei einer Listenwahl sind die Kandidatinnen und Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl nur gewählt, soweit die Quotenvorgaben erfüllt werden. Bezugsgröße der Quotenvorgabe ist bei Beisitzerwahlen der Gesamtvorstand, bei Delegiertenwahlen die ordentliche Delegation in der Kopfstärke, wie sie im Zeitpunkt der Wahl bestimmt oder bestimmbar ist. Wird die Quote nicht erfüllt, so sind im ersten Wahlgang die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des "überrepräsentierten" Geschlechts nur bis zu ihrer Höchstquote von 60 % gewählt, die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des "unterrepräsentierten" Geschlechts nur, soweit sie mindestens die gleiche Stimmenzahl erreichen wie der oder die erste Nichtgewählte der anderen Gruppe. In einem weiteren Wahlgang sind nur noch die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des unterrepräsentierten Geschlechts wählbar.

Auch bei Listenwahlen findet bei Stimmengleichheit eine Stichwahl statt. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Vorstandswahlen

Die Wahlen zu Vorständen von Gliederungen der SPD sind typischerweise durch ein Nebeneinander von Einzelwahlen und Listenwahlen gekennzeichnet. Funktionen, die in dieser Form im Vorstand einmalig sind, wie die Funktionen der oder des Vorsitzenden, der oder des Finanzverantwortlichen oder der Schriftführerin bzw. des Schriftführers müssen nach § 7 WO zwangsläufig in Einzelwahlen gewählt werden. Die gleichberechtigten

Beisitzerinnen und Beisitzer werden (ebenso wie Delegierte) stets in Listenwahl nach § 8 WO gewählt.

Die Funktionen mehrerer gleichberechtigter stellvertretender Vorsitzender sind prinzipiell gleichartig, also grundsätzlich in Listenwahl zu wählen. Sieht die jeweilige Satzung jedoch gem. § 6 Abs. 2 S. 1 WO getrennte Wahlgänge für jede Stellvertreterin bzw. jeder Stellvertreter vor, so liegt eine Einzelwahl vor.

Die Reihenfolge der Wahlgänge ergibt sich aus § 6 Abs. 1 WO: Hintereinander werden gewählt:

- a) die oder der Vorsitzende,
- b) stellvertretende Vorsitzende,
- c) weitere Mitglieder.

Listenwahlen von Beisitzerinnen und Beisitzern in Vorständen

Die Wahl von Beisitzern ist eine Listenwahl gem. § 8 WO. Ist die Zahl der weiteren Mitglieder nicht durch Satzung bestimmt, so muss sie von der Versammlung vor der Wahl beschlossen werden.

Diese Listenwahl findet typischerweise im Anschluss an die Einzelwahlen für herausgehobene Vorstandsämter bzw. die Wahlen der stellvertretenden Vorsitzenden statt. Dabei ist die Quote - bezogen auf den Gesamtvorstand - zu beachten, weil dieser das maßgebliche Mehrpersonengremium darstellt. Der Kreis der Beisitzer als solcher ist kein Gremium der Partei im Sinne des § 11 Abs. 2 OrgaSt, weshalb es auf das zahlenmäßige Verhältnis unter den Beisitzern als solches nicht ankommt.

Wenn § 8 Abs. 2 Wahlordnung davon spricht, dass im ersten Wahlgang nur Kandidaten gewählt sind, soweit die Quotenvorgabe erfüllt ist, so ist damit schlicht gemeint, dass in den Gesamtvorstand nicht mehr als 60 % Vertreter des überrepräsentierten Geschlechts gewählt werden dürfen.

Satzungsmäßig zu besetzende Funktionen dürfen nicht unbesetzt bleiben. Dies gilt auch, wenn die Geschlechterquote in Ermangelung einer

ausreichenden Zahl von Kandidatinnen bzw. Kandidaten nicht erreicht wird. Eine dahingehende satzungsrechtliche Bestimmung wäre mit § 8 Abs. 2 Wahlordnung nicht vereinbar. Der Parteitag hat bei Annahme des § 8 Abs. 3 Wahlordnung eine authentische Regelung beschlossen, dass bei einer nicht ausreichenden Anzahl von Kandidaturen des einen Geschlechts Kandidaturen des anderen Geschlechts zum Zuge kommen.

Delegierte und Ersatzdelegierte

Delegierte und Ersatzdelegierten werden in einem einheitlichen Listewahlgang gewählt, wobei es beim Quotierungsverfahren auf die Kopfzahl der ordentlichen Delegation ankommt, wie sie im Zeitpunkt der Wahl bestimmt oder bestimmbar ist.

Für das Nachrücken von Ersatzdelegierten gilt folgende Regelung: Delegierte und Ersatzdelegierte dürfen nicht in getrennten Wahlgängen gewählt werden. Fällt ein Delegierter aus, so rückt die oder der Ersatzdelegierte mit der höchsten Stimmenzahl unter Einhaltung der Quote nach, d.h. dass eine ausfallende Frau auch von einem Mann ersetzt werden kann, wenn die Delegation insgesamt die Quotenvorgabe gewährleistet. Die Aufteilung der Wahlen der Delegierten in einen Wahlgang für Delegierte und einen neuen Wahlgang für Ersatzdelegierte verstößt gegen die Vorschriften der Wahlordnung der SPD. Delegierte und Ersatzdelegierte haben keine unterscheidbaren Aufgaben. § 15 Abs. 1 OrgaSt kennt nur den Begriff des Delegierten. Grund dieser Regelung ist, dass bei der Wahl für mehrere gleichartige Parteiämter die Kandidaten über die Listenwahl zu bestimmen sind, da nur dadurch demokratische Grundsätze gewährleistet sind. Dazu gehört, dass Mehrheiten nicht von Minderheiten majorisiert werden, aber auch, dass Mehrheiten vorhandene Minderheiten nicht völlig verdrängen. Deshalb legt § 8 WO fest, dass bei der Listenwahl auf einem Stimmzettel mindestens 50 % und höchstens 100% der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden dürfen. Hierdurch soll verhindert werden, dass sich innerhalb einer Wahlversammlung Gruppen bilden, die sich auf wenige Kandidaten festlegen, um diese auf jeden Fall durchzubringen. Ein gleiches Ergebnis könnte aber erreicht werden, wenn die Wahl für mehrere

gleichartige Parteiämter oder Funktionen willkürlich in mehrere Wahlgänge aufgeteilt würde, wobei für neue Wahlgänge neue Kandidaten benannt werden könnten.

Die gemeinsame Wahl von Delegierten und Ersatzdelegierten ermöglicht zudem, bei Änderungen des Delegiertenschlüssels zwanglos die Grenze zwischen Delegierten und Ersatzdelegierten zu variieren. Getrennte Wahlgänge führen dagegen dazu, dass Frauen in der Delegation unterrepräsentiert sind, obwohl weitere Frauen zu Ersatzdelegierten gewählt wurden.

Listenaufstellung nach dem Reißverschlussprinzip

Die Listenaufstellung für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften erfolgt in Einzelwahl beginnend mit der Spitzenkandidatin oder des Spitzenkandidaten für jeden Listenplatz gesondert. Mehrere Einzelwahlen können in einem Urnengang verbunden werden (verbundene Einzelwahl) soweit für den Listenplatz nur eine Bewerberin oder ein Bewerber kandidiert.

Gem. § 7 Abs. 4 WO sind durchgefallene Bewerberinnen und Bewerber für vordere Listenplätze zur Kandidatur auf hinteren Listenplätzen zuzulassen, soweit die Quotenvorgabe erfüllt wird.

Die Listenaufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl erfolgt alternierend; eine Frau, ein Mann, beginnend mit der Spitzenkandidatin oder dem Spitzenkandidaten, jeder 5. Platz kann entweder mit einer Frau oder einem Mann besetzt werden (siehe § 4 Abs. 2 WO).

Für Landtags- und Kommunalwahlen gilt dieses Reißverschlussverfahren entsprechend, sofern keine eigenen satzungsmäßigen Vorkehrungen zur Berücksichtigung der Quotenvorgabe getroffen worden sind.

Die Bundesschiedskommission hat festgestellt, dass das Reißverschlussprinzip das geeignetste Verfahren darstellt, um der Quotierung Rechnung zu tragen. Es ist auch nicht ersichtlich, dass das Reißverschlussverfahren gegen wahlgesetzliche Bestimmungen verstieße.

Es ist jedoch ein Ausnahmefall denkbar, in dem ein "Männerplatz" bzw. ein "Frauenplatz" mit einer Vertreterin bzw. einem Vertreter des jeweils anderen Geschlechts besetzt werden kann: Stellt sich nämlich entgegen § 4 Abs. 2 WO kein Mann für die Einzelwahl um den Männerplatz als Kandidat zur Verfügung, so kann hier eine Frau kandidieren. Genauso verhält es sich umgekehrt bei einem "Frauenplatz", für den keine Frau kandidiert. Dies folgt aus dem Rechtsgedanken des § 8 Abs. 3 WO.

Ob im Einzelfall Gegenkandidaturen für einzelne Listenplätze (noch) zulässig sind, ist jedoch nicht allein eine Frage der Geschlechterquote. Eine Initiativkandidatur kann insbesondere auch unzulässig sein, weil ihre Anmeldung verfristet ist. Dies ist dann am Maßstab der Geschäftsordnung des betreffenden Parteitags bzw. der Mitgliederversammlung zu beurteilen.

Abberufung wichtiger Grund

Eine Abberufung von Funktionären ist gemäß § 9 WO aus wichtigem Grund möglich. In entsprechender Anwendung von OrgaSt und WO gilt diese Regelung auch für Funktionäre der Arbeitsgemeinschaften. Die wichtigsten Regelbeispiele sind in § 9 WO aufgeführt.

Heranzuziehen sind ansonsten die Grundsätze des allgemeinen Rechtsverkehrs. Allgemein ist unter einem wichtigen Grund ein Sachverhalt zu verstehen, der es demjenigen, der die vorzeitige Beendigung eines Rechtsverhältnisses anstrebt, unzumutbar erscheinen lässt, die ordentliche Frist bis zur Beendigung abzuwarten.

Eine Auslegungshilfe für den Begriff des wichtigen Grundes können die Definitionen in folgenden allgemeinen Rechtssätzen bieten:

a) § 27 Abs. 2 BGB

Grobe Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung

b) § 84 Abs. 3 Satz 2 Aktiengesetz

Grobe Pflichtverletzung, die Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung, der Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung,

ausgenommen die Fälle, in denen der Vertrauensentzug auf offenbar unsachlichen Gründen beruht

c) § 626 BGB

Unzumutbarkeit der Fortsetzung des Dienstverhältnisses aufgrund der Umstände des Einzelfalles und unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen.

Die Abwesenheit eines Parteimitglieds von einem Parteiamt rechtfertigt eine Abberufung aus wichtigem Grund nicht, wenn sie zeitlich begrenzt und die Parteiarbeit nicht ernstlich gelitten hat. Maßgebendes Kriterium ist die Kontinuität der Parteiarbeit (Unterbezirksschiedskommission Wuppertal 19.01.1982).

§ 9 der Wahlordnung bestimmt, dass die Bestimmungen über die Wahl auch bei einer Abberufung entsprechend anzuwenden sind. Die Abberufung kann daher nach den Regeln des Wahlanfechtungsverfahrens (§§ 11 ff. WO) überprüft werden. Dabei gilt die Besonderheit, dass der einzelne Abberufene auch als Einzelperson antragsberechtigt nach § 11 Absatz 2 e) WO ist. Neben der Abberufung aus wichtigem Grund gibt es in der SPD kein Abwahlverfahren und kein Misstrauensvotum: Eine Funktion endet in den in

§ 11 Abs. 3 Organisationsstatut genannten Fällen durch:

- a) Turnusgemäße Neuwahl, Erlöschen der Funktion oder Ablauf der satzungsgemäßen Amtszeit,
- b) Niederlegung des Amtes,
- c) Aberkennung der Fähigkeit, eine Funktion zu bekleiden,
- d) Abberufung aus wichtigem Grund, § 9 Wahlordnung,
- e) Verlust der Mitgliedschaft, § 4 Organisationsstatut,
- f) durch Annahme einer anderen mit seiner bisherigen Funktion satzungsmäßig unvertraglichen Funktion,
- g) Verlust der Mitgliedschaft in einem Parteiorgan, von dem die Funktion abhängig ist.

Nachwahlen und vorzeitige Neuwahlen

Für die Nachwahlen gelten die gleichen Bestimmungen wie für die Wahlen.

Die Amtszeit einer nachgewählten Funktionärin oder eines nachgewählten Funktionärs endet zum gleichen Zeitpunkt, in dem die Amtszeit des oder der Ausgeschiedenen geendet hätte.

Vorzeitige Neuwahlen, mit denen eine neue Funktionsperiode in Lauf gesetzt wird, sind in der SPD nur ganz ausnahmsweise möglich. Die Wahlordnung ist nämlich dem Prinzip der Ämterstabilität verpflichtet. Der wichtigste Ausnahmefall tritt ein, wenn in Folge Funktionsverlusts mehrerer Vorstandsmitglieder kein handlungsfähiger Gliederungsvorstand mehr besteht, namentlich wenn (z.B. durch geschlossenen Rücktritt) die gesetzliche Mindestzahl von drei Vorstandsmitgliedern unterschritten wird.

Das Parteiordnungsverfahren in der SPD

Das Parteiordnungsverfahren ist eines von drei Hauptverfahrensarten der SPD-Schiedsgerichtsbarkeit. Die Schiedsordnung kennt daneben noch Statutenstreitverfahren, in denen es um die Auslegung der Satzung geht, und Wahlanfechtungsverfahren, mit denen überprüft wird, ob innerparteiliche Wahlen ordnungsgemäß erfolgt sind.

Das Parteiordnungsverfahren findet seine Grundlage im Parteiengesetz. Durch dieses Gesetz wurden die SPD-Schiedskommissionen in ihrer heutigen unabhängigen Form errichtet. In § 10 PartG heißt es:

(3) In der Satzung sind Bestimmungen zu treffen über

1. die zulässigen Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder,
2. die Gründe, die zu Ordnungsmaßnahmen berechtigen,
3. die Parteiorgane, die Ordnungsmaßnahmen anordnen können.

Im Falle der Enthebung von Parteiämtern oder der Aberkennung der Fähigkeit zu ihrer Bekleidung ist der Beschluss zu begründen.

(4) Ein Mitglied kann nur dann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt.

(5) Über den Ausschluss entscheidet das nach der Schiedsordnung zustän-

dige Schiedsgericht. Die Berufung an ein Schiedsgericht höherer Stufe ist zu gewährleisten. Die Entscheidungen sind schriftlich zu begründen. (...)

Zulässigkeit von Parteiordnungsverfahren und Verfahren in erster Instanz

Anträge auf Durchführung von Parteiordnungsverfahren gem. §§ 6 ff SchO sind statthaft, um eine der in § 35 Abs. 2 OrgaSt abschließend aufgeführten Sanktionen (von der Rüge bis zum Parteiausschluss) gegen ein Mitglied der SPD zu verhängen.

Antragsberechtigt ist jede Organisationsgliederung i.S.d. § 8 OrgaSt.

Fall:

Der Kassierer des SPD-Stadtverbandes A ist mit der Kasse in die Karibik geflohen. Der Stadtverband A und der SPD-Ortsverein B beantragen unabhängig voneinander seinen Parteiausschluss. Zulässigkeit der Anträge?

Lösung: Der Stadtverband ist keine Gliederung i.S.d. § 8 Abs. 1 OrgaSt. Er ist mithin nicht antragsberechtigt. Der Ortsverein B ordentliche Gliederung gem. § 8 Abs. OrgaSt. Er ist antragsberechtigt.

Es kommt für die Beteiligtenfähigkeit des Antragstellers im Parteiordnungsverfahren nicht darauf an, ob er der betreffenden Gliederung angehört.

Für die örtliche Zuständigkeit der Schiedskommission ist die Zugehörigkeit des Antragsgegners entscheidend.

Die instanzielle Zuständigkeit ist in § 6 Abs. 2 SchO geregelt. Das Parteiordnungsverfahren beginnt bei den Schiedskommissionen der Unterbezirke bzw. Kreisverbände.

Es sind verschiedene Förmlichkeiten zu beachten:

Gem. § 6 Abs. 2 S. 1 SchO ist der Antrag schriftlich in fünffacher Fertigung bei der Schiedskommission zu stellen. Hinsichtlich der Mehrfertigungen handelt es sich hier m.E. lediglich um eine Ordnungsvorschrift. D.h. die

Schiedskommissionen sind nicht gehindert einen Antrag zur Entscheidung anzunehmen, dem keine oder weniger Mehrfertigungen beigelegt sind. Sie können den Antrag aber mit dieser Begründung zurückreichen.

Der Antrag ist unzulässig, wenn er dem Schriftformerfordernis des § 6 Abs. 2 S. 1 SchO nicht genügt, oder wenn die Vorwürfe nicht gem. § 6 Abs. 2 S. 2, 3 SchO genügend substantiiert werden.

Die Verhandlung muss binnen 6 Monaten nach Eingang des Antrags stattfinden (§ 7 Abs. 4 SchO). Werden diese 6 Monate von der zuständigen Unterbezirksschiedskommission überschritten, kann der Antragsteller die Schiedskommission des Bezirks bzw. Landesverbands anrufen.

Begründetheit von Parteiordnungsverfahren

Die Begründetheit des Antrages beurteilt sich nach § 35 OrgaSt:

(1) Gegen ein Mitglied, das gegen

1. die Statuten oder

2. die Grundsätze oder

3. die Ordnung der Partei verstößt,

kann ein Parteiordnungsverfahren durchgeführt werden.

Gegen die Grundsätze der SPD verstößt insbesondere, wer das Gebot der innerparteilichen Solidarität außer Acht lässt oder sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Gegen die Ordnung der Partei verstößt insbesondere, wer beharrlich Beschlüssen des Parteitages oder der Parteiorganisation zuwider handelt.

Auf der Tatbestandsseite ist zu prüfen, ob eine der Alternativen in der Person des Antragsgegners vorliegt.

In der Praxis ist das Merkmal "Verstoßes gegen die Grundsätze der Partei" (§ 35 Abs. 1 OrgaSt) von besonderer Bedeutung. Unter den Grundsätzen der Partei ist wiederum der Grundsatz der innerparteilichen Solidarität der praktisch relevanteste. So stellt etwa die Herabsetzung sozialdemokrati-

scher Mandatsträger in der Öffentlichkeit einen solchen groben Verstoß gegen den Grundsatz der Solidarität und damit gegen die Ordnung und die Grundsätze der Partei dar.

Zu den Grundsätzen und zur Ordnung der Partei gehört es auch, Entscheidungen von Mehrheiten zu akzeptieren. Akzeptanz bedeutet dabei freilich nicht den Verzicht auf innerparteiliche Kritik. "Es macht (aber insoweit) einen großen Unterschied aus, ob gegnerische Positionen in direkter Auseinandersetzung im parteiinternen Rahmen attackiert werden oder ob die Äußerungen der Presse oder gar den Arbeitgebern oder Dienstherren von Genossen mitgeteilt werden. Insofern steht nämlich der innerparteilichen Meinungsfreiheit das Gebot der Solidarität nach außen entgegen."

Gegen den Grundsatz der Solidarität verstößt auch, wer als Ratsherr aus der Stadtratsfraktion austritt, den Ratsfraktionsvorsitzenden diffamiert und die Behauptung aufstellt, in der örtlichen SPD seien Differenzen vor der Wahl unter den Teppich gekehrt worden und so die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der Partei insgesamt in Zweifel zieht.

Eine besonders schwierige Fallgruppe bildet die Unterstützung konkurrierender Parteien oder Kandidaten. In diesen Zusammenhang gehören zunächst die in § 6 OrgaSt ausdrücklich geregelten Fälle, in denen SPD-Mitglieder Mitglieder einer anderen politischen Partei werden oder für eine andere politische Partei kandidieren.

Solche Verstöße gegen § 6 OrgaSt lösen das Verfahren nach § 20 Abs. 1 SchO aus. Der Betreffende wird schriftlich aufgefordert, seinen Austritt aus der betreffenden Organisation zu erklären bzw. die Kandidatur aufzugeben. Läuft die Frist fruchtlos ab oder erklärt der Betreffende, in der Konkurrenzorganisation bleiben zu wollen, so gilt dies als Austritt aus der SPD. Eines Parteiordnungsverfahrens bedarf es in diesen Fällen nicht.

Einen vergleichbaren "kalten Ausschluss" durch eine Austrittsfiktion findet man auch bei der Regelung für säumige Beitragsschuldner. § 1 Abs. 5 FO bestimmt, dass das Nichtzahlen von Beiträgen trotz zweimaliger Mahnung,

nach Ablauf einer Frist von einem Monat beginnend mit Zustellung der zweiten Mahnung als Austritt gilt.

Von diesen Austrittsfiktionen zu unterscheiden ist ein anderer Fall des § 6 OrgaSt, der die Automatik der § 20 SchO nicht auslöst: Gemeint sind die Fälle, in denen keiner anderen Organisation beigetreten wird, sondern sich für sie eingesetzt oder gegen eine beschlossene Nominierungen der Partei unsolidarisch selbst kandidiert wird. Auch hier stellt der Verstoß gegen § 6 OrgaSt stets einen Verstoß gegen die Grundsätze der Partei dar. Es ist jedoch ein Parteiordnungsverfahren mit der dort gebotenen Einzelfallbetrachtung durchzuführen.

Rechtsfolgen

Hat die Schiedskommission geprüft, ob die Tatbestandsvoraussetzungen des § 35 OrgaSt vorliegen, so muss sie den Grad der Vorwerfbarkeit des Verhaltens und die Schwere des politischen (nicht zivilrechtlichen) Schadens bewerten und eine angemessene Rechtsfolge wählen. Dabei ist eine genaue Einzelfallbetrachtung angebracht, in der die für und gegen das Mitglied sprechenden Umstände fair abzuwägen sind. Dabei sind zu Gunsten des Antragsgegners auch dessen bisherige Verdienste um die Partei positiv zu berücksichtigen.

Auf einen Parteiausschluss darf gem. § 35 Abs. 3 OrgaSt nur erkannt werden, wenn der Antragsgegner vorsätzlich gehandelt hat und dadurch schwerer Schaden für die Partei entstanden ist. Dies sollte positiv in den Entscheidungsgründen festgestellt werden (vgl. § 10 Abs. 4 PartG).

Gem. § 15 SchO kann der Tenor der Entscheidung in erster Instanz lauten:

- Der Antragsgegner wird aus der SPD ausgeschlossen.
- Dem Antragsgegner wird eine Rüge erteilt.
- Dem Antragsgegner wird das Recht zur Bekleidung aller Funktionen (oder: ... der Funktion des ...) für die Dauer von ... Jahren aberkannt.
- Es wird das Ruhen aller (oder ... folgender) Rechte aus der Mitgliedschaft für die Dauer von ... Jahren angeordnet.

- Es wird festgestellt, dass sich der Antragsgegner eines Verstoßes gegen die Parteiordnung nicht schuldig gemacht hat.
- Das Verfahren wird eingestellt.

Die letztgenannte Verfahrenseinstellung kommt gem. § 15 Abs. 2 SchO in Betracht, wenn die Schuld gering ist, die Folgen unbedeutend waren oder der Antrag zurückgenommen wurde.

Berufung

Als Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Unterbezirksschiedskommission kommt die Berufung zur Landes- bzw. Bezirksschiedskommission in Betracht. Gegen deren Entscheidungen kann die Berufung zur Bundesschiedskommission zulässig sein.

Gem. § 25 Abs. 5 S. 1 hat die Berufung gegen eine erstinstanzliche Entscheidung aufschiebende Wirkung. Dies gilt allerdings im Ergebnis dann nicht, wenn die Bezirks- bzw. Landesschiedskommission bereits in einem Sofortmaßnahmenverfahren nach

§§ 18 f. das Ruhen aller oder einzelner Rechte aus der Mitgliedschaft angeordnet hat und diese Sofortmaßnahme noch aufrechterhalten ist.

Sofortmaßnahmenverfahren

Über das Sofortmaßnahmenverfahren können der Parteivorstand und der zuständige Bezirks- bzw. Landesparteivorstand vorläufige Maßnahmen gegen solche Antragsgegner verhängen, durch deren Verhalten eine schwere Schädigung der Partei eingetreten oder mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist

(= Maßnahmeanspruch) und das Parteiinteresse ein schnelles Eingreifen erfordert

(= Maßnahmegrund).

Sind Sofortmaßnahmen nicht ausgesprochen, so behält der Antragsgegner alle seine Rechte als Mitglied bis zum rechtskräftigen Abschluss des Schiedsverfahrens.

